



# Landtag von Baden-Württemberg

13. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. September 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 13:59 Uhr

Schluss: 19:33 Uhr

## INHALT

Eröffnung . . . . .	481	4. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S-21-Kündigungsgesetz)</b> – Drucksache 15/496	
Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	486	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/528	
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Johannes Stober und Guido Wolf . . . . .	486	b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums – <b>Volksabstimmung Stuttgart 21 – Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren</b> – Drucksache 15/508 . . . . .	520
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	486	Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	520
1. Regierungserklärung – <b>Euro dauerhaft stabilisieren – Mitwirkung der Länder wahrnehmen</b> und Aussprache . . . . .	481	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	524
Minister Peter Friedrich . . . . .	481	Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	528
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	486	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	531
Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	490	Minister Winfried Hermann . . . . .	533
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	492	Minister Rainer Stichelberger . . . . .	536
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	495	Beschluss . . . . .	537
2. Aktuelle Debatte – <b>Grün-rote Schulmodelle schaffen Schüler zweiter Klasse</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	498	Abg. Volker Schebesta CDU (zur Abstimmung) . . . . .	537
Abg. Georg Wacker CDU . . . . .	498, 509	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Abstimmung) . . . . .	538
Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	499, 510	Abg. Christoph Bayer SPD (zur Abstimmung) . . . . .	539
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	502, 511	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Abstimmung) . . . . .	539
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	503, 512	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE (zur Abstimmung) . . . . .	540
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer . . . . .	505	5. <b>Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation</b> . . . . .	540
3. Aktuelle Debatte – <b>Gute Arbeit in Baden-Württemberg durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	512	6. <b>Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretern im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)</b> . . . . .	540
Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	513, 520		
Abg. Karl Klein CDU . . . . .	514, 520		
Abg. Alexander Schoch GRÜNE . . . . .	516		
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	517		
Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	518		

<b>7. Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH</b> . . . . .	540	glieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation . . . . .	543
Abg. Winfried Mack CDU (zur Abstimmung). . . . .	541		
Nächste Sitzung . . . . .	541	Anlage 3	
Anlage 1		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretern im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) . . . . .	544
Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur			
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Europaausschuss . . . . .	542	Anlage 4	
Anlage 2		Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH . . . . .	545
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der Mit-			

## Protokoll

über die 13. Sitzung vom 28. September 2011

Beginn: 13:59 Uhr

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Platz. Ich eröffne die 13. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg und rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung – Euro dauerhaft stabilisieren – Mitwirkung der Länder wahrnehmen und Aussprache**

Ich erteile Herrn Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich das Wort.

**Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist ein Novum, dass eine Regierungserklärung allein zu einem europäischen Thema erfolgt. Sie mögen darin vielleicht den Stellenwert erkennen, den die Landesregierung dem Thema Europa insgesamt beimisst.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sieht man an der Beteiligung der Landesregierung!)

Ich möchte den Landtag heute im Vorfeld der morgigen Befassung des Deutschen Bundestags und der Befassung des Bundesrats am Freitag, dem 30. September, über die Haltung der Landesregierung zu den anstehenden gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union unterrichten. Entscheidend ist für die Regierung, einen öffentlichen und einen politischen Dialog im Land über dieses bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr kontroverse Thema zu erreichen. Dabei geht es heute weniger um europäisches Pathos. Eine Regierungserklärung zu diesem Thema ist eher harte und trockene Kost. Aber ich denke, dafür sind Sie gerüstet. Es wäre falsch, an den Details, die in diesem Fall entscheidend sein können, vorbeizugehen.

Mir ist wichtig, dass wir heute nicht nur über den Euro und technische Rettungsmaßnahmen sprechen, sondern das Thema in den gesamteuropäischen Kontext einordnen, in den es gehört. Es geht längst nicht mehr nur um den Euro, sondern um den Erhalt und den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Der Stellenwert dieser Frage fordert daher von uns, uns unserer europapolitischen Tugenden bewusst zu werden. Der Landtag hat mit dem Gesetz über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union vom März 2011 deutlich gemacht, dass er an der europapolitischen Diskussion stärker mitwirken will. Ich habe deshalb bereits am 16. September 2011 den Europaausschuss bei einem informel-

len Gespräch mündlich umfassend informiert. Jetzt geht es der Regierung darum, uns nicht auf Unterrichtungspflichten zurückzuziehen, sondern eine politische Diskussion über solche grundsätzlichen Themenfelder auch hier im Landtag von Baden-Württemberg anzustoßen.

*Der Euro ist das sichtbarste und greifbarste Zeichen für unser gemeinsames Schicksal und zugleich unser stärkstes Instrument.*

Mit diesen Worten hat es der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, auf den Punkt gebracht.

Ich habe bereits gesagt, dass das Schicksal des Euro nicht vom Schicksal der EU als Ganzes zu trennen ist. Anders gesagt: Es geht um die Frage, ob das vereinte Europa, das seit 1958 einen Raum von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Sicherheit und Frieden geschaffen hat, so fortbesteht. Das alles steht auf dem Spiel, wenn wir über die Zukunft des Euro reden. Die Einigung Europas wollen, dürfen und können wir nicht ernsthaft infrage stellen. Vor allem dürfen wir das Parkett jetzt nicht den Euroskeptikern überlassen, all denen, die nur zu gern einen Anlass suchen, Europa schlechtzureden und die Solidarität unter den Mitgliedsstaaten zu vergiften.

Das europäische Projekt steht angesichts umgreifender EU-feindlicher Tendenzen an einem Scheidepunkt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die mahnenden Worte des polnischen Präsidenten Tusk vor dem Europäischen Parlament zu Beginn der polnischen EU-Ratspräsidentschaft. Tatsächlich besteht aktuell ein enormes Gefahrenpotenzial aus der Verbindung von Islamophobie, Nationalismus und Europa-feindlichkeit, das sich auch im Erfolg von Parteien wie den „Wahren Finnen“, den „Schwedendemokraten“, der österreichischen FPÖ oder Wilders' PVV in den Niederlanden prägt. Die anhaltende Krise bei der Rettung von „Euroschuldenstaaten“ droht den Konsens für das Gemeinschaftsprojekt Europa aufzubrechen. Die Grundfreiheiten im Binnenmarkt wie etwa die Reisefreiheit werden derzeit in einzelnen Mitgliedsstaaten infrage gestellt.

Diese Tendenzen treffen auf eine weit verbreitete Europamüdigkeit, weil vieles, was uns erst das europäische Projekt ermöglicht hat, inzwischen Gott sei Dank selbstverständlich geworden ist. Aber was uns wie Selbstverständlichkeiten erscheint, muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Wir müssen uns zurückbesinnen. Europa hat immer die Politik der kleinen Schritte gemacht. Das zieht sich durch die gesamte Entwicklung der Europäischen Union. Aber jede Krise hat Europa wieder ein Stück nach vorn gebracht.

(Minister Peter Friedrich)

So ist es auch jetzt. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa diese Krise überstehen wird. Aber wir werden sie nur überstehen, wenn wir bereit sind, mehr Europa zu wagen. Dann wird die EU gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber eines ist auch klar: Das wird uns nur gelingen, wenn wir gemeinsam an die Kraft der europäischen Idee glauben.

Diese Botschaft müssen wir an die Bürgerinnen und Bürger herantragen. Ohne die Einbindung in die Europäische Union hätten Baden-Württemberg und Deutschland ihren Wohlstand nicht erarbeiten können. Wir müssen auch das Bewusstsein dafür schärfen, dass wir ohne EU und Euro unseren Wohlstand nicht erhalten können. Dass uns dies mit der Ausreichung von Garantien auch verpflichtet, Risiken einzugehen, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich sagen.

Wenn ich aber sehe, wie knapp die Bundesregierung selbst die Gesetzgebungsorgane, den Deutschen Bundestag und vor allem den Bundesrat, hält, was Informationen und Erklärungen angeht, kann ich nur sagen: Dies ist nicht der Weg, um Akzeptanz zu erlangen. Bis heute hat die Bundesregierung dem Bundesrat nicht einmal die Dokumente zum jetzt zu verabschiedenden EFSF zugeleitet, obwohl wir am Freitag im Bundesrat darüber entscheiden sollen.

Was noch schwerer wiegt: Die Bundesregierung hat es auch versäumt, der Öffentlichkeit die Maßnahmen zu erklären. Diese komplizierten Maßnahmen sind nicht selbsterklärend, und jenseits der reinen Information wurde auch niemals erklärt, warum dies für Deutschland gut und richtig ist.

Ich sage ganz klar: Wir – Deutschland – sind Zahlmeister der EU; das stimmt. Wir sind aber auch der größte Profiteur der EU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist daher in unserem ureigensten Interesse, dass Not leidende Staaten nicht fallen gelassen werden.

Aber selbst diese einfachen Botschaften kommen bei den Menschen nicht an. Stattdessen herrscht Konfusion über den Kurs der Koalition im Bund und die Haltung Deutschlands zur Eurorettung.

Da ist es nicht verwunderlich, wenn eine Vielzahl der Bürgerinnen und Bürgern den Rettungsschirm ablehnen. Nach aktuellen Umfragen sind ungefähr drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger gegen die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms; nur 19 % unterstützen sie. Diese Ablehnung zieht sich quer durch alle politischen Lager. Das muss uns alarmieren.

Wir müssen den Menschen daher ein ums andere Mal klar sagen: Ja, wir gehen Risiken ein; es kann viel Geld kosten, aber diese Investition lohnt sich, um die EU und damit auch Deutschland aus der Krise, in der wir mit drinstecken, herauszubekommen. Das Geld ist gut angelegt.

Im Übrigen war es schon immer eine Konstante deutscher Europapolitik, auf die großen Vorteile, die die EU Deutschland bringt, mit entsprechenden Verpflichtungen der größten Volkswirtschaft zu antworten. Damit sind wir gut gefahren.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Währung hat seit ihrer Einführung zu einem regelrechten Exportboom inner-

halb der Eurozone geführt. Gerade die baden-württembergische Wirtschaft mit ihrer mittelständisch geprägten Unternehmensstruktur lebt vom ungehinderten grenzüberschreitenden Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Ideen. So exportierten die Unternehmen in unserem Land allein im Jahr 2010 Waren im Wert von gut 103 Milliarden € nach Europa. Das sind zwei Drittel des gesamten baden-württembergischen Außenhandels. 60 Milliarden € entfielen auf Exporte in die Eurozone. Das heißt, 40 % aller baden-württembergischen Exporte finden innerhalb der Eurozone statt.

Was wäre aus der baden-württembergischen Wirtschaft in der jüngsten Finanz- und Staatsschuldenkrise ohne den Euro geworden? Was würde aktuell passieren, wenn wir die D-Mark noch hätten? Da lohnt sich ein Blick in die angrenzende Schweiz, um zu erkennen: Ohne den Euro hätte es eine deutliche Aufwertung der nationalen Währung mit negativen Effekten für unsere Exportwirtschaft gegeben.

Ganz anders ist die aktuelle Situation jetzt, da wir den Euro haben. Der Euro ist für Deutschland sogar etwas unterbewertet, was dazu beiträgt, dass die deutsche Wirtschaft besser als viele andere Volkswirtschaften aus der Krise gekommen ist.

Ich darf daran erinnern, dass die Wirtschaft zu Zeiten der D-Mark bisweilen unter Aufwertungsdruck stand. Schwankungen und Spannungen im europäischen Währungsgefüge waren an der Tagesordnung, und Exporteure und Importeure mussten sich gegen Wechselkursrisiken absichern. Planungssicherheit war nicht gegeben. Ich nenne nur die Anfang der Neunzigerjahre daraus resultierende Krise der baden-württembergischen Automobil- und Maschinenbauer. Die damalige Währungskrise hat unsere Exporte so verteuert und damit auch die Produktionsstandorte einem verstärkten Kosten- und Wettbewerbsdruck ausgesetzt, dass Standortverlagerungen nach Osteuropa die Folge waren. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung haben deutsche Unternehmen viele Milliarden Euro gespart, weil Absicherungsgeschäfte gegen Fremdwährungsrisiken und Währungsschwankungen weggefallen sind. Darüber hinaus entfielen Transaktionskosten in zweistelliger Milliardenhöhe.

Der Euro nutzt aber nicht nur unserem Export. Die Bundesrepublik als sicherer Anlagehafen kann sich derzeit an den Kapitalmärkten günstiger refinanzieren als je zuvor, zum Teil zum Nulltarif. Ein Beispiel: Am 15. September verkaufte der Bund bei riesiger Nachfrage Staatsanleihen von über 5 Milliarden € und musste dafür gerade einmal 0,51 % Zinsen bieten. Internationale Anleger nehmen zurzeit sogar Negativrenditen in Kauf, nur damit ihr Geld sicher investiert ist. Dank der niedrigen Zinszahlungen sinkt auch das eigene Haushaltsdefizit. Das muss auch in dieser Debatte gesagt werden.

Nach einer Studie der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau vom Juli 2011 hat die Mitgliedschaft Deutschlands in der Währungsunion aufgrund der genannten Vorteile allein in den letzten beiden Jahren der deutschen Volkswirtschaft 50 bis 60 Milliarden € an Wohlstandsgewinnen garantiert. Das entspricht einem Wachstumsimpuls von 2 bis 2,5 Prozentpunkten. Das sind evidente Vorteile, die wir in Deutschland durch den Euro haben, und deswegen ist es unser ureigenstes Interesse, den Euro zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*(Minister Peter Friedrich)*

Deswegen sind auch alle Überlegungen, die auf einen Austritt oder eine Ausgrenzung Griechenlands aus der Eurozone abstellen, verfehlt. Zunächst gilt die Vertragslage, die ohnehin nur einen freiwilligen Austritt aus der EU als Ganzem ermöglicht, nicht aber aus dem Euroraum. Aber auch ökonomisch wäre ein Austritt oder eine Ausgrenzung Griechenlands insgesamt eine teure Angelegenheit für die Eurozone. Leider wurde aus der diesbezüglichen Stellungnahme von EU-Kommissar Oettinger nur der Vorschlag der Beflagung zitiert. Der richtige Teil seiner Äußerung war, dass ein Austritt Griechenlands Europa spalten würde und der Eindruck entstünde, dass die EU nicht einmal in der Lage ist, ein vergleichsweise kleines Land zu stabilisieren. Ich ergänze: Es geht um ein Land, das gerade einmal 2 % der Wirtschaftskraft der EU ausmacht.

Meine Damen und Herren, worum geht es nun am Freitag im Bundesrat konkret? Es geht um die sogenannte Europäische Finanzstabilisierungsfazilität – kurz EFSF. Sie ist als private Zweckgesellschaft organisiert. Sie kann gegen strenge Auflagen Kredite an Eurostaaten vergeben, wenn die Notlage eines Eurostaats den ganzen Euroraum gefährdet. Die Länder der Eurogruppe garantieren für die Mittel der EFSF in Höhe von 120 % ihrer Kapitalanteile bei der EZB. Damit hat die EFSF ein Finanzvolumen von 440 Milliarden €. Deutschland garantiert davon gemäß dem Kapitalschlüssel 211 Milliarden €.

Im Gegensatz zum bisherigen Rettungsschirm soll die EFSF über zusätzliche Instrumente verfügen. Neben der Vergabe von Darlehen an Mitgliedsstaaten zur Rekapitalisierung von Banken kann die EFSF nunmehr auch Staatsanleihen an den Primär- und Sekundärmärkten aufkaufen und vorsorgliche Kreditlinien zur Verfügung stellen. Sie ist befristet bis Mitte 2013 und soll dann durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus als dauerhafte Einrichtung abgelöst werden. Dazu wird voraussichtlich Anfang 2012 die entsprechende Gesetzgebung in Deutschland erfolgen.

Die jetzt zu beschließende Ertüchtigung der EFSF ist notwendig und richtig. Es geht auch nicht darum, dass sich die Länder hier eine Blockadeposition erarbeiten wollen. Ohne diesen erweiterten Rettungsschirm drohen unkalkulierbare Folgen für die Europäische Union und die gemeinsame Währung. Das ist übrigens nicht nur unsere Einschätzung. Die Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die meisten Parteien und die Wissenschaft teilen diese Einschätzung. Das Instrument ermöglicht es, kurzfristig Sicherheiten und Darlehen zur Verfügung zu stellen, um Not leidende Staaten zu unterstützen und ihnen Zeit zu geben, Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Dabei ist es richtig, dass die EFSF darüber hinaus verstärkt vorsorgliche Kreditlinien einräumen kann, damit es nicht dazu kommt, dass wir erst dann gerufen werden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Auch andere Maßnahmen wie Ankäufe von Staatsanleihen an den Primär- und Sekundärmärkten sind bei der EFSF deutlich besser aufgehoben als bei der EZB, die diese bereits in erheblichem Umfang durchgeführt hat und jetzt selbst zum Akteur im Markt geworden ist, anstatt Schiedsrichter zu sein.

Die Entscheidung über die Einrichtung und die parlamentarische Ausgestaltung dieses Instruments steht nun an. Der Bundestag wird morgen entscheiden, der Bundesrat am Freitag. Allen Beteiligten ist klar: Die EFSF ist ein Notfallinstrument. Dieses muss schnell und gegebenenfalls auch vertraulich ein-

gesetzt werden können. Ankündigungen möglicher Maßnahmen sollen nicht in Spekulationen münden.

Aber, meine Damen und Herren, auch in Krisenzeiten ist auf einen ordentlichen Ablauf der Verfahren zwischen den Verfassungsorganen zu achten – ich möchte fast sagen: gerade in Krisenzeiten. Deshalb: Auch die edelste und beste Sache rechtfertigt es nicht, dass die Bundesländer auf ihre europapolitische Verantwortung und auf ihre Rechte verzichten. Es geht nicht allein um die Legalität von Maßnahmen, es geht auch um deren Legitimation. Die immer stärkere Verlagerung von Entscheidungsgewalt und Entscheidungsmacht an die Exekutive über Vertragskonstruktionen, wie sie hier vorgenommen wurden und wie wir sie bei diesem Gesetzesvorhaben erleben, halte ich zunehmend für problematisch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich habe es vorhin schon gesagt: Der Bundesrat wurde zu keinem Zeitpunkt über den Entwurf des EFSF-Vertrags unterrichtet. Es gab zu keinem Zeitpunkt auch nur den Versuch, den Bundesrat über die hochkomplexe und hochtechnische Arbeit der EFSF zu unterrichten. Gleichzeitig soll er unter maximaler Fristverkürzung auf einen Tag am Freitag das Gesetz mit beschließen.

Wenn dieses Instrument erst einmal in Kraft ist, soll es gerade so weitergehen. Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, den Bundesrat bzw. die Bundesländer über die Maßnahmen der EFSF zu unterrichten.

Ich habe deshalb als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für EU-Angelegenheiten sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch gegenüber dem Haushalts- und dem Europaausschuss frühzeitig auf die Rechte des Bundesrats gedrängt und dies am letzten Freitag im Bundesrat auch noch einmal deutlich gemacht.

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Wie sollen wir, die Regierung, den Landtag zutreffend über Europaangelegenheiten unterrichten, wenn die Bundesregierung es nicht für nötig hält, die Länder dementsprechend zu informieren? Dokumente, die wir nicht haben, können wir auch nicht weiterleiten.

Nach unserer Lesart – dies wurde in der Anhörung im Bundestag eindrucksvoll bestätigt – handelt es sich bei der EFSF nicht um eine rein intergouvernementale Verabredung, sondern um ein EU-Vorhaben gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Das bedeutet nach dem Gesetzeswortlaut, dass der Bundesrat über alle Maßnahmen rechtzeitig und umfassend zu unterrichten ist. Was nützt uns ein Artikel 23, der den Ländern Rechte zubilligt, wenn die Länder in so bedeutsamen Angelegenheiten überhaupt nicht zum Zuge kommen?

Leider haben sowohl die Bundesregierung als auch das Bundesfinanzministerium bestritten, dass hier Artikel 23 gelten soll. Schließlich sei die EFSF nur eine private Zweckgesellschaft. Dabei ist doch eines klar: Der Eintritt des Haftungsfalls, den wir alle nicht erhoffen, nämlich die Ausreichung von Garantien über 211 Milliarden €, würde selbstverständlich auch die Länder mit betreffen. Niemand kann doch davon ausgehen, dass bei einer solchen Haushaltsnotlage, die sich in diesem Fall für den Bund ergeben würde und die wir alle nicht wünschen, die Länder ungeschoren davontämen. Wer nicht

(Minister Peter Friedrich)

glaubhaft den Ernstfall bedenkt, der wird den Märkten niemals deutlich machen können, dass er auch bereit ist, die volle Haftung zu übernehmen, die er dort zusichert.

Wir haben unsere Forderungen in mehreren Verhandlungsrunden deutlich gemacht und auch im Bundesrat in der letzten Woche noch einmal mit allen 16 Ländern eine entsprechende Entschliebung gefasst. Beim Kampf für die Länderrechte hat sich die Zusammenarbeit von Baden-Württemberg, Bayern und Berlin bewährt. Damit waren auch fast alle Parteien eingebunden, Baden-Württemberg als Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundesrat, Berlin als Vorsitzender der Europaministerkonferenz und Bayern als Sprecher der B-Länder.

Wir kennen derzeit nur die hierzu gefasste Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses des Bundestags, der dem Bundesrat jetzt immerhin Unterrichtsrechte in dieser Frage gewährt. Das ist schon ein Erfolg für die Länder, aber wir können damit nicht zufrieden sein. Sollten die jetzt vorgesehenen Unterrichtsrechte abgestuft kommen, wird dies nicht auf unsere Zustimmung treffen. Aus unserer Sicht gelten gleiche Unterrichtsrechte für Bundestag und Bundesrat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Ministerpräsident wird daher übermorgen im Bundesrat noch einmal deutlich machen: Die Länder werden, eben weil sie sich ihrer europäischen Verantwortung bewusst sind, keinen Blankoscheck unterschreiben. Wir sind in Verhandlungen mit der Bundesregierung, um noch vor der Sondersitzung des Bundesrats am Freitag zu einer Lösung zu kommen. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, eine praktikable Lösung zu suchen, die die Rechte des Bundesrats entsprechend würdigt.

Die Maßnahmen der EFSF bringen zunächst einmal Zeit, um den Staaten – insbesondere Griechenland, aber auch anderen – Gelegenheit zu geben, ihre Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Im Falle Griechenlands ist das bisher nicht wirklich gelungen, denn die europäische Nothilfe für Griechenland steht in Wahrheit nur auf einem Bein. Man hätte den Hilfspaketen eine Gläubigerbeteiligung hinzufügen müssen, die ihren Namen verdient. Außerdem ist bisher unterblieben, ein echtes Wachstumsprogramm für das Land vorzustellen.

Bei anderen Ländern greifen die Maßnahmen deutlich besser. Schaut man Irland oder Portugal an, so stellt man fest, dass die Maßnahmen durchaus gewirkt haben und die Restrukturierung vorangeht.

Gleichwohl stellt sich, wenn sich die Situation an den Finanzmärkten weiterhin schlecht entwickelt – wie es momentan zumindest den Anschein hat –, die Frage, ob die EFSF bei ihrer Errichtung groß genug ist bzw. ob sie in Wahrheit nicht bereits zu spät kommt.

Bei der Ausstattung der EFSF ist die Frage, wenn die EFSF stark in den Ankauf von Anleihen einsteigen will, ob der vorgesehene finanzielle Rahmen dafür überhaupt ausreicht. Die EZB wird bis Mitte Oktober bereits Anleihen für 200 Milliarden € aufgekauft haben, eine Summe, auf die sich auch die EFSF einstellen müsste. Kommissionspräsident Barroso hat daher den Vorschlag eingebracht, die EFSF weiter aufzustocken, offenbar bis zu einer Größenordnung, die entsprechen-

de Hilfen für Italien oder Spanien ermöglichen sollte. Aber wir sollten heute bedenken – auch im Hinblick auf die Rede von Kommissionspräsident Barroso vor dem Europäischen Parlament –, dass zunächst keine Debatte über eine Aufstockung der EFSF, sondern erst einmal deren Genehmigung ansteht.

Wir werden allerdings weiter über die Frage reden müssen, ob die Klammer der EFSF ausreicht, um dem Ausmaß der Krise gerecht zu werden. Kommt die EFSF nicht oder ist man damit nicht ausreichend handlungsfähig, dann wird Griechenland zahlungsunfähig, und eine ungeordnete Insolvenz wäre die Folge. Damit wäre auch ein Zerfall des Euroraums nicht mehr auszuschließen.

Die immer wieder vorgetragene Aussage, dass wir keine Haftungs- und keine Transferunion wollten, ist in Wahrheit eine Flucht vor der längst eingetretenen Realität und ein Stück weit auch Feigheit vor den Bürgerinnen und Bürgern. Innerhalb der EU haben wir längst einen Haftungsverbund. Die EZB hat bereits Anleihen im Umfang von 153 Milliarden € aufgekauft, um die Märkte zu beruhigen. Wenn diese Anleihen nicht zurückgezahlt werden können, haften die Euroländer mit ihren Einlagen bei der EZB. Das heißt, dass Deutschland mit 27 % haftet.

Nun wird die EFSF diese Aufgabe übernehmen. Hierbei gilt dasselbe. Wenn nicht zurückgezahlt werden kann, haften alle Eurostaaten. Wichtig ist, dass wir den Menschen keinen Sand in die Augen streuen, sondern ihnen erklären, warum diese Maßnahmen richtig sind, welche Konsequenzen sie haben können und warum es der richtige Weg ist, sie auch zu schultern.

Gleichwohl bleibt all das zunächst nur eine Feuerwehrmaßnahme, um die aktuelle Krise in den Griff zu bekommen. Wichtiger als die reine Krisenbewältigung ist aber die Frage, warum es zu dieser Krise kommen konnte. Wir brauchen grundsätzliche und strukturelle Schritte, um eine neue Architektur Europas und der Finanzsysteme zu erreichen.

Aus der Sicht der Landesregierung wäre es daher konsequent, die Möglichkeit der Einführung gemeinsamer europäischer Anleihen, sogenannter Eurobonds, ernsthaft zu prüfen. So könnten mithilfe konditionierter Gemeinschaftsanleihen Ansteckungsgefahren und Spekulationen gegen einzelne Mitgliedsstaaten deutlich vermindert werden. Ein gemeinsamer Anleihemarkt könnte ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der Eurozone werden. Damit könnte der Euro in Zeiten, in denen das Vertrauen in den Dollar abnimmt, zu einer Reservewährung aufsteigen.

Ich begrüße deshalb die Ankündigen von Kommissionspräsident Barroso, dass Brüssel vertieft in die Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung von Eurobonds einsteigen und Vorschläge hierzu vorlegen will.

Dabei muss aber auch klar sein, dass jedes Modell von Eurobonds strikten Bedingungen genügen muss. Eurobonds dürfen nur den Teil der Staatsschulden abdecken, der auch den Stabilitätskriterien entspricht. Damit bestünde für die betroffenen Staaten weiterhin ein Anreiz, ihre Verschuldung zurückzuführen und nachhaltige Strukturreformen schnell und ökonomisch tragbar umzusetzen. Wir sprechen also im Prinzip

(Minister Peter Friedrich)

von einer Teilkaskoversicherung für Not leidende Eurostaaten. Im Gegenzug für die Inanspruchnahme europäischer Solidarität müssen sich die Staaten, die von den Eurobonds profitieren wollen, natürlich auch eine stärkere Einflussnahme der EU gefallen lassen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen konzentrieren, sondern auch auf das Wachstum. In jedem Fall ist es notwendig, dass die betroffenen Länder zur Konsolidierung angehalten werden. Für Griechenland heißt das ganz konkret, dass dort endlich ein funktionierender Steuervollzug aufgebaut wird. Gleichzeitig müssen wir aber verhindern, dass die betroffenen Staaten kaputtgespart und um jede wirtschaftliche Perspektive gebracht werden.

Es klingt paradox, aber gleichwohl gilt: Das, was verhindert hätte, in die jetzige Situation zu geraten, verhindert unter Umständen auch, der Situation wieder zu entkommen, weil es zu spät eingesetzt wird. Allzu strikte Sparauflagen dürfen nicht die Wachstumschancen zerstören. Die Länder müssen eine Chance zur Entwicklung erhalten. Deswegen ist es sinnvoll, über einen Marshallplan für Griechenland nachzudenken, wie es auch Berthold Huber in der heutigen Ausgabe der FAZ fordert. Es ist wichtig, dass sich die europäische Solidarität nicht nur in Sparanstrengungen ausdrückt, zu denen diese Länder angehalten sind. Vielmehr müssen die Länder die Chance erhalten, sich eine Zukunft zu erarbeiten. Investitionen in Zukunftstechnologien, Bildung und Forschung sind dabei unabdingbar. Wir wollen auch eine Wachstumsunion und nicht nur eine reine Konsolidierungsunion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber die Konsolidierung ist die Voraussetzung für Wachstum!)

– Konsolidierung und Wachstum gehören zusammen. Konsolidierung führt nicht von allein zu Wachstum. Ohne Wachstum wird es auch nicht möglich sein, in Griechenland eine Konsolidierung zu erreichen, Herr Hauk.

Deswegen ist klar, dass die Frage nicht nur im nationalen Rahmen entschieden werden muss. Vielmehr ist die Frage, wie wir die gesamte Architektur auf eine andere Stufe setzen können. Ohne eine scharfe Regulierung der Finanzmärkte werden wir dauerhaften Krisen nicht entkommen.

Es geht darum, dass wir ein System der Finanzmärkte bekommen, bei dem deutlich wird, dass die Staaten in der Lage sind, die Märkte und ihre Exzesse zu regeln. Ein zentrales Element hierfür ist eine Finanztransaktionssteuer, wie sie Kommissionspräsident Barroso auch heute in seiner Rede im Europäischen Parlament vorgeschlagen hat.

Die Märkte entscheiden nach ihren Spekulationskalkülen. Gesellschaftliche oder wirtschaftliche Konsequenzen interessieren nicht. Diese müssen dann hinterher die Staaten und damit die Steuerzahler übernehmen. Die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste können kein Modell sein. Deshalb müssen die Marktteilnehmer durch eine Finanztransaktionssteuer mit in die Verantwortung genommen werden. Damit wird gewährleistet, dass der Finanzsektor dauerhaft einen strukturellen Beitrag leistet.

(Vereinzelt Beifall)

Denn diejenigen, die meinen, dass die Märkte imstande seien, zu entscheiden, sind auch diejenigen, die als Erstes nach den Staaten rufen, wenn die Märkte Unheil angerichtet haben. Deswegen brauchen wir eine Beteiligung der Finanzmärkte.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich habe deshalb auch im Rahmen der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union den Vorschlag der Kommission unterstützt, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Ich begrüße, dass die Kommission Anfang Oktober hierzu offiziell einen Vorschlag auf den Tisch legen will. Es ist schön, dass auch die Bundesregierung das unterstützt und eine europaweite Finanztransaktionssteuer befürwortet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Betrieben hat, Herr Friedrich!)

Sie muss nun die noch zaudernden Mitgliedsstaaten und die Zauderer in den eigenen Reihen davon überzeugen, dass Europa hier gemeinsam und entschlossen vorangehen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein gutes Zeichen ist die heutige Verabschiedung von insgesamt sechs Richtlinien und Verordnungen, dem sogenannten Sixpack, im Europäischen Parlament zur Reform des Stabilitätspakts. Dies ist ein entscheidender Schritt zur kontrollierten gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wirtschaftspolitische Steuerung durch die Kommission mit Sanktionsrecht, ein Schuldenbegrenzungsplan, unabhängige Statistikämter, Überwachung der Leistungsbilanzen der Länder – all das sind Schritte zu mehr Gemeinsamkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Aber das reicht aus unserer Sicht nicht aus. Die Kernaufgabe, vor der wir heute stehen, ist die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Finanzregierung. Die derzeitige Krise zeigt, dass eine einheitliche Währung ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten auf Dauer nicht funktionieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es müssen zukünftig auch finanz- und wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten an die EU abgegeben werden, sonst wird der Geburtsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion, nämlich eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, wiederholt. Der gegenseitige Unterbietungswettbewerb bei Steuern und Abgaben, der die Staatsschuldenkrise maßgeblich mit vorangetrieben hat, würde sonst von Neuem beginnen.

Das gilt umso mehr, wenn das Instrument der Eurobonds tatsächlich kommt. Es kann dann nicht mehr allein Sache der Mitgliedsstaaten sein, welche Wirtschafts- und Finanzpolitik sie betreiben. Wenn ihre Staatshaushalte aus dem Ruder geraten, sind die anderen Euroländer davon massiv betroffen. Wir kommen ohnehin nicht aus. Hier wird der reformierte Stabilitätspakt die Europäische Union auf dem Weg zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung bereits einen großen Schritt voranbringen. Auch der „Euro-Plus-Pakt“, der jetzt verabredet wurde – allerdings auf freiwilliger Basis –, legt

(Minister Peter Friedrich)

Grundlagen dafür. Um aus der Krise herauszukommen, brauchen wir letztlich verbindliche Regelungen im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik.

Dabei wird es besonders wichtig sein, dass die solidarischen Hilfen im Euroraum auf dem Prinzip der Gerechtigkeit basieren. Deshalb ist auch die Vereinbarung von Eckpunkten in der Steuerpolitik unabdingbar. Die großen Unterschiede bei der Besteuerung von Unternehmen, Kapitalerträgen und Einkommen in den EU-Staaten und auch der mangelhafte Vollzug von Steuern sind nicht mehr tragbar, da sie uns von der Gemeinsamkeit weiter entfernen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Daher begrüßen wir die Bemühungen zur Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen sowie zur Einführung von EU-weiten Mindeststeuersätzen in der EU. Letztendlich muss aber die EU selbst noch handlungsfähiger werden. Dies könnte gelingen, wenn die EU eine weitere wesentliche Einnahmequelle in Form einer EU-Steuer erhält. Ich habe dies bereits vorhin ausgeführt.

Es geht in jedem Fall um ein Mehr an Europa. Auch die Bundesregierung hat sich mit der Ankündigung einer europäischen Wirtschaftsregierung auf diesen Weg gemacht. Es ist allerdings nicht hinnehmbar, dass die Behandlung dieser Fragen und die gesamte Steuerung ausschließlich durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten erfolgen. Wir sehen bereits jetzt an der Konstruktion der EFSF und in der Folge des ESM die fehlerhafte Entwicklung, dass wir keine parlamentarische Rückbindung, keine Einbindung von EU-Institutionen, keine Beteiligung des Europäischen Parlaments und – dies ist zumindest heutiger Stand – auch keine Beteiligung der Länder und der Länderparlamente bei diesen europäischen Maßnahmen haben.

Deshalb ist unsere Forderung, dass die EU-Kommission hier eine stärkere Rolle als Wirtschaftsregierung übernimmt und diese Maßnahmen unter Einbindung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stattfinden, damit dieses Mehr an Europa auch ein Mehr an demokratischem Europa ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schwur wird es beim Europäischen Stabilitätsmechanismus kommen. Seine Verabschiedung Ende des Jahres geht nur mit Zustimmung des Bundesrats. Bei einem permanenten Krisenmechanismus wie dem ESM muss der Bundesrat über ausreichende Mitwirkungsrechte verfügen. Sollte die Bundesregierung dies verweigern, dann halte ich den Gang nach Karlsruhe für unausweichlich. Wenn die Bundesregierung den Bundesländern nicht die Rechte lässt, die ihnen zustehen, dann läuft sie sehenden Auges in den nächsten Verfassungskonflikt.

Jetzt ist die Stunde Europas. Wir müssen alles dafür tun, dass der Euroraum und Europa nicht von den Märkten angegriffen werden. Jetzt gilt es, den Beweis anzutreten, dass die Demokratie stärker ist als die Märkte. Wer jetzt dem Egoismus des Augenblicks huldigt und vergisst, dass die dauerhafte Entwicklung Europas nur durch eine höhere Stufe europäischer Integration zu erreichen ist, der wird auch in Zukunft kein demokratisches Europa erreichen.

Herr Barroso hat recht: Europa steht am Scheideweg, ob wir in nationale Interessen zerfallen und den Märkten die größte zivilisatorische Leistung nach dem Zweiten Weltkrieg unterordnen oder ob wir die Erfolgsgeschichte von Wachstum durch Solidarität in Europa fortsetzen.

Wir wollen eine Europäische Union, die durch Solidität in Solidarität unseren Wohlstand nachhaltig sichert. Baden-Württemberg war immer eine Keimzelle Europas. Dies setzen wir fort.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gute Rede!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bevor ich den Abgeordneten das Wort zur Aussprache erteile, möchte ich noch Folgendes bekannt machen:

Krankgemeldet ist Frau Abg. Rita Haller-Haid.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Rainer Stickleberger bis 15:00 Uhr entschuldigt.

Meine Damen und Herren, heute haben die Herren Kollegen Stober und Wolf Geburtstag. Ich gratuliere ihnen im Namen des ganzen Hauses und wünsche ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir kommen jetzt zur Aussprache über die Regierungserklärung. Das Präsidium hat hierfür eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir feiern heute das 60-Jahr-Jubiläum des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht verfügt über eine hohe Autorität; es genießt große Anerkennung, und es hat auch wichtige Urteile zu Europa und zur Integrationsfreundlichkeit gefällt. Deshalb ist es, glaube ich, gut, dass wir gerade den heutigen Tag für diese Aussprache gewählt haben und eine Regierungserklärung dazu hören konnten; denn aktueller als an diesem Tag könnten wir nicht sein.

Zum Zweiten wurde vorhin bekannt gegeben, dass in Baden-Württemberg mit 6,5 % das höchste Wachstum in Deutschland im ersten Halbjahr bilanziert worden ist. Das ist unsere Abschlussbilanz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das ist auch ein Verdienst Europas. Ich glaube, es ist auch eine gute Messlatte, an der wir gerade in einem Land, das im-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

mer Exportweltmeister war, die Bedeutung Europas ablesen können; darauf wurde hingewiesen. Wir haben ein Bruttoinlandsprodukt von 360 Milliarden € pro Jahr. 150 bis 160 Milliarden € werden im Export erzielt, und zwar 107 Milliarden € im Export in die EU und davon 60 Milliarden € im Export in die Länder der Eurozone. Allerdings ist dieser Anteil im Verhältnis nicht gestiegen. Vielmehr ist der Export in die Schwellenländer gestiegen.

Wir haben natürlich auch deshalb Erfolg, weil die baden-württembergische Wirtschaft stark ist, weil im Bereich des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik große Erfolge erzielt werden. Das sind die Produkte. Insoweit haben wir, glaube ich, eine gute Ausgangsbasis, um gerade an einem solchen Geburtstag wie heute auch über den Stolz dieses Landes zu sprechen und zu betonen, dass es neben Euro und Europa vor allem die exzellenten Produkte unserer Flaggschiffe und Weltmarktführer sind, die uns Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit bescheren.

Helmut Kohl hat es kürzlich auf den Punkt gebracht. Er sagte:

*Die größte strategische Herausforderung für Europa ist derzeit Europa selbst.*

Ich bin überzeugt, dass, wenn wir auf die letzten 60 Jahre zurückblicken, gerade ein Land wie Baden-Württemberg mit Stolz darauf verweisen kann, dass es immer ein Land in der Mitte Europas war, mit großem wirtschaftlichem Erfolg, ein Land im Herzen Europas, und dass wir dieses Europa mit Baden-Württemberg auch mitgestaltet haben. Wir haben es schon mit Lothar Späth gestaltet, der ein Europa der Regionen mit konzipiert hat, mit Erwin Teufel, der im europäischen Verfassungskonvent mit federführend war,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles Geschichte!)

und auch mit Günther Oettinger, der heute erfolgreicher EU-Kommissar ist. Mit den Regierungen unter Mappus und Oettinger haben wir die Donaunraumstrategie initiiert. Sie war unsere Erfindung und Idee. Wir haben sie sicherlich auch erfolgreich auf den Weg gebracht. Ich selbst habe zu Donaukonferenzen nach Brüssel eingeladen und war Berichterstatter im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union in Brüssel. Es gibt viel Zusammenarbeit am Hochrhein und am Bodensee.

Baden-Württemberg ist ein Land und Motor Europas. Die letzten 60 Jahre standen wir immer für Europa. Deshalb will ich auch vorab sagen: Die CDU-Fraktion steht für Europa, sie steht für den Euro, und sie steht auch als Europapartei zu Europa. Das will ich vorwegschicken.

(Beifall bei der CDU)

Aber in diesen Tagen muss man auch die Sorgen, die uns bewegen, artikulieren. Meine Damen und Herren, ich glaube, man darf im Duktus der Regierungserklärung nicht nur sagen: „Wir sind euphorisch für Europa“ und die Themen, die mit Risiken verbunden sind, einfach ausblenden. Wenn wir die Bürger mitnehmen wollen – das wird zu Recht gefordert –, dann müssen wir auch offen und transparent über die Herausforderungen und Risiken sprechen, die mit diesem Weg verbunden sind. Deshalb, glaube ich, muss man es ernst nehmen – dazu wurde nichts gesagt –, wenn wichtige Personen der Eu-

ropäischen Zentralbank oder früher der Deutschen Bundesbank, wie Otmar Issing, heute darauf hinweisen und sagen: Griechenland wird es nicht schaffen können. Das kann man nicht einfach ausblenden, sondern muss es ehrlich ansprechen, beim Namen nennen, und nicht mit Lyrik darüber hinweggehen.

Deshalb, Herr Minister, möchte ich Ihnen vorab sagen: Die Mitwirkungsrechte über den Bundesrat gestehen wir Ihnen als Forderung zu; da unterstützen wir Sie. Sie stehen Ihnen zu. Für diese Rechte habe auch ich immer gekämpft. Ich finde, es ist das gute Recht der Länder und des Organs Bundesrat, dass sie unterrichtet werden. Das halte ich für eine Notwendigkeit, eine Selbstverständlichkeit. Da haben Sie uns auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Hier geht es darum, wie wir den Herausforderungen beim Thema Euro begegnen, wie wir diesen Themen begegnen, denen wir jetzt ausgeliefert sind. Glauben Sie selbst, dass Griechenland alles zahlen kann, was im Moment ansteht? Das ist doch die entscheidende Frage. Der Punkt war doch, dass wir beim Pakt – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was glauben Sie denn? Raus damit! Nicht immer darüber hinwegreden!)

– Herr Kollege Schmiedel, ich komme gleich auf das Problem, das wir haben, auf diesen Punkt zu sprechen. Es gab einen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, und es gibt ihn noch immer. Das Europaparlament hat heute, genau an diesem Tag, zu Recht die Verschärfung dieses Pakts beschlossen. Das unterstützen wir. Aber es gibt natürlich ein Problem, das wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen dürfen. Denn der Wachstumspakt hatte eine Geschäftsgrundlage. Das waren zum einen die No-Bail-Out-Klausel und zum Zweiten auch die Kriterien von Maastricht. Jetzt müssen wir natürlich sagen: Es ist eben die damalige rot-grüne Regierung, die eine Mitverantwortung dafür trägt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und die Schwarzen im Europaparlament!)

dass trotz aller Warnungen – auch der Warnungen der EZB – Griechenland damals in die Europäische Währungsunion aufgenommen wurde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was hat denn die CDU im Europaparlament gemacht?)

Heute wissen wir, dass es falsch war. Das muss man einfach sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb, glaube ich, dürfen wir nicht so locker darüber hinweggehen, sondern müssen dies auch ehrlich und ernsthaft beim Namen nennen. Die Bedenken muss man ernst nehmen; denn auch die Entwicklungen in Griechenland sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen, von unterschiedlichen Regierungen gepflegten Politik des Schuldenmachens. Im Grunde genommen weiß derjenige, der in dieser Frage tiefer analysiert, dass wir an dem Punkt angekommen sind,

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frage!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

an dem die Schuldenmacherei ein Ende haben muss. Wir haben keine Eurokrise, wir haben eine Staatsschuldenkrise. Das ist das Problem, über das wir uns unterhalten müssen.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Natürlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Natürlich. – Herr Kollege Schmiedel, bitte.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Kollege Reinhart, Sie haben gerade kritisiert, dass die rot-grüne Bundesregierung der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone zugestimmt hat. Können Sie uns erklären, weshalb auch die CDU im Europaparlament genau dieser Aufnahme zugestimmt hat?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Herr Kollege Schmiedel, genau das ist der Punkt. Wir wollen zum einen keinen europäischen Superstaat. Zum anderen müssen wir auch aus der Sicht des Nationalstaats und des Landes Verantwortung wahrnehmen – so, wie es übrigens das Bundesverfassungsgericht gesagt hat. Warum sage ich das?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Verträge müssen eingehalten werden. Das Problem ist doch – da will ich zitieren –

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ein großer Europäer, Walter Hallstein, hat einmal gesagt:

*An die Stelle der Macht und ihrer Manipulierung, an die Stelle des Gleichgewichts der Kräfte, des Hegemoniestrebens und des Spiels der Allianzen tritt zum ersten Mal die Herrschaft des Rechts.*

Deshalb muss die Herrschaft des Rechts auch das oberste Gebot sein. Deshalb dürfen Rechte nicht verletzt werden. Das gilt auch für Pakte und Vereinbarungen. Darin liegt die Problematik.

Insoweit teile ich auch einen weiteren Punkt nicht, der hier ausgeführt wurde. Hier wurde als Allheilmittel u. a. die Einführung von Eurobonds dargelegt. Meine Damen und Herren, was haben wir auf diesem Weg im Grunde vor uns? Sind Eurobonds eine tragfähige und nachhaltige Lösung? Das ist doch die Frage.

Wir alle kennen die Diskussion. Kollege Kretschmann nahm damals an jeder Sitzung der Föderalismuskommission II teil; auch ich habe damals an jeder Sitzung teilgenommen. Wir haben heute zu Recht gehört, dass der Länderfinanzausgleich ein großes Problem ist. Wir wissen, dass der Länderfinanzausgleich ungerecht ist.

Deshalb sind wir davon überzeugt: Es wäre der gleiche Fehler wie beim Länderfinanzausgleich. Es wären falsche Anreize, wenn wir eine Cuvée aus Zinsen der 17 Länder der Euro-

zone bildeten. Damit würden wir Fehlanreize setzen. Deshalb ist meine Fraktion – und die gesamte Union – gegen die Einführung von Eurobonds.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Gefahr liegt darin, dass wir falsche Anreize setzen würden. Wir würden das Schuldenmachen vereinfachen. Damit geht es um das Prinzip der Selbstverantwortung. Das muss im Vordergrund stehen. Deshalb dürfen keine dauerhaften Transferleistungen zulasten einiger weniger Leistungsträger eingeführt werden.

Wir wollen eine Stabilitätsunion, aber keine reine Haftungs- und Transferunion. Zu Solidarität muss immer auch Solidität gehören. Das ist der entscheidende Punkt, um den es uns geht, wenn wir über öffentliche Haushalte auch der Länder in der Europäischen Union und der Eurozone sprechen.

Deshalb teile ich Ihre Meinung, dass verschärft beobachtet werden muss und dass überwacht werden muss. Wir brauchen dort ein Mehr an Europa, wo wir Aufsicht und Kontrolle einführen. Denn nur mit Aufsicht und Kontrolle auch gegenüber denen, die Verstöße verüben, werden wir auf dem richtigen Weg sein.

Wir müssen auch immer eines vor Augen haben: Wenn wir jetzt beispielsweise Eurobonds einführen würden, müssten wir gegenwärtig bundesweit – da gibt es Hochrechnungen von namhaften Wissenschaftlern und von Banken – 30 Milliarden € mehr bezahlen. Damit kämen auf das Land Baden-Württemberg jährlich 1 Milliarde € mehr an Zinsen zu. Das kann nicht unser Weg sein. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Deshalb gilt es, den Geist des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch mit Leben zu erfüllen. Deshalb brauchen wir jetzt richtige Weichenstellungen und Korrekturen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Eine weitere Weichenstellung, um Vertrauen zu gewinnen – darum geht es –, ist die Einführung von Schuldenbremsen, so, wie wir das in Deutschland mit der Föderalismuskommission II gemacht haben. Diese Kommission stand damals in der letzten Sitzung knapp vor dem Scheitern. Unser damaliger Ministerpräsident Oettinger hatte den Vorsitz inne. Wir hatten nur noch eine Möglichkeit, überhaupt einen Kompromiss zu finden, um die Verfassungsänderung darzustellen, nämlich die, eine gespaltene Verschuldungsregel in die Verfassung aufzunehmen, bis zum Jahr 2020 für die Länder und bis zum Jahr 2016 – mit einem Recht auf eine Verschuldung von jährlich 0,35 % – für den Bund.

Diese Schuldenbremse ist heute zum Vorbild in ganz Europa geworden. Wir unterstützen das, weil wir sie selbst initiiert haben. Die Schuldenbremse muss eingeführt werden, weil nur dadurch die Solidität, von der ich spreche, wieder erreicht werden kann. Das wichtigste Kapital, das man braucht, ist Vertrauen. Der Ausspruch von Robert Bosch „Vertrauen verloren, alles verloren“ gilt insbesondere in diesem Zusammenhang.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen werden nicht in wenigen Monaten zu korrigieren sein. Deshalb brauchen wir Konzeptionen, aber auch klare Haltungen für die Zukunft.

Ich habe vorhin bereits den Export angesprochen. Beispielsweise der Wert der Exporte nach Italien liegt noch immer über dem Wert der Exporte nach China. Deshalb muss auch bei der EFSF und beim ESM, der noch kommt – – Wir hatten übrigens im Mai 2010, als wir den ersten Rettungsschirm beschlossen hatten, weil die Krise keine andere Möglichkeit mehr zuließ, immer gesagt: Es ist einmalig, es ist befristet, und es ist bedingt.

Jetzt haben wir erneut über weitere Mechanismen zu sprechen. Wenn man darüber spricht, dann muss auch eines betont werden: Das Messer muss in Zukunft bei Verstößen nicht nur einen Knauf, sondern auch eine Schneide haben. Anders ausgedrückt: Der Stabilitätspakt braucht auch Zähne. Das heißt, es müssen Sanktionen möglich sein, wenn gegen die Vorgaben des Stabilitätspakts verstoßen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ansonsten muss gerade jetzt darauf geachtet werden, dass es keine Leistung ohne Gegenleistung gibt und dass ein Regelwerk erlassen wird, das vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe organisiert und das keine Fehlanreize, sondern Anreize schafft. Das halte ich in diesem Zusammenhang für einen ganz entscheidenden Punkt. Dazu gehört auch, dass Griechenland seine 15 Milliarden € aus dem EU-Haushalt abrufen kann, was bisher bei den Strukturfonds nicht geschehen ist.

Meine Damen und Herren, Professor Franz, der Vorsitzende des Sachverständigenrats, hat heute öffentlich gesagt, dass auch der Sachverständigenrat weiterhin der Meinung ist, dass man Lösungen für Teilvergleiche braucht. Das halte auch ich für richtig; denn man muss der Realität ins Auge schauen. Er meinte, bei der Wahl zwischen Pest und Cholera sollte man sich lieber für die Cholera entscheiden. Damit sprach er sich für eine klare Formulierung von Regeln für Staatsinsolvenzen aus, die wir jetzt auch fordern müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nochmals betonen, dass wir in diesem Parlament dafür gekämpft haben, dass die Parlamentarier über das Gesetz über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union beteiligt, informiert und unterrichtet werden. Deshalb begrüße ich heute zum einen die Unterrichtung. Zum anderen verbinde ich dies mit der Forderung, dass das vor der ESM-Verabschiedung im kommenden Jahr geschieht; denn damit sind noch wesentlichere Fragen verbunden als jetzt, da die erste Hilfe im Grunde genommen mit dem Schirm derzeit nur prolongiert und ausgeweitet wird, aber befristet bleibt.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass es darum gehen muss, unsere Bürger aufrichtig und transparent zu informieren. Deshalb möchte ich auch unsere Grundsätze zusammenfassen, die meines Erachtens im Moment wichtig sind – getreu dem Motto, dass man Risiken nicht ausblendet, sondern ehrlich beim Namen nennt –:

Die Lösung der Schuldenkrise kann nicht in einer permanenten Ausweitung von Hilfspaketen zu suchen sein. Die Schuldenkrise kann nur nachhaltig und ohne Schaden für Europa

überwunden werden, wenn jeder Mitgliedsstaat zunächst einmal selbst für seine Schulden haftet. Das heißt, auch für Hilfsmaßnahmen muss gelten: Hilfskredite gibt es nur, wenn es im Gegenzug zu verlässlichen Konsolidierungsmaßnahmen der Empfängerländer kommt. Dabei ist die Schuldentragfähigkeit des betreffenden Landes ganz entscheidend. Eine geordnete Umschuldung muss ebenfalls in Betracht gezogen werden können.

Alle Schritte in Richtung einer Haftungs- und Transferunion, wie die erwähnte Einführung von Eurobonds, halten wir für nicht sinnvoll und für nicht tragfähig. Wir begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht in diesem Zusammenhang Grenzen gesetzt hat; denn gemeinsame Anleihen untergraben die Haushaltsdisziplin in Europa. Sie belohnen Länder mit unsolider Finanzpolitik und bestrafen Länder mit solider Haushaltspolitik. Gemeinsame europäische Anleihen setzen zudem die disziplinierende Wirkung der Zinsspreads auf den Finanzmärkten außer Kraft. Eurobonds sind deshalb ungerecht, weil sie Lasten aus Fehlern anderer Eurostaaten vor allem Deutschland aufbürden und unser Land über jedes vertretbare Maß hinaus belasten würden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deshalb will ich auch sagen: Wir wollen die Bürger mitnehmen; das müssen wir beim Thema Haftung auch. Andernfalls hätte ich die Sorge, dass wir die Euroskepsis eher noch beflügeln. Wir wollen keine Euroskepsis. Gerade deshalb müssen wir sehr sorgfältig und sehr verantwortungsvoll mit diesem Thema umgehen.

Es geht auch darum, alles daranzusetzen, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sicherzustellen. Deshalb teile ich nicht die hier geäußerte Auffassung: Weil die EZB bereits für 153 Milliarden € haftet, haben wir ohnehin schon eine Transfer- und Haftungsunion, und daher können wir nun erfollos weiterhaften. Diesen Folgeschluss dürfen wir so nicht ziehen. Wir müssen uns vielmehr eher damit befassen, ob das rechtmäßig war und ob das so weitergehen darf. Was ist die Aufgabe der Europäischen Zentralbank? Ihre Aufgabe ist vorrangig, Stabilität zu gewährleisten. Daran müssen wir stets erinnern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deshalb müssen wir mit dem „Europäischen Semester“ auch Entscheidungen wie dem „Sixpack“, der erwähnt wurde, vorbeugen.

Eines will ich abschließend noch zitieren: Lincoln hat einmal gesagt:

*Ihr macht die Schwachen nicht stark, indem ihr die Starken schwach macht.*

Diese Diskussion betrifft im Moment ganz besonders die 17 Länder der Eurozone. Es kann nicht sein, dass wir auch seitens Europa diejenigen, die leistungsfähig sind, einschränken wollen. Denn sie sind im Grunde genommen die Zugpferde, die Motoren und diejenigen, die Europa tragen und nach vorn bringen. Deshalb lautet unsere Auffassung: Wir brauchen einen Schuldenabbau. Wir brauchen auch den „Euro-Plus-Pakt“,

(Dr. Wolfgang Reinhart)

und wir brauchen Schuldenbremsen und Solidität. Vor allem geht es darum: Es kommt nicht zu Schuldenkrisen, wenn es Regelungen gibt, die auch eingehalten werden. Deshalb brauchen wir vor allem die Einhaltung der Regelungen, die seit dem Stabilitätspakt existieren.

Regelungen zu einem europäischen Bundesstaat können übrigens in Deutschland nur getroffen werden, wenn das Volk darüber abstimmt. Etwas anderes gibt die Verfassung nicht her.

Deshalb sind wir alle gut beraten, meine Damen und Herren, in diesen Tagen zu differenzieren, aber auch zu betonen: Wir stehen zu Europa, und wir stehen zum Euro. Wir wollen dieses Europa, wir wollen Solidarität, aber wir fordern auch Solidarität, und wir fordern vor allem, dass wir die große Idee, dieses große Geschenk Europa, dass wir in der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte leben können und dürfen, nicht aufs Spiel setzen, indem wir jetzt so großzügig und leichtfertig mit der Bewältigung dieser Eurokrise umgehen. Vielmehr dürfen wir gerade im Sinne der Akzeptanz Europas – auch im Hinblick auf künftige Generationen – auch Deutschland nicht überfordern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Frey das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da gibt es zweierlei: Die einen mit Krawatte und die anderen ohne!)

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Minister Friedrich ausdrücklich für die vorwärtsgerichtete, klare Perspektive danken, die er Europa in seiner Rede gegeben hat und die ich mir auf anderen politischen Ebenen ebenso wünschen würde.

Die Mitgliedsstaaten der EU müssen gerade in einer Zeit der globalen Verschuldungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Vertrauenskrise entschlossen handeln, mit einer Stimme sprechen und solidarisch zueinander stehen. Das war in dieser Rede deutlich zu spüren. Es gab auch eine klare Definition, was Solidarität ist.

Meine Damen und Herren, zu Anfang möchte ich Ihnen ein Zitat aus einer Broschüre der grünen Europafraktion aus dem Jahr 1998 vorstellen:

*Mit dem Maastricht-Vertrag hat sich die Europäische Union zum Aufbau einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verpflichtet. Auf eine verbindliche europäische Wirtschaftspolitik verzichtet der Vertrag jedoch weitgehend. Doch nur, wenn mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik annähernd ähnliche Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für die Menschen in Europa geschaffen werden, kann eine europäische Währung auch zu gemeinsamem Wohlstand führen. Es fehlt eine Institution, die als demokratisches Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank eine koordinierende europäische Wirtschaftspolitik für Umwelt, Arbeit und sozialen Zusammenhalt gestalten kann. Die Währungsunion und der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin stehen für ein Politikverständnis, in dem nur die Geldwertstabilität zählt.*

Was wir vor 13 Jahren als Rahmenbedingungen für die Währungsunion gefordert haben, steht heute in Europa parteiübergreifend auf der Agenda. Denn die Praxis hat gezeigt: Eine Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik kann nicht dauerhaft funktionieren.

Was wir angesichts der aktuellen Krise brauchen, ist ein klares Bekenntnis zu mehr europäischer Integration, dem Taten folgen müssen. Wir müssen zum einen dafür sorgen, dass die bestehenden Verträge und Pakte eingehalten werden und dass bei Verstoß natürlich Sanktionen greifen. Dafür brauchen wir keine Messer und keine Pest- und Choleradrohungen.

(Beifall bei den Grünen)

Zum anderen werden weitere Anpassungen der europäischen Verträge notwendig sein. Wir Grünen setzen uns für eine stärkere verbindliche Koordinierung der nationalen Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken auf europäischer Ebene ein. Wichtige Bausteine einer europäischen Wirtschaftsregierung sind die Harmonisierung von Steuersätzen sowie soziale Mindeststandards in allen EU-Staaten. Wenn Unternehmen und Kapital über Grenzen hinweg agieren, dürfen Steuerpolitik und soziale Absicherung nicht an nationalen Grenzen haltmachen.

Die Europäische Union muss ihre Wettbewerbsfähigkeit als Ganzes stärken. Hierfür sind gemeinsame Investitionen in die Transformation der Wirtschaft hin zu einem nachhaltigen und sozialen Europa besonders wichtig.

Kurz- und mittelfristig müssen wir jedoch Instrumente entwickeln und umsetzen, mit denen wir hoch verschuldeten Eurostaaten helfen und Finanzmärkte dauerhaft beruhigen, und wir alle müssen aus der Staatsverschuldung aussteigen. Die bisherigen Maßnahmen zur Rettung des Euro und auch die zögerliche Haltung der Bundesregierung haben bekanntermaßen zu keiner Beruhigung der Finanzmärkte geführt, Herr Reinhart.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Vermittlungs- und ein Akzeptanzproblem bei den Bürgerinnen und Bürgern. Denn nur wenige Experten durchdringen noch die hochkomplexen Details der Eurorettung. Die Euro- und Finanzmarktkrise hat sich deshalb längst zu einer Vertrauenskrise ausgewachsen. Die Krisenursachen müssen wir deswegen genau analysieren, um aus den Konstruktionsfehlern der Währungsunion und der Freizügigkeit des Kapitals neu zu lernen. Dabei stehen nicht nur Griechenland, Portugal, Italien, Belgien oder Spanien am Pranger, sondern auch wir selbst.

Die größte Aufmerksamkeit muss der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts gelten. Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur in Europa.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu braucht Europa an erster Stelle eine Koordination der Finanz- und Haushaltspolitiken, die übermäßige Verschuldung vermeidet. Die Mitgliedsstaaten müssen solide wirtschaften; daran führt kein Weg vorbei.

Wir unterstützen hier ausdrücklich die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es ist notwendig, dass der Stand der Gesamtver-

(Josef Frey)

schuldung und die Außenhandelsbilanz überwacht werden. Allerdings war die Konzentration auf das 3-%-Kriterium bei der Neuverschuldung ein Irrweg. Ein Staat, dessen Neuverschuldung bei unter 3 % des BIP liegt, kann trotzdem finanzpolitisch auf der schiefen Bahn sein und sich im Hinblick auf Europa destruktiv verhalten. Deshalb ist es richtig, dass die Kommission nun die finanzpolitische Lage in einem Land erst dann abschließend beurteilt, wenn sie sich ein Gesamtbild gemacht hat.

Der Weg zu einer gesunden Wirtschafts- und Währungsunion führt über starke, wettbewerbsfähige Mitgliedsstaaten. Hier müssen alle ihre Aufgaben machen, nicht nur die im Süden, sondern auch die im Norden. Das heißt konkret: Die Europäische Kommission hat in Zukunft auch ein Auge darauf zu werfen, dass ein Land nicht dauerhaft mehr Waren einführt, als es ausführt, und umgekehrt. Die Außenhandelsungleichgewichte in Europa müssen abgemildert werden. Dabei ist klar: Niemand will exportstarke und wettbewerbsfähige Staaten schwächen. Aber ob es sinnvoll ist, dass es nun ausdrücklich die Schwachen sein sollen, die Schwache retten, wage ich zu bezweifeln, Herr Reinhart.

Die Stärke der exportstarken Nationen darf jedoch nicht mit Lohndumping und Schuldenfinanzierung erkaufte werden. Alle müssen ihre Hausaufgaben machen. Das bedeutet, dass auch Deutschland seine Hausaufgaben machen muss. Die Stärkung der Binnennachfrage und das Ende künstlicher Lohnzurückhaltung auf Kosten unserer neuen Nachbarn müssen ein Ende haben.

Meine Damen und Herren, der Rettungsschirm EFSF, über den Bundestag und Bundesrat in dieser Woche entscheiden, ist kein reiner Akt der Nächstenliebe. Wir übernehmen als wirtschaftsstärkstes EU-Mitglied immerhin ein Viertel der Garantien. Das liegt aber auch im ureigenen deutschen Interesse; denn die politischen und wirtschaftlichen Kosten eines Scheiterns des Euro wären gerade für Deutschland nicht nur in monetärer Hinsicht desaströs. Die Vorteile des Euro sind für uns enorm – sie wurden von Europaminister Friedrich zum Teil bereits erwähnt –: Wir profitieren wie kein anderes Land vom EU-Binnenmarkt, und der Löwenanteil unserer baden-württembergischen Exporte geht nach wie vor ins europäische Ausland. Im Jahr 2010 blieben zwei Drittel unserer Gesamtausfuhren in Europa, davon 53 % in der Europäischen Union, 38 % in der Eurozone.

Die Europäische Union an sich steht für Frieden, Sicherheit und Solidarität genauso wie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie hat ihre Mitgliedsstaaten von der Bedrohung durch aggressiven Nationalismus und Krieg befreit. Sie hat autoritäre Regime und Diktaturen in Europa überwunden. Sie ermöglicht eine neuartige Zusammenarbeit in immer mehr Gesellschafts- und Politikbereichen innerhalb der EU und mit ihren Nachbarn. Wollen wir das aufs Spiel setzen?

Wenn es in Zukunft also darauf ankommt, die Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken auf europäischer Ebene stärker zu koordinieren, dann muss dies effizient und verbindlich organisiert und demokratisch legitimiert werden. Ich bin froh, hier auch von Herrn Reinhart ein eindeutiges Votum für mehr Beteiligung des Bundesrats feststellen zu können.

Der Geburtsfehler des Euro, dass trotz Währungsunion jeder Mitgliedsstaat in der Eurozone seine eigene Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik betreibt und in der Folge die Volkswirtschaften auseinanderdriften, muss korrigiert werden. Deswegen setzen wir uns für eine europäische Wirtschaftsregierung ein, die gewisse Leitplanken in den genannten Politikfeldern vorgibt und gegen Länder, die dagegen verstoßen, auch Sanktionen verhängen kann. Dabei bin ich hier für pazifistischere Methoden als die, jemandem das Messer an den Hals zu setzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wichtig für das Funktionieren ist, dass eine europäische Wirtschaftsregierung demokratisch legitimiert ist. Eine europäische Wirtschaftsregierung, wie sie Kanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy vorschwebt, ist letztlich undemokratisch, da sie allein auf Abmachungen zwischen den nationalen Regierungen setzt und die Parlamente außen vor lässt. Stattdessen sprechen wir uns dafür aus, dass die Wirtschaftsregierung bei der Europäischen Kommission angesiedelt und von ihr koordiniert wird, weil die Kommission als supranationale europäische Institution das Wohl aller EU-Mitgliedsstaaten im Blick hat.

Damit die EU im Bereich der Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik mehr Kompetenzen wahrnehmen kann und gleichzeitig das Europäische Parlament gestärkt wird, werden langfristig auch Änderungen der Europäischen Verträge nötig sein. Diese Vertragsänderungen müssen aus unserer Sicht von einem hierfür eingesetzten Verfassungskonvent erarbeitet werden. Denn nur so ist eine größtmögliche Transparenz gewährleistet.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen, dass die Eurokrise möglichst schnell beendet wird und der Euro und somit auch die Europäische Union stabilisiert werden. Dafür brauchen wir einen breiteren Lösungsansatz: den Rettungsschirm, die umfassende Beteiligung privater Gläubiger, eine europaweite Finanztransaktionssteuer und weitere Instrumente. Wir Grünen haben uns von Anfang an für starke und umfassende Informations- und Beteiligungsrechte des Bundestags eingesetzt und einen funktionsfähigen Rettungsschirm eingefordert. Es bedurfte erst des BVG-Urteils vom 7. September 2011, um deutlich zu machen, dass die Regierungsfractionen in diesen Fragen der Beteiligung des Deutschen Bundestags in europäischen Angelegenheiten nacharbeiten müssen.

Neben dem Bundestag wirken auch die Länder über den Bundesrat in Angelegenheiten der EU mit. Der grünen Landtagsfraktion geht es darum, über wichtige Maßnahmen des Euro-Rettungsschirms unterrichtet zu werden. Der Landtag ist über das Gesetz über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union, das wir im vergangenen März verabschiedet haben, informiert und beteiligt. Wir danken dem Minister auch dafür, dass er uns hier im September informiert hat. Wir werden diese Beteiligung vonseiten des Europaausschusses je nach Fall und Bedarf auf Landesebene nutzen und über den Bundesrat die Europapolitik aktiv mitgestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Euro-Rettungsschirm als vorübergehendes Notfallinstrument soll spätestens im Jahr 2013 durch den Europäischen

(Josef Frey)

Stabilitätsmechanismus ersetzt werden. Er soll EU-Staaten im Krisenfall dauerhaft weiterhelfen – nicht unbegrenzt, aber nachhaltig. Die Bundesregierung hat sich monatelang öffentlich als Gegner eines dauerhaften Rettungsschirms dargestellt und hat behauptet, eine Verlängerung des Euro-Rettungsschirms würde es mit ihr nicht geben. Letztendlich musste die Kanzlerin aber wie so oft in dieser Krise nachgeben, weil sie von den vorauszu sehenden Entwicklungen überholt wurde. Die Bundesregierung muss nun endlich mit einer Stimme und ohne Polemik sprechen

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf: Bravo!)

und mit entschlossenen Schritten die von uns aufgezeigten Maßnahmen ergreifen.

Wir Grünen wollen den Stabilitätsmechanismus perspektivisch in einen europäischen Währungsfonds überführen, der klare Regeln für Finanznotfälle schafft und spekulative Werten gegen die Eurostaaten unterbindet. Wir sehen in dem schon erwähnten BVG-Urteil vom 7. September einen Rahmen, der auch die Möglichkeiten für Eurobonds absteckt. Wir meinen, dass Eurobonds unter bestimmten Bedingungen einen Beitrag zur dauerhaften Stabilisierung des Euro leisten können. Viel hängt allerdings davon ab, wie sie ausgestaltet werden. Da fordere ich Herrn Reinhart auf, konstruktiv mitzuarbeiten und nicht danach zu suchen, wie man sie verhindern kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Selbst wenn nur eine Gruppe von Ländern die Einführung von Eurobonds forcieren und diese einführen würde, würden diese Bonds den größten Anleihemarkt in Europa darstellen und demnach bevorzugt werden. Wer dort nicht mitmachte, liefe dann Gefahr, von den Investoren bestraft zu werden. Daher müssen wir dies vorbehaltlos prüfen und die richtigen Leitplanken für diese Bonds setzen.

Griechenland hat sich, meine Damen und Herren, um die Kredithilfe überhaupt zu bekommen, zur Umsetzung eines harten Anpassungsprogramms verpflichten müssen. Weitere Tranchen der Finanzhilfe werden nur ausgezahlt, wenn die Bedingungen von Griechenland erfüllt werden. Wir brauchen dafür keine Messer, und es geht auch nicht um die Entscheidung zwischen Pest und Cholera, Herr Reinhart. Es ist aber auch ausgesprochen wichtig, dass Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung maßvoll und sozialverträglich gestaltet werden.

Im Einsatz von bisher nicht abgerufenen Mitteln, z. B. aus dem Europäischen Strukturfonds, besteht aus unserer Sicht eine wirkungsvolle Möglichkeit, Investitionen in innovative Infrastrukturmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, in Bildung und erneuerbare Energien zu tätigen und perspektivisch auch nachhaltiges Wachstum zu generieren. Hier müssen wir den bedrohten Staaten bei der oft fehlenden Komplementärfinanzierung entgegenkommen.

Die Lasten der Haushaltskonsolidierung müssen wir auf alle Schultern verteilen. Wir schlagen deshalb vor, dass die Europa-2020-Ziele mit ihren Schwerpunkten Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Bildung genauso verbindlich werden wie die Vorgaben an die Mitgliedsstaaten zur Senkung ihrer Schul-

den. Die Lage in den Krisenstaaten verdeutlicht, dass Sparen allein nicht aus der Krise führt, sondern Generalstreiks provoziert, die den sozialen Frieden gefährden. Investitionen in die Schlüsselsektoren der Strategie Europa 2020 und soziale Balance sind dringend angesagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Eine konservativ-liberale Mehrheit lehnt diesen Vorschlag der Gleichrangigkeit von Europa-2020-Zielen und Defizitkriterien jedoch bislang ab und verhindert damit eine nachhaltige Reform zur effektiven Lösung dieser Krise. Ich bitte deswegen die Landesregierung, sich am Freitag in Berlin und natürlich darüber hinaus für den beschriebenen ganzheitlichen Ansatz einzusetzen und sich nachhaltig für Europa zu engagieren, damit wir mit Zuversicht in die Zukunft gehen können, mit einem gemeinsamen Europa und einem starken Euro.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für die heute leider nicht anwesende Kollegin Rita Haller-Haid ein paar Sätze zur Position der SPD-Fraktion bei dieser wichtigen Debatte äußern. Ich freue mich, dass die heutige Debatte als Europadebatte unter Einbezug der Öffentlichkeit in diesem Hohen Haus stattfindet. Ich habe mir vorgenommen, einige Fragen zu beantworten bzw. diese Fragen mit einigen Kommentaren zu versehen.

Die erste Frage lautet: Was erwarten die Bürger unseres Landes in dieser Parlamentsdebatte heute eigentlich von uns? Dies ist eine wichtige Frage, wenn man weiß, wie die Einstellung der Bevölkerung ist, wie der Tenor unserer Debatte ist und dass es dazwischen Lücken gibt. Deswegen denke ich, dass die Erwartungshaltung der Bevölkerung für uns einen wichtigen Aspekt darstellt, über den man nachdenken sollte.

Ich glaube, dass die Bevölkerung von uns erwartet, dass wir die Positionen auf den Tisch legen. Aber ich glaube nicht, dass die Bevölkerung von uns erwartet, dass wir alternativlos Politiken vorschlagen. Die Einigung Europas – so wichtig der Einfluss der Eurokrise auf das europäische Projekt auch ist – darf nicht praktisch auf knebelnde Weise mit der Krise des Euro verbunden werden. Wir brauchen keinen Druck um des Drucks willen, sondern wir brauchen in dieser Situation eine politische Führung in unserem Land, und wir brauchen mehr davon, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Zweite, was erwartet wird, ist, dass man an dieser Stelle ein paar eigene Einsichten hat. Die wichtigste Einsicht ist – man kann das überall lesen; man kann dazu die „Zeit“ oder andere gute Publikationen aufschlagen –: Wir müssen klar sagen, dass es nicht so war, dass mit der Aufgabe der D-Mark und der Einführung des Euro die politische Union mitgekommen wäre. Das ist nicht so.

Jetzt gibt es die Situation, bei der sich das Ganze von hinten aufröselt. Denn bestimmte Instrumente stehen nicht zur Ver-

(Peter Hofelich)

fügung. Weil das so ist, kommen wir hinterher immer mit Hilfskonstruktionen. Das bemerken alle, auch die Menschen. Sie sehen überhaupt nicht die lange Linie, nicht das Ziel, nicht den vorhandenen roten Faden. Im Gegenteil: Sie werden zusätzlich mit Worten wie „Sixpack“, die 99 % der Bevölkerung nicht verstehen, zugemüllt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Doch!)

– Einige verstehen diesen Begriff, insbesondere diejenigen, die Tankstellen benutzen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber Tatsache ist, dass die meisten Menschen mit solchen Worten nicht sehr viel anfangen können. Das bedeutet auch, dass die demokratische Einflussnahme, die allein durch das Verstehen der Debatte vorhanden ist und die über die Parlamente hinausreicht, schwierig geworden ist. Die Menschen hören die Worte, bilden sich ihre Meinung, aber diese Meinung hat sehr wenig damit zu tun, wie der politische Diskurs in dieser Republik gestaltet wird. Das muss aufhören. Wir brauchen ein Zusammengehen von politischem Diskurs in den Parlamenten und dem, was die Bürgerschaft empfindet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dazu gehört auch – Herr Kollege Reinhart, wir setzen uns grundsätzlich produktiv auseinander – unsere eigene Einsicht. Abraham Lincoln hatte von Amerika aus vor 150 Jahren sicherlich einen guten Einblick in Europa. Aber Tatsache ist auch, dass wir heute feststellen müssen, dass in einem interdependenten Europa die Summe von subjektiv wahrgenommenen Eigenverantwortlichkeiten der Länder noch keine Eigenverantwortlichkeit für Europa konzipiert. Deswegen brauchen wir eine Situation, in der wir eine europäische Verantwortung leben und tatsächlich auch in der Politik praktizieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Herr Kollege Rülke entspannt sich. Ich hoffe, dass Sie hinterher zustimmende Kommentare äußern.

Weil das so ist, denke ich, dass wir für die Orientierung der Bevölkerung einfach ein paar Meilensteine, ein paar Wegmarken brauchen. Dabei muss man sagen, dass diese in nächster Zeit vorhanden und nachvollziehbar sein müssen. Sie liegen bei dieser Debatte und dem, was man in dieser Republik heute als vernünftig ansieht, auch auf dem Tisch.

Das Erste ist: Wir brauchen die Ertüchtigung des Rettungsfonds EFSF. In dieser Ertüchtigung muss auch eine Überführung zum ESM geregelt sein.

Der zweite Punkt ist: Wir sollten die Rolle der Europäischen Zentralbank, der EZB, wieder zurückführen, und wir sollten klären, was notwendig ist, damit diese neutral ist und Stabilität garantiert.

Der dritte Punkt ist: Wir müssen die demokratische Mitwirkung der Parlamente in allen Phasen sichern. Dies gilt nicht

nur in der heutigen Finanzierungssituation. Wir müssen die Mitwirkung der Parlamente heute weitestgehend sichern, weil die Kommission selbst eine Exekutive ist, die keiner weiteren demokratischen Kontrolle unterliegt. Deswegen muss dies gestärkt werden.

Der vierte Punkt ist: Wir müssen darauf abheben, dass wir – das ist nicht nachrangig, nur weil es der vierte Punkt ist – über die Griechenlandhilfe reden müssen und darüber, was über das Finanzielle hinaus wirklich notwendig ist. Auch das ist etwas, was im Konsens erfolgen sollte.

Das Fünfte ist, dass wir in den Staaten in der Tat, Herr Kollege, die Schuldenbremsen mit verankern sollten. Wir sollten sagen: Die Schuldenbremse ist in allen Ländern ein Gebot der Zeit.

Ein letzter Punkt, der zeitlich nicht nachrangig, aber als sechster Punkt aufzuzählen ist, ist, dass wir auch mit Eurobonds in der Lage sind, aus dem starken Deutschland heraus eine weitere Stabilisierung für Europa zu leisten. Das hat einen einfachen Grund – das will ich aus meiner Sicht sagen –: Natürlich entsteht mit Eurobonds eine riesige Belastung für Europa und müssen wir, wie Sie es geschildert haben, einen Beitrag leisten, den wir ohne Eurobonds vielleicht nicht leisten müssten.

Es gibt aber bei Eurobonds auch andere Funktionen. Meine Frau kam gestern zu mir und sagte, sie habe sich „Report“ angeschaut: Schon Kleinanleger spekulierten gegen den Euro usw. Die Leute hören und lesen das doch. Deswegen sind für mich die Eurobonds nicht der alleinige Weg, kein Allheilmittel, aber sie eröffnen uns die Chance, die Autorität der Nationalökonomie über Einzelinteressen wiederherzustellen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen meine ich, man sollte die Einführung von Eurobonds konstruktiv prüfen.

Ich komme zu meiner zweiten Frage, nämlich der Frage, welche Möglichkeiten des Einflusses auf den Rettungsschirm wir als Parlamentarier haben können. Natürlich verfahren wir bei der Ausgestaltung der Mitwirkungsrechte auf dem Weg, wie ihn auch Herr Minister Friedrich vorgeschlagen hat. Ich freue mich auch, dass es im Bundestag gelungen ist – ich höre, auch durch einen harten Einsatz der SPD-Fraktion –, dort die parlamentarischen Rechte auch im Prozedere deutlich auszuweiten.

Wir haben auch eine Kultur im Landtag von Baden-Württemberg, dass wir uns dafür interessieren, was im Bundesrat in europäischen Angelegenheiten geschieht. Ich begrüße deshalb die heute von allen gemachte Ankündigung. Überhaupt brauchen wir – ich habe es gesagt – eine demokratische Kontrolle, die weiter geht als die bisherige. Auch können wir bei den Größenordnungen, um die es geht – der Minister hat es gesagt –, davon ausgehen, dass dann, wenn etwas schief läuft, die Länder auf jeden Fall betroffen sein werden. So ist es eben. Das gehört zur Darstellung der Haushaltssituation nach außen.

Ich möchte zu den Möglichkeiten des Einflusses auf die jetzige Situation auch auf die Finanzwirtschaft verweisen. Aber es gibt etwas, worauf man jetzt eben auch abheben muss. Wir

(Peter Hofelich)

brauchen in Europa nämlich eine europäisch gedachte Wirtschaftspolitik. Das ist ein Schritt, den bisher einige nicht gehen wollten; er kommt dann auch mit Begriffen wie dem von der europäischen Wirtschaftsregierung schrittweise.

Es ist aus meiner Sicht falsch, dass wir keine harmonisierte Steuerpolitik in Europa haben, dass wir keinen Korridor für Körperschaftsteuersätze haben, dass wir keine Harmonisierung bei den Steuerpolitiken haben. Darüber wurde in diesem Haus auch kontrovers diskutiert. Ich finde, die Plausibilität, dass so etwas notwendig wird, rückt immer näher.

Richtig ist: Wir brauchen Sozialstandards in Europa, damit kein Dumping auf unfaire Weise erfolgt. Richtig ist auch: Wir brauchen kraftvolle Technologieprogramme in Europa.

Ich habe kein Problem damit, dass sich dieser Kontinent in 20, 30 oder 40 Jahren mit China oder Indien messen muss und dass dieser Kontinent auch wirtschaftspolitisch gemeinsam auftritt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte das sogar für notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu meiner dritten Frage: Wie bewerten wir die Aktionen der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt? Ich will an dieser Stelle sagen – ich bin ja auch Vorsitzender des Europaausschusses –: Es geht nicht darum, dass wir uns hier auseinanderdividieren, dass wir den Akteuren – Herrn Schäuble oder wem auch immer in Berlin – einen Mangel an Ernsthaftigkeit konstatieren wollten. Das ist nicht so. Die Frage ist: Welche Spur wird gezogen, was wird gemacht, und was wird am nächsten Tag gemacht? Ich weiß natürlich, Herr Kollege Reinhart, von der Aufweichung der Maastricht-Kriterien. Natürlich haben Sie recht. Es gilt immer das Lied von Willy Millowitsch: Wir sind alle kleine Sünderlein.

(Heiterkeit)

Ja, das war immer so. Aber es gibt in der jetzigen Situation eines, was mich ärgert: Man kann einmal etwas falsch ansetzen, aber dass sich eine ganze Reihe Schritt für Schritt über die letzten zwei Jahre durchsetzt – Ich kann nur auszugswise sagen: Frau Merkel wurde im Februar 2010 gefragt, ob es deutsche Milliardenhilfen geben wird. Antwort: „Das ist ausdrücklich nicht der Fall.“ Am 7. Mai 2010 beschließt der Deutsche Bundestag auf Antrag der Bundesregierung, dass sich Deutschland mit 22,4 Milliarden € am ersten Rettungspaket für Griechenland beteiligt. Das geht so weiter bis hin zu der Frage, ob es denn notwendig ist, eine Verlängerung des Rettungsschirms mit Deutschland zu machen. Da wird am 28. September 2010 gegenüber „Spiegel online“ Nein gesagt. Tatsächlich beschließen am 24. März 2011 die Staats- und Regierungschefs natürlich eine Ausweitung der Griechenlandhilfe.

Es wird gefragt: „Brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer?“ Dann wird gesagt: „Jawohl, wir schauen einmal um die Ecke. Das könnte schon sein.“ Im Bundestag passiert überhaupt nichts, bis heute Herr Barroso ankündigt: „Selbstverständlich machen wir das, und wir wollen, dass neben der Bürgerschaft jetzt auch die Branche ihren Beitrag erbringt.“

Es ist immer eine Art Hinterherlaufen. Dieses Hinterherlaufen verstört nicht nur mich, es verstört die Leute. Sie sehen

nicht, dass hier eine Orientierung gegeben wird. Sie sehen nur, dass reagiert wird, aber nicht, dass agiert wird. Das ist schlecht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der SPD: Bravo!)

Deswegen sage ich einfach: Man sollte Einfluss darauf nehmen – ich habe die Punkte genannt –, dass in einer klaren Marschtabelle aufgezeigt wird, was jetzt in Deutschland für Europa und gemeinsam mit Europa gemacht wird.

Ich komme zu meiner vierten Frage: Wie helfen wir den Griechen konkret? Man kann auch einmal darüber reden, was darüber hinaus getan werden kann. Ich weiß, dass Baden-Württemberg nicht der Nabel der Welt ist. Aber unser Land hat eine lange Tradition, und wir können sagen: Wir leben in einem wirtschaftsstarken und sozial starken Land.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Deswegen meine ich, man sollte auch von Baden-Württemberg aus versuchen, mit den Möglichkeiten, die wir haben – da schaue ich zur Regierung –, den Griechen konkret zu helfen.

Ich will einen Punkt nennen – ich komme nachher noch einmal darauf zurück –, wie wir den Griechen wirklich helfen können.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich habe heute Morgen mit jemandem gesprochen, der oft in Griechenland ist und als Deutscher Meinungen dazu hat, die sehr differenziert sind. Ich finde, dass man den Griechen auch helfen kann – das ist auch ein Stück weit ein Blick in den Spiegel der letzten 20 Jahre und auf die Diskussion seit der Maueröffnung –, indem man das Bewusstsein weckt, dass ein Verständnis von Staat, bei dem es nur darauf ankommt, etwas zu nehmen und nicht zu geben, am Ende den Staat selbst erodiert. Das Geben und Nehmen im Staat ist etwas, was in Griechenland – bei aller Sympathie für unsere Freunde, von den Gaststätten bis hin zu den Urlaubsregionen – nicht gut gelaufen ist.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Deswegen geht es in Europa insgesamt um die prinzipielle Frage, wie diese europäischen Gesellschaften zum Staat stehen. Wir hatten in Europa und transatlantisch in den letzten 20 Jahren eher eine Demolierung des Staates. Deswegen hat manches, was wir jetzt in Griechenland ausbaden, auch damit zu tun, wie man in den europäischen Gesellschaften insgesamt mit der Frage, was „Staat“ ist, umgegangen ist.

Ich will nicht, dass sich der starke Staat überall einmischet. Aber ich will, dass der Staat keine fremde Instanz ist, kein Staat, dem man als Steuerbürger oder als was auch immer etwas vorzuenthalten hat. Wir brauchen wieder das Verständnis, dass man dem Staat etwas gibt, weil man von ihm auch etwas bekommt. Das ist der Grundsatz, den man in Griechenland und auch an anderen Plätzen wieder stärker hochhalten müsste.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
sowie der Abg. Arnulf Freiherr von Eyb und Dieter  
Hillebrand CDU)

(Peter Hofelich)

Ich will zu Griechenland auch sagen, dass man sich natürlich darüber Gedanken machen muss, wie die wirtschaftliche Hilfe aussieht. Ich lese auch, dass meine eigene Fraktion in Berlin den Aufbau einer industriellen Substanz fordert. Dazu muss aber auch eine industrielle Substanz vorhanden sein, die weiterentwickelt werden kann. Ganz so einfach wird es nicht werden.

Deswegen brauchen wir einen Prozess, bei dem wir die Stärken in Griechenland stärken. Dazu müssen wir zunächst fragen: Was sind die Stärken, die man in der jetzigen Situation tatsächlich stärken kann? Die Auflage eines Programms für Raumfahrttechnologie würde vermutlich nicht den Durchbruch für Griechenland bringen. Eher würden die Mittel versickern. Deswegen ist die Frage – das sollte man wirklich einmal intellektuell sauber reflektieren –, wie man mit dem, was in Griechenland heute vorhanden ist und sinnvollerweise aufgebaut werden kann, tatsächlich Wachstum induzieren kann.

Das Dritte ist – davon bin ich überzeugt –, dass wir auch Verwaltungskompetenz aus Baden-Württemberg und anderen Ländern exportieren können. Ich würde mich freuen, wenn Finanzämter in Griechenland in den Punkten, in denen sie von uns Verwaltungshilfe bekommen können, entsprechende Hilfen erhalten würden. Warum nicht? Ich meine, dass dies gerade unter dem Stichwort „Funktionierender Staat“ nicht so schlecht wäre.

Am Ende dieser Ratschläge möchte ich sagen: Nach allem, was man sieht und hört, brauchen die Griechen vor allem eine gewisse Zurückhaltung und nicht ein donnerndes Eingreifen. Sie brauchen vor allem auch Respekt und Zuwendung. Ich finde, damit sollten wir Griechenland auch helfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Damit komme ich zur fünften und letzten Frage: Was sind die Lehren, die man in Baden-Württemberg, in ganz Deutschland und darüber hinaus aus der Situation ziehen sollte? Ich will noch einmal auf das zurückkommen, was ich vorhin zum Thema Staat gesagt habe. Mein Großvater, Eugen Funk, Werkzeugmacher bei der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen, hat manchmal, wenn etwas schief lief, gesagt: „Dass der Staat so etwas zulässt!“ Erinnert sich jemand daran, in den letzten zehn Jahren den Satz gehört zu haben: „Dass der Staat so etwas zulässt, darf eigentlich nicht sein“? Ich finde, wenn man hört, was heute in den Debatten gesagt wird, dann stellt man fest, dass wir wieder näher an dieser Denkweise sind.

Ich finde, in der Weltwirtschaft geht es nicht um weniger Freiheit für unternehmerische Tätigkeit, sondern darum, dass wir wieder Ordnung schaffen. Es gibt zu wenig Ordnung in dieser Weltwirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist es notwendig, dass es auch Instrumente wie etwa eine Finanztransaktionssteuer gibt.

Deswegen ist es wichtig, dass wir – wie es Kollege Frey gesagt hat – auch Standards einführen, mit denen wir uns Autorität verschaffen. Deswegen kann es sein, dass die G-8- bzw. die G-9-Staaten nicht mehr alles abdecken, sondern dass die G-20-Staaten wichtiger werden. Grundsätzlich gilt, dass wir in diesem gesamten Gemenge in der Lage sein müssen, wie-

der eine Wirtschaftsordnung aufzustellen, bei der alle wissen, welche Rollen sie haben.

Letztendlich geht es darum, dass die Menschen die reine Hegemonie des Ökonomischen in ihrem Leben nicht wollen. Sie schauen sich abends um ca. 22:38 Uhr in der ARD Frau Anja Kohl an. Dann hören sie: „die Märkte“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer ist denn das?)

– Sie ist eine sehr interessante Berichterstatte von der Börse. Ich dachte, sie wäre Ihre Favoritin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da bin ich noch nicht zu Hause!)

Dann hören sie Frau Anja Kohl an. Sie spricht dann von „den Märkten“. Wer sind eigentlich die Märkte? Oder sie spricht davon, dass die Märkte nervös seien. Wer ist nervös? Oder sie spricht davon, dass man auf dem Parkett Folgendes flüstere. Wer ist eigentlich „das Parkett“? Man stellt sich schon fast Bertolt Brecht vor: „Fragen eines lesenden Arbeiters“. Wer ist das eigentlich, der das gemacht hat?

Deswegen finde ich, dass man wieder zu einer Situation kommen muss, in der man fragt – so schwierig das auch geworden ist, weil das Kapital nicht mehr so leicht als jemand mit Zylinderhut und Zigarre personalisierbar ist –: Wer ist eigentlich verantwortlich für das, was gerade passiert? Tatsache ist, dass man darüber reden muss, welche Rhetorik drei Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers in diesem Land wieder eingerissen ist, obwohl wir alle uns geschworen haben, dass wir das nicht mehr wollen.

Ich finde, dass wir da als Parlamentarier gemeinsam gefordert sind, es nicht mehr zuzulassen, dass mit Sprache Fremdherrschaft über demokratische Prozesse ausgeübt wird. Das ist ein Problem, vor dem wir stehen. Deswegen sage ich: Kolleginnen und Kollegen, an diesem Punkt müssen wir uns einigen. Die Politik ist gefordert, nicht sozusagen Dominanz auszuüben, sondern in dieser Situation auch Orientierung zu geben. Denn das ist unsere Aufgabe über Griechenland hinaus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an die Landesregierung für die Debatte über dieses Thema. Ich glaube, dass es wichtig und notwendig ist, auch im Landtag von Baden-Württemberg über dieses Thema zu reden, weil es natürlich die Mitwirkungsrechte des Bundesrats berührt und auch die Menschen in diesem Land interessiert.

Allerdings haben Sie, Herr Kollege Hofelich, gerade ein bisschen den Anschein erweckt, als sei es, wenn man sich diese Krise anschaut, eine Krise der Märkte, und die Lösung sei ein Mehr an Staat.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

„Dass der Staat das zulässt!“ Was soll der Staat tun? Man kann sicher, wenn man die Lehman-Krise erwähnt – das haben Sie getan –, zu dem Ergebnis kommen, der Markt habe versagt. Aber ich glaube, bei dieser Krise ist relativ klar, wer versagt hat, nämlich Staaten und Regierungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb kann, glaube ich, die Lösung dieser Krise nicht sein: Wir brauchen ein Mehr an Staat. Wir brauchen sicher Politik und politische Lösungen. Aber ich glaube, es ist die falsche Antwort auf diese Krise, zu sagen: „Der Staat ist gut. Wenn man den Staat absolut setzt, kann so etwas nicht passieren.“ Denn diese Krise ist eindeutig eine Schuldenkrise, die sich durch das Versagen von Regierungen und Staaten zum Teil über Jahrzehnte ergeben hat. Ich glaube, daran kann es an dieser Stelle keinen Zweifel geben.

Wir stimmen, Herr Minister Friedrich, mit den meisten Ihrer Schlussfolgerungen überein. Natürlich bekennen wir uns eindeutig dazu: Der Bundesrat muss informiert werden. Natürlich muss der Bundesrat auch gefragt werden, insbesondere wenn es um den ESM geht. Wir unterstützen Sie dabei, dies in Berlin vorzutragen, auch wenn die Bundesregierung – auch wenn sie von meiner Partei mitgetragen wird – die Länder bei diesen Mitwirkungsrechten ausbremsen möchte.

Wir haben uns auch dagegen gewehrt, dass die Bundesregierung zum Teil den Versuch unternommen hat, den Deutschen Bundestag nicht in ausreichendem Maß mitzunehmen. Wenn wir fordern, den Bundestag mitzunehmen, muss eindeutig auch der Bundesrat mitgenommen werden. Denn wir brauchen auch die entsprechende Akzeptanz in den Ländern und in der Bevölkerung.

Selbstverständlich will niemand eine Rückkehr zur D-Mark. In diesem Haus bekennen sich, glaube ich, alle eindeutig zum Euro. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie können wir den Euro stützen, wie können wir den Euro zukunftsfähig machen? Es mag Unterschiede bei der Antwort auf die Frage geben: Wie führt der Weg dorthin? Aber ich glaube, zwischen uns besteht Konsens in der Zielsetzung.

Die deutsche Volkswirtschaft hat vom Euro enorm profitiert. Das gilt für Baden-Württemberg als exportorientiertes Bundesland mit der Wirtschaftsstruktur, wie sie hier besteht, ganz besonders. Deshalb brauchen wir den Euro. Wir brauchen Europa.

Das war ein wesentlicher Beitrag, den Europa zum Frieden auf unserem Kontinent geleistet hat. Ich brauche das nicht alles zu wiederholen. Das ist evident.

Ich glaube, man muss auch deutlich machen, dass das Gewicht Europas, das Gewicht der Europäischen Union, das Gewicht der Staaten und letztlich auch das Gewicht unseres Bundeslands Baden-Württemberg – so, wie die Staatenstruktur des 21. Jahrhunderts sein wird – ganz eindeutig von Europa abhängen wird. Wir brauchen ein einiges Europa, das mit einer Stimme spricht. Andernfalls werden wir in der Staatenwelt des 21. Jahrhunderts kein hinreichendes Gewicht haben.

Wir brauchen Wachstum, um die Schuldenkrise bewältigen zu können. Wir brauchen auch Wachstum bei uns, die wir in

einem starken Land leben. Kollege Reinhart hat die Zahlen vorhin genannt. Wir bekennen uns dazu, dass unser Land als Profiteur des Euro und als dasjenige Land, das in Europa besonders stark ist, auch eine höhere Last tragen muss, wenn es darum geht, solche Krisen zu bewältigen.

Es kann nicht darum gehen, zu sagen: „Wir kassieren nur die Benefits der Währungsunion, aber wenn es um das Tragen von Lasten geht, stehlen wir uns davon.“ Unser Land muss sich natürlich dazu bekennen, auch die Lasten mit zu schultern – als die größte Volkswirtschaft in Europa ohnehin.

Deshalb bekennen wir uns auch zu der vorläufigen Konstruktion der EFSF. Deshalb glaube ich auch, dass kein Weg daran vorbeiführen wird, morgen die Fortschreibung der EFSF in Berlin zu beschließen. Denn es ist notwendig, den Euro zu sichern. Es ist auch notwendig, so weit es geht, Spekulanten abzuschrecken.

Dennoch glaube ich nicht, dass man sagen kann, die EFSF – so, wie die Konstruktion vorliegt – sei das Gelbe vom Ei. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, niemand dürfe diesen Weg kritisieren. Schon gar nicht, meine Damen und Herren, glaube ich, dass es richtig ist, jeden, der die EFSF kritisch hinterfragt, in eine nationalpopulistische Ecke zu rücken. Das ist mit Sicherheit falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist auch nicht jeder, der über eine geordnete Insolvenz von Staaten wie Griechenland nachdenkt, ein dumpfer Rechtspopulist – beispielsweise Professor Burghof heute oder Professor Issing, der von Herrn Kollegen Reinhart schon zitiert worden ist.

Es gibt mit guten Gründen auch andere Lösungen. Es gibt gute Gründe dafür, die EFSF jetzt nicht dauerhaft fortzuschreiben, ihr nicht auch noch eine Hebelwirkung zuzubilligen, so dass wir letztlich nicht mit Summen in Billionenhöhe immer weiter bürgen. Diejenigen, die über unsolide Haushalte verfügen und unsolide wirtschaften, dürfen sich nicht darauf verlassen können, dass andere für sie einstehen. Das wird nicht der dauerhafte Weg sein.

Weder wird durch Rettungsschirme noch durch wirklichen Schuldenabbau die Situation in den Krisenländern verbessert, noch wurde diese Krise bisher eingedämmt. Selbst nach der Aufstockung der EFSF läge ihr Garantievolumen „nur“ bei 440 Milliarden €. Das reicht vielleicht für kleinere Länder wie Griechenland, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union 2 % ausmacht, aber ganz sicher nicht für Italien und Spanien. Deshalb führen wir diese Diskussion über die Hebelwirkung. Für die Refinanzierung dieser Länder müsste mittelfristig eine Verschuldung von 2,5 Billionen € bis 3 Billionen € umgeschlagen werden.

Dies zu leisten sind weder die EFSF noch der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus imstande. Folglich drohen bei einer Ausweitung der Krise horrenden Verluste für den deutschen Steuerzahler – bis hin zur jeweiligen Obergrenze. Das löst weder die Krise, noch kann es in unserem Interesse sein, dies immer weiter auszuweiten – mit immer größerem Haftungsvolumen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Zudem bleibt mit Blick auf die Verteilungsgerechtigkeit hervorzuheben, dass sich etwa 70 % des betroffenen Kapitals von Banken und Finanzinvestoren im Besitz von vielleicht 5 % reichen Individuen auf der Welt befinden. Der Rettungsschirm infolge der Übernahme von Verlusten dieser kleinen Vermögenselite bedeutet letztlich eine Umverteilung zugunsten dieser Investoren und zuungunsten des durchschnittlichen Steuerzahlers. Das kann eigentlich niemand wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, deshalb kann es nicht falsch sein, über Alternativen nachzudenken. Schauen wir uns einmal diese Alternativen in der Geschichte an. Russland war vor etwa zehn Jahren insolvent und hat heute etwa die Hälfte seiner Schulden zurückbezahlt. Für die Ukraine gilt in etwa das Gleiche. Pakistan und Ecuador haben jeweils etwa 70 % ihrer Staatsschulden zurückbezahlt. Uruguay und die Dominikanische Republik haben in den vergangenen Jahren zwischen 86 % und 98 % ihrer Schulden zurückbezahlt. Es gibt also Beispiele in der jüngeren Geschichte, die zeigen, dass eine geordnete – das betone ich – Insolvenz durchaus eine Alternative zu immer neuen Rettungsschirmen gewesen ist.

Ich habe schon erwähnt, dass die griechische Volkswirtschaft mit einem Anteil von 2 % zum Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union beiträgt. Es gibt eine Reihe von seriösen Instituten und Experten – hierzu gehören auch Professor Burghof und Professor Issing –, die davon ausgehen, dass bei deutschen Banken Verluste in Höhe von etwa 20 Milliarden € zu verkraften wären. Das sind weniger als 10 % der 253 Milliarden €, die zu verbürgen sich der Deutsche Bundestag jetzt anstreckt.

Meine Damen und Herren, das sind Alternativen. Über diese Alternativen muss man erstens diskutieren dürfen. Zweitens müssen diese Alternativen dann gegebenenfalls in den dauerhaften Stabilisierungsmechanismus einfließen. Wer zur Kasse gebeten wird, der muss auch mitbestimmen dürfen. Das gilt sowohl für den Bundesrat als auch für die deutschen Steuerzahler insgesamt. Man muss außerdem das Recht haben, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen. Das heißt: Hilfen künftig nur gegen klare Auflagen.

Insofern kommen wir in diesem Haus zu unterschiedlichen Analysen. Ich sage in aller Deutlichkeit, dass auch wir uns mit der Einführung von Eurobonds schwertun, weil dieser Schritt schnurstracks in die Transferunion führt. Es besteht natürlich die Gefahr, dass sich irgendwann der Fokus der Spekulanten auf Deutschland richtet. Wenn man davon ausgeht, dass der deutsche Steuerzahler im Wege von Eurobonds für große Volkswirtschaften wie vielleicht Italien erhalten muss, dann sagen diese Spekulanten irgendwann, dass die Deutschen das nicht schaffen. Damit ziehen wir die Pfeile auf uns.

Insofern dürfen wir keinen Weg einschlagen, an dessen Ende sich alle Schuldenmacher auf Deutschland verlassen. Dass daraus eine reinigende Wirkung erwächst, ist im Moment nicht zu erkennen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Herr Kollege Hofelich, Sie haben zutreffend den Weg beschrieben, wie man zunächst versucht hat, so etwas zu vermeiden, und dann festgestellt hat, dass man doch stützen muss.

Dann hat man festgestellt: Das, was man an Stützungsmitteln bewilligt hat, reicht nicht. Dann musste ständig aufgestockt

werden. Das spricht doch dafür, dass es nicht der Stein der Weisen sein kann, immer weiter zu stützen und darauf zu hoffen, dass die betreffenden Länder irgendwann die Kurve kriegen. Offensichtlich kriegen sie die Kurve nicht, und deshalb muss man über andere Alternativen nachdenken. Deshalb muss man, glaube ich, wenn man diesen Stabilitätsmechanismus macht, auch die anderen Möglichkeiten einbauen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir können gern über eine Finanztransaktionssteuer diskutieren. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen. Doch sie muss eben auch wirken. Es macht keinen Sinn, zu sagen: „Wir führen mit einigen wenigen Ländern eine Finanztransaktionssteuer ein – vielleicht bestenfalls in der Eurozone – und lassen Großbritannien außen vor“; denn das Einzige, was wir damit erreichen, ist eine massive Schädigung des Standorts Frankfurt zugunsten von London. Das kann nicht die Lösung sein.

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Hofelich: „Herr Barroso hat verkündet, die Finanztransaktionssteuer kommt“, muss ich entgegenen, mit Verlaub: Verkünden kann man viel.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Herr Barroso wird wohl kaum im Wege des Erlasses eine solche Finanztransaktionssteuer implementieren können. Dafür bedarf es des politischen Willens aller in Europa. Wenn alle in Europa dazu bereit sind,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr richtig!)

werden auch wir – das sage ich Ihnen zu – diesen Schritt unterstützen, aber eben nicht isoliert und nicht ohne Großbritannien.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Minister Friedrich, von Ihnen wurde in Ihrer Regierungserklärung richtig angesprochen, dass vieles von dem, was man gemacht hat – beispielsweise in Irland und in Portugal –, gegriffen hat, aber in Griechenland offensichtlich nicht. Deshalb brauchen wir künftig Instrumente, die eben auch in solchen Fällen wie der Situation in Griechenland greifen. Der ESM muss ein verlässliches, ein wirksames Instrument werden. Wenn Sie, Herr Hofelich, jetzt richtig beschrieben haben, welcher tastende Weg – das will ich gar nicht bestreiten – die Bundesregierung bei der Bekämpfung dieser Krise einschlagen musste, spricht das doch dafür, dass die notwendigen Instrumente, die man eigentlich brauchte, noch nicht vorhanden sind. Deshalb müssen wir darüber nachdenken: Was sind die richtigen, was sind die wirksamen Instrumente?

Ich glaube schon, dass wir diese Schuldenkrise in Europa nicht bekommen hätten, wenn man ganz einfach den Vertrag von Maastricht eingehalten hätte.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Unser Problem ist doch, dass wir beim Vertrag von Maastricht zwar ganz eindeutig definierte Kriterien beschlossen haben – beispielsweise die Begrenzung der Neuverschuldung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr oder die Obergrenze für die Gesamtverschuldung von 60 % des Bruttoinlandsprodukts –, dass man diese jedoch von vornherein nicht eingehalten hat

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und dass man – Sie haben es ja zugegeben – diese Kriterien seitens der Regierung Schröder/Fischer vor knapp zehn Jahren aufgeweicht hat und die deutsche Bundesregierung damals zusammen mit Frankreich beschlossen hat: Das halten wir jetzt einfach nicht mehr ein. Das hatte eine verheerende Präcedenzwirkung auf andere Staaten in Europa.

Gleiches gilt dafür, dass man Griechenland mit einer angekündigten Gesamtverschuldung in Höhe von 60 % des Bruttoinlandsprodukts – mittlerweile sind sie bei 160 % – aufgenommen hat. Man hat also im Grunde mutwillig die Kriterien des Vertrags von Maastricht verletzt und dadurch diese Schuldenkrise politisch verursacht. Genau das war der Fehler. Hätte man die Kriterien des Vertrags von Maastricht eingehalten, hätten wir diese Krise so nicht. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss man darüber nachdenken: Was tut man in solchen Fällen wie bei Griechenland? Deshalb muss es legitim sein, über eine – ich betone es – geordnete Insolvenz, über so etwas wie Schuldenschnitte und – ich sage das in aller Deutlichkeit – im äußersten Fall auch über die Frage eines Austritts aus der Währungsunion nachzudenken, aber nur im äußersten Fall. Wir wollen das nicht, aber man kann das nicht grundsätzlich ausschließen, wenn wir die Währungsunion und damit den Euro auch in Zukunft schützen wollen.

In der Griechenland-Krise wird deutlich, dass der deutsche Steuerzahler nicht ganz zu Unrecht befürchtet, dass dem schlechten Geld immer mehr gutes Geld hinterhergeworfen wird, und dass wir im Gegenzug verlangen: Die Griechen sollen immer weiter sparen. Allmählich habe ich den Eindruck, da lässt Brüning grüßen. Die sollen immer weiter sparen, gleiten immer weiter in die Rezession ab, und wir versuchen, das durch immer weitere Milliarden aufzufangen. Das ist offensichtlich nicht der richtige Weg.

Deshalb empfehle ich, über so etwas nachzudenken, wie es jetzt auch Roland Berger vorgeschlagen hat: beispielsweise eine Treuhand-Holding zu schaffen einerseits mit dem Ziel der Entschuldung und andererseits mit dem Ziel, der griechischen Wirtschaft und dem griechischen Staat wieder Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um wirtschaftlich zu wachsen. Denn das ist das Ziel, und das kann eben nicht allein durch eine EFSF und dadurch, dass man immer neue Sparauflagen beschließt und die Löcher mit immer neuen Milliarden – vornehmlich des deutschen Steuerzahlers – stopft, erreicht werden.

Insofern, glaube ich, müssen wir darüber nachdenken, wie wir wirksam mit solchen Krisen umgehen. Da darf es natürlich keine Denkverbote geben. Ich hoffe auf einen weiterhin kritisch-konstruktiven Dialog.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind die Regierungserklärung und die Aussprache darüber – Punkt 1 – abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Grün-rote Schulmodelle schaffen Schüler zweiter Klasse – beantragt von der Fraktion der CDU**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat einen Haufen Zettel dabei!)

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bildungsmonitor 2011 hat erst vor wenigen Wochen bekannt gegeben, dass sich Baden-Württemberg mit seinem differenzierten Bildungssystem nach wie vor auf einem sehr guten Weg befindet. Wir befinden uns vor allem auf einem sehr guten Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zu weniger Bildungsarmut. Die Zahl der Schulabbrecher ist weiter gesunken. Wir haben weiterhin einen deutlichen Zuwachs bei der Zahl der Hochschulzugangsberechtigten, vor allem an den beruflichen Schulen. Das belegt auch, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Baden-Württemberg deutlich reduziert wird. Und wir haben an unseren Schulen deutschlandweit die niedrigste Wiederholquote.

Meine Damen und Herren, das differenzierte Bildungssystem in Baden-Württemberg produziert also keine Bildungsverlierer, sondern eröffnet Bildungschancen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Selbst das Kultusministerium hat dies gerade in diesem Zusammenhang vor wenigen Wochen durchaus anerkannt, indem Sie, Frau Ministerin, davon gesprochen haben, dass sich das baden-württembergische Bildungssystem an der nationalen Spitze befindet. Nur derjenige, der sich an der nationalen Spitze befindet, kann auch die internationale Spitze erreichen. Deswegen fordern wir Sie auf: Stärken Sie unsere bestehenden Bildungsgänge im differenzierten Bildungswesen, und lassen Sie ab von einem Systemwechsel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Frau Merkel, die den Systemwechsel will! Frau Schavan will den Systemwechsel! Ihr habt doch in Freiburg applaudiert! – Zuruf von der SPD: Frau Merkel und Frau Schavan sind hier angesagt!)

– Herr Kollege Schmiedel, mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflichtung haben Sie bereits den ersten

(Georg Wacker)

Schritt in die Wege geleitet. Nur vordergründig ging es Ihnen um die Einführung des Elternwahlrechts. Ihr Ziel ist es, dass nach und nach immer weniger Schüler die Hauptschulen und die Werkrealschulen besuchen und dass Sie damit Platz schaffen für Ihre neue Schulart. Sie ignorieren, dass der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung deswegen kritisierte, weil dadurch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg verschärft und nicht entspannt wird.

Frau Ministerin, Sie weisen immer auf Rheinland-Pfalz hin. Sie sagen immer wieder, dort gäbe es nur geringe Auswirkungen. Das Gegenteil ist der Fall. Dort hat die Landesregierung die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft mit dem Ziel, dass eine geräuschlose Steuerung ermöglicht wird, um eine Änderung der Schulstruktur in die Wege zu leiten. Die Übergangszahlen belegen dies eindeutig.

Nun zur Frage der Gerechtigkeit im Hinblick auf die Ressourcen: Ursprünglich hatten Sie die Absicht, 6 400 neue Stellen einzurichten. Nach wenigen Tagen wurde dieser Vorschlag einkassiert. Jetzt wollen Sie den Klassenteiler an den Gemeinschaftsschulen auf 28 senken. Auf der einen Seite sagen Sie, die weitere Senkung des Klassenteilers sei pädagogisch nicht zielführend. Auf der anderen Seite aber wollen Sie den Gemeinschaftsschulen eine Senkung des Klassenteilers zugestehen. Das ist ungerecht gegenüber den anderen weiterführenden Schulen, meine Damen und Herren, die eine hervorragende pädagogische Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und unlogisch!)

Weiter behaupten Sie, dass in unserem differenzierten Bildungssystem sogenannte homogene Lerngruppen unterrichtet werden würden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch!)

Wir wissen, dass die Heterogenität gerade in unseren differenzierten Bildungsgängen, vor allem an den Realschulen, aber auch an den Gymnasien, zunimmt. Insbesondere die Realschulen erbringen eine große integrative Leistung. Sie, Frau Ministerin, würdigen die Realschulen nicht, Sie beachten sie nicht einmal.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie will sie ja gar nicht mehr!)

Deswegen fordern wir Sie auf: Unterstützen Sie die Realschulen bei ihrer besonders integrativen Arbeit.

(Beifall – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Zum Schluss noch eines: Gerechtigkeit hat auch etwas mit Qualität zu tun. Sie prophezeien eine Schule mit paradiesischen Verhältnissen, tun dies aber ohne jegliche Vorlage eines Konzepts. Die Stärke unserer differenzierten Bildungsgänge liegt jedoch darin, dass alle weiterführenden Schularten ihren Schülerinnen und Schülern besondere Profile anbieten, die es ihnen möglich machen, sich gerade auch in persönlicher Hinsicht in besonderem Maß zu entwickeln. Erklären Sie uns, Frau Ministerin, wie sich in einer einzügigen Gemeinschaftsschule eine solche Profilvervielfalt überhaupt entwickeln

kann. Dies hat etwas mit Qualität zu tun. Diesen qualitativen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler können Sie in einzügigen Gemeinschaftsschulen überhaupt nicht Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nivellierung!)

Meine Damen und Herren, etwas stimmt uns besonders bedenklich: Sie laden zu einem Kongress am 6. Oktober in Ludwigsburg ein; dort wollen Sie über Ihre neue Schulform informieren. Das ist zunächst einmal Ihr gutes Recht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schöne Stadt! Meine Stadt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Meine Stadt“! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das klingt ja wie „Mein Bahnhof“! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Meine Stadt, mein Land“!)

– Wir leben doch nicht mehr im Zeitalter des Feudalismus, Herr Kollege Schmiedel.

(Zurufe)

Wenn man sich den Einladungstext genau anschaut, wird klar – das muss einem schon aufstoßen –: Sie sprechen davon, dass Ihre neue Schule, die sogenannte Gemeinschaftsschule, dem Zweck dient, dass Schülerinnen und Schüler „arbeiten, spielen und lachen“ sollen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Meine Damen und Herren, unterstellen Sie denn den anderen Schularten, dass dort nicht gelacht wird, dass dort nicht gearbeitet wird und dass dort auch nicht gespielt wird?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihnen haben die Schüler nichts zu lachen!)

Hören Sie auf, weiterführende Schulen, die hervorragende pädagogische Arbeit leisten, zu stigmatisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine sehr gute Rede! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt kommt Inhalt!)

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wacker, vielen Dank, dass Sie den Bildungsmonitor aufgegriffen haben. Ich hätte ihn hier jetzt nicht angesprochen, aber er eignet sich sehr gut als Einleitung. Denn welche Erkenntnis hat der Bildungsmonitor neben der Tatsache, dass Baden-Württemberg nach Sachsen und Thüringen auf dem dritten Platz gelandet ist, noch erbracht? Das ist die

(Sandra Boser)

ganz klare Aussage, dass wir im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und die Betreuungsangebote einen enormen Nachholbedarf haben

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

und dass die Schere zwischen denen, die Leistungen erbringen, und denen, die bei diesem Schulsystem durch das Raster fallen, immer weiter auseinandergeht. In kaum einem anderen Bundesland besteht eine so große Abhängigkeit zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist genau so!)

Das dreigliedrige Schulsystem trägt hierzu leider in besonderer Weise bei. Denn durch die frühe Selektion der Kinder nicht nur nach Leistung, sondern auch nach sozialer Herkunft befördert es dies in besonderem Maß.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Einführung der Werkrealschule hat diese Situation nicht verbessert, sondern noch weiter verschärft.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Jawohl!)

Denn mit der Einführung der Werkrealschule ist eine absurde Konkurrenzsituation zwischen Hauptschulen und Werkrealschulen entstanden, die die Schüler und Schülerinnen noch weiter unterteilt.

Für uns Grüne ist es eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, dafür zu sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht den bestmöglichen Bildungserfolg haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Am Ende meiner Rede, bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Am Ende Ihrer Rede. Sind Sie einverstanden? – Gut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schlussfrage!)

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Wir sind uns nach dem, was das dreigliedrige Schulsystem momentan aufweist, natürlich völlig klar darüber, dass wir auch Verbesserungen bei den bestehenden Schularten brauchen. Diese Verbesserungen werden wir angehen.

Wir wollen mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ein schulisches Angebot starten, das statt auszusortieren dem individuellen Bildungsweg eines Kindes gerecht wird, das das Kind immer wieder fördert und fordert. Eine Schule für alle, die es den Kindern ermöglicht, ihr eigenes Lerntempo zu verfolgen, eine Schule, die den Begabungen und Entwicklungen jedes einzelnen Kindes gerecht wird, hat die größte Aussicht auf Erfolg bei dieser Herausforderung, jedem Kind den bestmöglichen schulischen Abschluss zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dabei werden im Übrigen auch die Anforderungen der Wirtschaft aufgegriffen, die immer wieder bemängelt, dass es den Jugendlichen an Eigenständigkeit und Teamfähigkeit fehlt. Durch Lerngruppen, in denen die Schülerinnen und Schüler immer wieder neue Rollen bekommen – mal als Lehrende und mal als Lernende –, erfahren sie die Fähigkeit und die Notwendigkeit, sich in Gruppen zurechtzufinden, sich zu behaupten und sich auszutauschen. Denn miteinander zu lernen heißt auch voneinander zu lernen. Dabei ist es natürlich unabdingbar, dass wir aus Gründen der Vergleichbarkeit und als verlässlichen Rahmen die Bildungsstandards als Grundlage für die Inhalte nehmen, die wir an den Schulen weitergeben.

Es wird dabei aber auch unsere Aufgabe sein, zu prüfen, welches Wissen in der heutigen Gesellschaft wichtig ist. Diesen neuen Anforderungen müssen wir auch Rechnung tragen. Daher wird es nicht ausbleiben, dass wir auch die Bildungspläne neu betrachten. Dabei muss gewährleistet werden, dass die Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereitet werden, indem sie beispielsweise wichtige Kompetenzen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung erfahren. Dazu gehören Kenntnisse über einen nachhaltigen, ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt, aber auch vertiefte Kenntnisse über soziale und wirtschaftliche Komponenten der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Hinzu kommen die gesteigerten Anforderungen im Bereich der Medien, weshalb das Thema Medienkompetenz im schulischen Alltag fächerübergreifend mehr Raum bekommen soll.

Wie wichtig es dabei aber auch ist, dass die Schule nicht nur ein Lern-, sondern auch ein Lebensort ist, wird immer wieder in Studien und Vorträgen bestätigt. Denn die Kinder und Jugendlichen benötigen für einen erfolgreichen Schulalltag nicht nur Phasen des Faktenlernens, sondern auch Phasen, in denen sie sich bewegen, musizieren, neue Dinge ausprobieren oder sich auch entspannen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und das gibt es an den Schulen heute nicht? So ein Quatsch!)

Die Zeit dafür ist an den meisten Schulen leider nicht gegeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich lade Sie ein, ich kann es Ihnen zeigen! An was für eine Schule gehen Sie denn?)

Nicht nur Lernangebote, sondern auch Freizeitangebote sind für eine Schule, die erfolgreich arbeiten will, ein wichtiger Bestandteil. Ganztagschulen leisten auch einen erheblichen Beitrag zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit. Dies hat übrigens gerade erst die Bertelsmann Stiftung bestätigt, die beim Thema Integration das Fehlen von Ganztagschulen als einen wichtigen Faktor dafür herausgestellt hat, dass Baden-Württemberg hier nicht so weit ist wie andere Bundesländer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben die höchste Zahl von Ganztagschulen und die niedrigsten Klassenstärken!)

(Sandra Boser)

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule, Lehrkräften und Eltern. Eine gut funktionierende Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus ist eine wichtige Basis, die den Kindern und Jugendlichen bei der Orientierung auf ihrem Bildungsweg und auf ihrem Weg ins spätere Berufsleben hilft.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dabei dürfen wir nicht verkennen, dass es in Baden-Württemberg inzwischen einen ausgeprägten Fachkräftemangel gibt, der durch das bestehende Schulsystem offensichtlich nicht aufgefangen werden konnte.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört!)

Hier müssen wir aktiv werden und bislang ungenutzte Potenziale durch frühe und gute Förderung vor allem der Sprachkompetenzen bei unseren Kindern und Jugendlichen erschließen und nutzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Bildungshaus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die grün-rote Koalition hier im Bereich der Bildung vorhat, ist kein Quantensprung und auch keine Revolution. Vielmehr ist es längst überfällige Sacharbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Führen Sie es doch verpflichtend ein!)

Diese wurde in diesem Land bisher eklatant verschlafen. Das ist zum Nachteil vieler Schulabbrecher und Schulabgänger, die es heute noch schwerer haben als in den vergangenen Jahren, sich auf einem unruhigen Arbeitsmarkt zurechtzufinden.

Doch Bildung ist für uns zuallererst auch ein Wert an sich. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollte die Möglichkeit haben, seine Talente frei zu entfalten. Wir werden uns den Anforderungen und den geänderten Ansprüchen der Gesellschaft stellen und in stetigem Dialog mit den Beteiligten vor Ort Lösungsstrategien erarbeiten und umsetzen. Denn nur wenn man Bildung auch als etwas begreift, was nicht statisch ist, sondern auch einem Wandel unterworfen ist, bei dem sich die Rahmenbedingungen ändern können und bei dem die Wissenschaft neue Erkenntnisse mit auf den Weg gibt, kann man eine Gesellschaft weiterentwickeln. Es bringt nichts, starr an alten Ideologien festzuhalten und etwas zu verteidigen, was schon lange nicht mehr der Lebenswirklichkeit sowie den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Menschen entspricht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie kommen doch mit alten Ideologien!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Pablo Picasso hat einmal etwas gesagt, was sehr gut zu Ihrer Haltung in der Bildungspolitik passt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gut zuhören!)

*Die meiste Zeit wird damit vergeudet, festzuhalten, was man schon längst verloren hat.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir verlieren gerade das gute Bildungssystem! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellen Sie sich den Veränderungen und hören Sie auf Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, die längst erkannt haben, dass die Bildungslandschaft Veränderungen braucht, anstatt ständig Schreckgespenster heraufzubeschwören und Ihre immer gleichen Vorwürfe zu äußern.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dass müssen Sie mir einmal vorlegen!)

Verwenden Sie Ihre Energie darauf, die wichtigen Veränderungen mitzutragen und anzuerkennen. Denn Zukunftsfähigkeit, Weitsicht und Nachhaltigkeit sind neben der Chancengerechtigkeit die Kriterien, an denen sich unser Bildungssystem und unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren werden messen lassen müssen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt wissen wir noch immer nicht viel mehr als vorher! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie jetzt eine Nachfrage?

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Sehr geehrte Frau Kollegin Boser, ich nehme noch einmal Bezug auf den Anfang Ihrer Rede. Stimmen Sie mir zu oder – anders, ergänzend gefragt – ist Ihnen bekannt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was denn jetzt?)

dass die OECD bei ihren internationalen Vergleichsstudien das berufliche Bildungssystem in Baden-Württemberg nicht berücksichtigt? Ist Ihnen bekannt, dass dagegen der Bildungsmonitor 2011, der vom Institut der deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden ist, das berufliche Schulwesen mit einbezieht? Darauf basierend wird die Erkenntnis gezogen, dass sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland, insbesondere in Baden-Württemberg, ausdrücklich verbessert hat, gerade weil wir ein aufstiegsorientiertes Bildungssystem haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vom letzten auf den vorletzten Platz! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was war jetzt die Frage? – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Ob sie zustimmt!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Die Frage habe ich jetzt auch nicht erkannt, aber ich antworte gern darauf.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe: Stimmen Sie ihm zu?)

– Nein, ich stimme nicht zu. Ich kann dazu sagen, dass wir beispielsweise bei den Übergängen im Bereich der beruflichen Bildung bei den Jugendlichen inzwischen einen sehr großen

(Sandra Boser)

Mangel haben. 40 % der Jugendlichen beginnen nicht direkt nach der Schule eine Ausbildung. Wir haben da einen sehr großen Nachholbedarf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo? Sprechen Sie von Baden-Württemberg? Das ist doch völlig daneben! – Unruhe)

– Das ist auf Baden-Württemberg bezogen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Darf ich die Rednerin erst einmal die Frage beantworten lassen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Normalerweise ist er nur beim Thema Stuttgart 21 so! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Darauf warten wir doch!)

Bitte, Frau Kollegin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, dass eine Frage gestellt wurde. Dann hat man durch Zwischenrufe die Antwort auf die Frage gar nicht verstanden. Lassen Sie die Kollegin doch erst einmal die Frage beantworten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt, Frau Kollegin.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Nachher steht noch das Thema „Übergänge bei der beruflichen Bildung“ an. Die Aktuelle Debatte dazu wurde von der SPD beantragt.

In Baden-Württemberg gibt es diesen Mangel. Trotz des Fachkräftemangels gelingt es uns nicht, die Jugendlichen einer Ausbildung zuzuführen; ganz im Gegenteil.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schaffen andere Länder das besser?)

– Anderen Ländern gelingt dies besser, ja.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Welchen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo? – Abg. Peter Hauk CDU: Was?)

– Ich werde Ihnen die Antwort zukommen lassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Frau Boser, Politik beginnt mit der Wirklichkeit! Welches Land ist besser? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Die rot-grün regierten! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was, bitte?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Hauk, möchten Sie eine Frage stellen?

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Das hat sich erledigt!)

– Nein? – Frau Kollegin Boser, Sie haben noch das Wort.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ich werde Ihnen gern die Antwort zukommen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: „Diese Frage beantworte ich Ihnen schriftlich“! – Unruhe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei für die SPD-Fraktion.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es macht regelmäßig immer wieder Spaß, hier zu sein.

(Heiterkeit)

Allein der Titel dieser Debatte kann nur als der hilflose Versuch der Opposition angesehen werden, eine über Jahrzehnte aufgebaute Verantwortungslosigkeit gegenüber jungen Menschen in unserem Land abzdrukken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Sie waren diejenigen, meine Damen und Herren in der Opposition, die über Jahrzehnte ein Schulsystem geschaffen haben, in dem wie in keinem anderen nach Geldbeutel und Bildungshintergrund der Eltern selektiert wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Nehmen wir ein paar Beispiele aus der Praxis. Sie waren es, die die Baden-Württemberger zu Spitzenreitern in Sachen Nachhelfekosten gemacht haben: durchschnittlich 131 € pro Elternhaus und Monat! Ein türkischer Freund hat mir beispielsweise bei Hausbesuchen am Rande erzählt, dass er aktuell jeden Monat 200 € für sein Kind bezahlt, Herr Wacker, weil es auf einem Gymnasium ist und er ihm nicht helfen kann. Was früher in den Schulen erledigt wurde, ist aktuell nämlich nur noch durch Nachhilfe zu gewährleisten. Und er hat schon heute Angst, was passiert, wenn einmal sein zweites Kind das Gymnasium besucht.

(Zurufe von der CDU)

Ihre Politik hat dazu geführt, dass beispielsweise in der Klasse meines Sohnes natürlich das Kind einer ALG-II-Bezieherin als Erstes die Schule verlassen musste, weil sie die Nachhilfe nicht leisten konnte.

Sie haben Eltern Angst gemacht. So hat beispielsweise ein Bekannter meine Frau im Frühjahr unglücklich gefragt, was er denn machen solle: Sein Kind habe nämlich eine Gymnasialempfehlung erhalten, er aber habe nur den Hauptschulabschluss. Er könne seinem Kind doch überhaupt nicht helfen.

Ihre Politik hat schließlich dafür gesorgt, dass Lehrer G-8-Stoff unterrichten, aber keine entsprechenden Fortbildungen erhalten.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das erzählte ein Deutschlehrer im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Gesamtelternbeirats in Mannheim. Das ist die Realität nach 57 Jahren CDU-Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: So lange gibt es noch gar kein G 8!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Bildung erfolgt bei Ihnen in Abhängigkeit vom Geldbeutel, Migrantenkinder und sozial Schwache sind in der Sackgasse, und Eltern haben Angst davor, ihre Kinder aufs Gymnasium zu schicken. Die Liste ließe sich noch beliebig fortschreiben: Haupt- und Werkrealschulen unter Druck, übervolle Realschulen in einer Sandwich-Situation, Streichung von Förderstunden für die Schwachen – das ist die Erblast, die wir von Ihnen übernommen haben. Das ist die Kehrseite eines scheinbaren PISA-Erfolgs unseres Bundeslands: knallharte Selektion. Und ausgerechnet Sie stellen sich heute hier hin und malen ein Bild von Zweiklassigkeit an die Wand.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das, was Sie vorhaben, ist Drittklassigkeit!)

Ihre Schulpolitik hat doch ein Vierklassensystem von der Förderschule bis zum Gymnasium aufgebaut. Diese grün-rote Landesregierung wird eine gerechte Bildungspolitik dagegensetzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Einklassengesellschaft!)

Wir werden mit der Gemeinschaftsschule ein Modell entwickeln, in welchem die individuelle Förderung des Kindes im Mittelpunkt steht. Wir werden Gymnasien mit zwei Geschwindigkeiten zulassen.

(Zuruf von der CDU: Einheitsbrei!)

Wir werden Hauptschulen eine Perspektive geben und Realschulen unterstützen. Wir geben Eltern ein stärkeres Mitspracherecht bei der Auswahl der Sekundarschule und stellen dabei qualifizierte und verantwortungsvolle Beratung sicher. Und wir werden die Lehreraus- und -weiterbildung neu justieren. Das hat nichts mit „zweiter Klasse“ à la CDU zu tun, sondern im Gegenteil: Wir haben die alte schwarze Dampflok abgekoppelt und lösen für alle Schüler einen Erste-Klasse-Fahrschein in einem modernen Bildungssystem.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU: Sehr konkret, alles sehr konkret! – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt wissen wir, was die Regierung beschließen will! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oh Herr, vergib ihnen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte doch um Ruhe und Aufmerksamkeit für die Redner.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für einen Liberalen lautet die alles entscheidende Frage in der Bildungspolitik: Wie lassen sich durch Bildung möglichst viele Chancen für den Einzelnen eröffnen? Auf dieses Ziel werden wir uns hier vermutlich über alle Parteigrenzen hinweg verständigen können. Woran sich die Geister jedoch

scheiden, ist die Frage, auf welchem Weg zusätzliche Chancen eröffnet werden können und entstehen.

Die Landesregierung plant nun, eine Gemeinschaftsschule einzuführen, in der es keine Klassen mehr, sondern bunt gemischte Lerngruppen geben soll.

(Zuruf von der CDU: Einheitsbrei!)

Schüler mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialempfehlung sitzen hier zusammen, und der Lehrer bzw. die Lehrerin unterrichtet synchron nach drei Bildungsstandards, eben denen für Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Herr Zeller macht sicher einmal exemplarisch vor, wie das geht! – Zurufe von der SPD, u. a.: Keine Ahnung! – Unruhe)

– Hören Sie doch einmal zu! Es wird Sie freuen, was ich jetzt sage. – Meine Damen und Herren, das kann funktionieren, z. B. bei gut vorbereiteten Arbeitsblättern im Rahmen von Freiarbeit. Aber wie verhält es sich, wenn der Lehrer doch einmal etwas an der Tafel erklären muss? Spätestens hier stößt die Binnendifferenzierung an ihre Grenzen und riskiert, sowohl die stärkeren als auch die schwächeren Schüler eben nicht mitzunehmen.

(Zuruf von der SPD: Nichts verstanden!)

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Es gibt zweifelsohne eine Vielzahl von Konzepten, Lehrkräften und Schulen auch in unserem Land, die mit heterogenen Lerngruppen hervorragend umzugehen verstehen. Diese Konzepte bereichern selbstverständlich die Angebotsvielfalt und geben wertvolle Impulse für unser Schulwesen.

Ihnen aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot – das haben wir gerade eben gehört –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

geht es um etwas ganz anderes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Sie meinen, man müsse einfach nur alle Schüler eines Jahrgangs in eine Lerngruppe pferchen, dann würden sich die Chancen schon mehr oder weniger von allein gleich verteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine Befürchtung ist: Wenn Sie sich auf diesem Irrglauben ausruhen und keine zusätzlichen Anstrengungen unternehmen, um jeden einzelnen Schüler seinen Fähigkeiten und Neigungen gemäß zu fördern, werden alle, vor allem aber die Schwächeren, die Leidtragenden sein.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb ist es völlig unverständlich und auch unverantwortlich, dass Ihre Koalition bei der neuen Werkrealschule die Kooperation mit den Berufsfachschulen in Klasse 10 kippen will. Dabei hätte gerade dies den Werkrealschulen eine echte Berufsorientierung ermöglicht und deren Schülern reale Chan-

(Dr. Timm Kern)

cen auf einen Ausbildungsplatz und später auf einen Arbeitsplatz gegeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die FDP/DVP-Fraktion sieht in einem differenziert gegliederten, vielfältigen und zugleich durchlässigen Schulwesen den besten Weg, um das in der Landesverfassung verankerte Recht eines jeden jungen Menschen – ich zitiere aus Artikel 11 Abs. 1 – „auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung“ zu verwirklichen und jedem eine möglichst individuelle Förderung zukommen zu lassen.

Innere und äußere Differenzierung, die Differenzierung innerhalb einer Schülergruppe und die Differenzierung von Gruppen nach Fähigkeiten und Neigungen gehören nach unserer Auffassung zusammen und sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb ist es schlicht nicht glaubwürdig, zum Zweck der verbesserten Binnendifferenzierung die äußere Differenzierung abzuschaffen, wie es das Wunschziel von Grün-Rot ist.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule bedeutet einen Angriff auf die vielfältigen Bildungsangebote in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Ende der Realschule!)

Nicht ohne Grund – das nehmen wir im Gegensatz zu Ihnen ernst – beklagen die Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen, dass die aktuelle Bildungspolitik der Landesregierung dem beruflichen Schulwesen das Wasser abgraben könnte.

(Zuruf von der SPD: „Könnte“!)

Das betrifft die dort noch immer unzureichende Lehrerversorgung, aber auch die Konkurrenz in Gestalt der Gemeinschaftsschule.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die gibt es doch noch gar nicht! – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Nebenbei bemerkt: Es gibt mit den beruflichen Gymnasien bereits eine neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Also besteht weder eine Notwendigkeit für eine wie auch immer geartete Teilrückkehr zu G 9 noch für eine Gemeinschaftsschule mit dreijähriger Oberstufe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von den Grünen: Thema verfehlt! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Am Ende gern.

Sinnvoller erscheint es da, die knappen Ressourcen des Bildungsbereichs zunächst für die Beseitigung des strukturellen Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen zu verwenden,

statt kostenträchtige neue und vor allem unnötige Baustellen aufzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Apropos Ressourcen: Ich befürchte, dass die neue Gemeinschaftsschule durch eine einseitige Privilegierung dieser Schulart gegenüber allen anderen Schularten durchgesetzt werden soll. Erste Hinweise darauf finden sich in den Eckpunkten, die wir heute lesen konnten. Für die Gemeinschaftsschule gilt der Klassenteiler von 28, für die übrigen weiterführenden Schularten bleibt es wohl bei einem Klassenteiler von 30. Denn die Landesregierung hat sich offenbar klammheimlich vom allgemeinen Ziel eines Klassenteilers von 28 verabschiedet.

Auch hat die Gemeinschaftsschule beim Ganztagschulbau wohl Vorfahrt.

Schließlich spricht der Koalitionsvertrag von einem Innovationspool. Auch hier ist zu befürchten, dass dieser vor allem für diejenigen Innovationen zur Verfügung steht, die ins vorgegebene Weltbild passen. Eine solche Wahlfreiheit, die die Landesregierung propagiert,

(Zuruf von der SPD: Ein Weltbild wie in Schleswig-Holstein!)

ist alles andere als eine echte Wahlfreiheit. Vielmehr werden gezielt ungleiche Ausgangsvoraussetzungen geschaffen, wenn für die Gemeinschaftsschule mehr Ressourcen pro Schüler zur Verfügung stehen als für die anderen Schularten.

Bei näherer Betrachtung erscheint der grün-rote Bürgerdialog gar sehr am goldenen Zügel geführt. Denn wäre es der Landesregierung tatsächlich um mehr Mitsprache der vor Ort am Bildungswesen Beteiligten gegangen, hätte es zahlreiche Möglichkeiten gegeben, beispielsweise mehr Kompetenzen in die Eigenverantwortung der Schulen zu delegieren. Doch davon war bisher leider nichts zu merken.

Zweifellos ist nichts so gut, dass man es nicht noch besser machen könnte. Weiterentwickeln und optimieren sind hier gefragt, aber nicht Totalumbau und Auf-den-Kopf-Stellen. Lassen wir die an unserem Bildungswesen Beteiligten – Lehrerinnen und Lehrer, Schüler, Eltern, Schulleitungen, Schulträger und weitere – doch einfach einmal ihre Arbeit machen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

ohne sie ständig mit immer neuen Vorhaben – seien es auch noch so gut gemeinte – zu behelligen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Trauen wir ihnen zu, dass sie ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen können, und stärken wir ihre Möglichkeiten, eigenverantwortlich zu entscheiden. Bildungspolitik sollte sich darauf konzentrieren und zugleich darauf beschränken, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Kurz gesagt: Wir brauchen mehr Bildung und etwas weniger Politik in der Bildungspolitik.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: 1,8 %! – Zuruf von der SPD: Was?)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt kommt noch die Frage des Herrn Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Dr. Kern, ist Ihnen eigentlich bekannt, wer für das strukturelle Unterrichtsdefizit von über 4 % an den beruflichen Schulen in den vergangenen Jahren die Verantwortung getragen hat und wer es in über zehn Jahren nicht geschafft hat, dieses Defizit abzubauen?

Ist Ihnen auch bekannt, dass das dreigliedrige Schulsystem bei verschiedenen Ausbildungsgängen in eine Sackgasse führt? Ein Beispiel dafür ist, dass es nach einem mittleren Bildungsabschluss nicht gewährleistet ist, auf ein berufliches Gymnasium wechseln zu können. Wer trägt dafür die Verantwortung?

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Wer trägt sie?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Selbstverständlich, Herr Kollege Lehmann, ist mir die Verantwortung bekannt. Aber wenn wir nicht endlich aufhören, in der Gegenwart und für die Zukunft zu arbeiten, und immer nur auf andere zurückzeigen, hilft das nicht weiter. Das ist das Erste.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage, Herr Abg. Poreski.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Ich wollte noch die zweite Frage beantworten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Die Antwort auf die zweite Frage, bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Auch bei der zweiten Frage bin ich der Meinung, dass wir nicht mit Schuldzuweisungen, sondern nur gemeinsam im Dialog weiterkommen. Aber Sie drücken die Gemeinschaftsschule mit der Brechstange durch. Das halte ich für den falschen Weg.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Noch haben Sie die Chance mitzumachen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage, Herr Abg. Poreski.

**Abg. Thomas Poreski GRÜNE:** Herr Kollege Dr. Kern, Sie haben in einer früheren Debatte zugestanden, dass andere Länder mit Gemeinschaftsschulsystemen zum Teil hervorragende Ergebnisse erzielen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Welche? Die kenne ich gar nicht!)

Ich frage Sie: Warum wollen Sie verbieten, dass sich Eltern, Schulträger, Gemeinden dafür entscheiden, eine Gemeinschaftsschule einzurichten? Was hat das mit der Bürgerfreundlichkeit und mit der Freiheit zu tun, die Sie propagieren? Das ist doch der Punkt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Mit 1,8 % hat es zu tun! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wo sind die erfolgreichen Länder?)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Nennen Sie mir bitte diese erfolgreichen Bundesländer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schleswig-Holstein! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Haben die bessere Ergebnisse als wir, Herr Schmiedel?)

Kollegin Boser hat doch selbst gesagt, dass wir bei der Bildungspolitik – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Darf ich das erläutern?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abg. Dr. Kern soll die Frage beantworten.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das wäre schön!)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Danke, Herr Präsident. – Kollegin Boser hat doch vorhin gesagt – das ist sehr richtig –, dass Baden-Württemberg mit seinem Bildungssystem immer auf den Medaillenrängen landet – mal auf Platz 1, mal auf Platz 2 und mal auf Platz 3. Wenn ich richtig informiert bin,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

sind Sachsen oder Bayern neben Baden-Württemberg auf den ersten Plätzen zu finden. Wer regiert in diesen Ländern? Das sind doch nicht die SPD oder die Grünen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Und alle ohne Gemeinschaftsschule!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Es gibt noch eine zweite Runde.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Also gestatten Sie sie nicht.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich würde gern eine weitere Frage stellen!)

– Wenn der Redner es nicht möchte, dürfen Sie keine weitere Frage stellen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ach so! Das habe ich jetzt verstanden!)

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Warminski-Leitheußer das Wort.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es ist noch ein Dreivierteljahr Zeit bis zum nächsten Schuljahr!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

*Die Gemeinschaftsschule ist das Gegenteil einer Einheitschule für alle.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

*Denn die Schülerinnen und Schüler werden ihren unterschiedlichen Begabungen und Leistungen gemäß gefördert.*

(Zurufe von der CDU)

*Da die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen so lange wie möglich erhalten bleibt, haben auch schulische Spätentwickler die Chance, sich weiterzuentwickeln und den höchstmöglichen Abschluss anzustreben.*

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wie geht das denn ein-  
zigig?)

Ich kann mir vorstellen, dass Sie diese Sätze freuen. Sie könnten von mir stammen – das gebe ich zu –, sie stammen aber nicht von mir.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hat sich jetzt jemand  
gefreut?)

Wissen Sie, wer das gesagt hat? Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin des Saarlands.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Tanja  
Gönner CDU: Sie dürfen einen Landkreis nicht mit  
dem Land Baden-Württemberg vergleichen!)

– Das haben jetzt Sie gesagt. Sie werden sich auf dem Parteitag treffen. Da bin ich einmal gespannt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der  
Abg. Tanja Gönner CDU)

Diese Frau hat verstanden, was sich in der Realität verändert hat. Die Gesellschaft hat sich verändert. Entsprechend haben sich auch die Anforderungen an das Bildungssystem verändert. Diese Frau hat das verstanden, die Bundesbildungsministerin übrigens auch.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die hat aber nichts von  
einer Gemeinschaftsschule erzählt!)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich freue mich darüber, dass sich diese Erkenntnisse langsam, aber sicher weiterverbreitet haben. Und: Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in diesem Land haben es verstanden. Das ist nämlich der Grund dafür – Herr Wacker hat es gerade angesprochen –, dass wir für die Informationsveranstaltung am 6. Oktober mittlerweile 1 200 Anmeldungen haben – 1 200! –, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker  
Schebesta CDU: Die wollen endlich einmal anfangen!  
Bisher kriegen sie auch nichts zu hören!)

Denn die Gemeinschaftsschule ist ein Zukunftsmodell

(Abg. Volker Schebesta CDU: Weil niemand weiß,  
was sie eigentlich sein soll! – Unruhe – Glocke des  
Präsidenten)

und wird die Bildungspolitik in diesem Land weiter vorantreiben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Sie können dem  
Hohen Haus sagen, was Sie dort erzählen wollen!)

Baden-Württemberg ist gut; das ist überhaupt keine Frage. Aber Baden-Württemberg kann besser werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn die OECD-Studie besagt auch Folgendes: Deutschland und damit auch Baden-Württemberg fallen beim Anteil von Hochqualifizierten im internationalen Vergleich immer weiter zurück.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Meine Damen und Herren, Hochqualifizierte sind all diejenigen, die mindestens das Abitur haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da gibt es einen Rückgang? In absoluten Zahlen, klar! – Gegenruf der Abg.  
Andrea Lindlohr GRÜNE: Im Vergleich! Zuhören!)

– Genau, im internationalen Vergleich. Auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen: Das ist eine Situation, die wir uns in Baden-Württemberg nicht leisten wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker  
Schebesta CDU: Wenn es die OECD gesagt hat, sind  
die Berufskollegs und die beruflichen Gymnasien  
nicht dabei!)

Wir sind gut beraten, unser Bildungssystem dem anzupassen – und zwar vorsichtig –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Erklären Sie einmal  
der OECD, was berufliche Schulen sind! Dann können  
wir weiterreden!)

was sich langsam, aber sicher in unserer Gesellschaft abbildet – übrigens nicht als Systemwechsel; darauf lege ich großen Wert.

(Abg. Georg Wacker CDU: Natürlich!)

Das ist Ihre Art von Bildungspolitik gewesen,

(Abg. Georg Wacker CDU: Nein! Ihre Strategie!)

von oben herab verordnet, am Schachbrett organisiert.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ihre Strategie!)

Wir machen es anders.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wir erlauben, wir lassen zu, wir geben Rahmenbedingungen vor, wir geben Anreize. Damit lassen wir pädagogische Kreativität zu, die Sie über Jahrzehnte hinweg eingemauert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei  
Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– jetzt bin ich gerade dran, Herr Kollege –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, Sie sind vor mir  
dran, Herr Präsident! Das ist in Ordnung!)

des Herrn Abg. Hauk?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Bitte sehr.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Frau Ministerin, Sie haben gerade die OECD-Studie zitiert und darauf hingewiesen, dass der Anteil der Hochqualifizierten – damit haben Sie die Abiturienten gemeint – zurückgehe. Stimmen Sie mir zu, dass in dieser OECD-Studie der Anteil der Abiturienten an den beruflichen Gymnasien gar nicht enthalten ist?

(Zuruf von der CDU: Aha! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das weiß sie gar nicht!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Wenn das so wäre, würde mich das sehr wundern.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU)

Das ändert aber nichts daran – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: An was ändert das nichts? Jetzt wird es spannend! – Abg. Peter Hauk CDU: 40 % der Abiturienten sind nicht enthalten! – Abg. Volker Schebesta CDU: 50 % der Zugangsberechtigungen! – Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass diese Zahl für Deutschland ermittelt worden ist und dass Baden-Württemberg damit automatisch mit betroffen ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Mit dem besten beruflichen Schulwesen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Präsident, die Herren wollen mir nicht zuhören.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Doch!)

– Dann lassen Sie mich doch einfach ausreden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Kollege Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass gerade die OECD das berufliche Bildungssystem bei internationalen Vergleichsstudien überhaupt nicht berücksichtigt und dass Ihre Amtsvorgänger sowohl im Rahmen der Kultusministerkonferenz als auch gegenüber der OECD genau dies mehrfach moniert haben und immer wieder ein abschlägiger Bescheid seitens der OECD eingegangen ist? Ist Ihnen bekannt, dass das Kultusministerium in früheren Jahren bereits mehrfach auf diesen Missstand hingewiesen hat?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und sind Sie bereit, sich auch dafür einzusetzen?)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Das ist mir nicht bekannt. Deshalb wird es Zeit, dass wir in der Kultusministerkonferenz ordentlich Dampf machen.

(Lachen und Beifall bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt lesen Sie es erst einmal, und dann reden wir weiter! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es spricht die Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ändert nichts daran,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

dass die Kommunen offensichtlich verstanden haben, worum es geht. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, sich genau anzuschauen, was eigentlich los ist im Land.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann sagen Sie es doch einmal! Sie sollen jetzt einmal konkret werden!)

Das Interesse an einem möglichst hohen Schulabschluss nimmt bei den Eltern sowie bei den Schülerinnen und Schülern zu. Fakt ist, dass die Schülerzahlen weiter zurückgehen. Fakt ist, dass wir eine Antwort auf diese Fragen formulieren, indem wir den Kommunen die Möglichkeit geben, Gemeinschaftsschulen zu errichten.

Die Gemeinschaftsschule – das ist der Kern des Programms – stellt die individuelle Förderung in den Mittelpunkt des pädagogischen Konzepts.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hauk?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ich glaube, es ist besser, wenn ich das an den

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An jemanden weiterleite! – Abg. Volker Schebesta CDU: An den Staatssekretär weitergebe! – Heiterkeit bei der CDU)

Schluss schiebe. So habe ich vielleicht die Gelegenheit, im Zusammenhang auszuführen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gut. Dann lassen Sie also bis zum Ende Ihrer Rede keine Zwischenfragen mehr zu?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Nein.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber das mit dem Einmauern müssen Sie mir noch einmal erklären!)

– Zum Einmauern: Sie haben sich pädagogische Konzepte, die schon vor langer Zeit geschrieben worden sind und die wir genehmigen werden, noch nicht einmal angehört. Das ist Fakt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Sie haben so getan, als ob es nur eine Antwort gäbe, nämlich eine Förderung im dreigliedrigen Schulsystem. Wir wissen, dass das nicht stimmt. Wir werden diese Modelle zulassen. Das Interesse daran ist riesengroß. Auch das Informationsinteresse ist riesengroß;

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das aber vor allem!)

denn wir haben mittlerweile 200 Interessensbekundungen. Wir gehen davon aus, dass etwa 30 Schulen so weit sein werden, dass sie zum kommenden Schuljahr starten können.

Sie werden erleben, dass diese Schulen sehr gut funktionieren. Diese Schulen wenden in der Tat innovative pädagogische Konzepte an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es wird zum Schluss abgerechnet, wenn man das Ergebnis sieht!)

– Eben. Das kann man in Baden-Württemberg messen. Das ist wunderbar. Sie werden sehen, dass das gut funktioniert. Im Übrigen gibt es seit 25 Jahren Modellversuche an Schulen in Baden-Württemberg, die integriert arbeiten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Also doch Gesamtschule!)

Das sind die sogenannten Schulen besonderer Art. Herr Wacker kennt zumindest eine Schule dieser Art aus seiner Nachbarschaft, nämlich die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Also doch Gesamtschule!)

– Hören Sie mir zu! Eine Gemeinschaftsschule ist sogar mehr als eine Gesamtschule, weil sie nämlich vollständig von der Klasse 5 bis zur Klasse 10 integriert. Herr Wacker, Sie kennen das.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ihr Stabsstellenleiter hat immer bestritten, dass das eine Gesamtschule sei!)

56 % der Abiturienten des vorletzten Abiturjahrgangs der Gesamtschule Mannheim-Herzogenried hatten in der Klasse 5 keine Gymnasialempfehlung, sind aber im Laufe der Schulzeit so gefördert worden und haben sich so entwickelt, dass sie das Abitur geschafft haben, und zwar ohne die Schule zu wechseln. Darauf kommt es an, Herr Wacker.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Warum kommt es darauf an?)

– Weil jeder Schulwechsel einen Bruch bedeutet.

Jetzt kommen wir zur Unterrichtsversorgung. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition: Angesichts dessen, was ich an Altlasten im Bildungsbereich, die es zu decken gilt, vorgefunden habe, muss ich sagen: Ich hätte nicht vermutet, dass man so wirtschaftet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihre Bildungsoffensive ist über den Haushalt 2012 hinaus nicht weiter ausfinanziert. Das sind 223 Millionen €. Jetzt stellen Sie sich hier hin – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist etwas Neues!)

Das alles muss ich hinbekommen, das alles muss ich finanzieren.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das nennt man Regierungsverantwortung!)

– Sie haben den Eindruck erweckt, als hätten Sie für alles gesorgt, als hätten Sie alles finanziert. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wie haben Sie denn all Ihre Sonderprojekte im Bildungsreich finanziert? Sie haben sie finanziert, indem Sie Lehrstellen gestrichen haben. So haben Sie das finanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Damit haben Sie die Unterrichtsversorgung weiter gefährdet.

Deshalb ist Baden-Württemberg heute ein Bundesland, das im Bereich der Krankheitsreserve am unteren Rand steht. Wir werden die Krankheitsreserve schrittweise aufbauen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schulen mehr Planungssicherheit bekommen und dass weniger Unterricht ausfällt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das hören wir seit einem halben Jahr! Können Sie einmal konkret werden?)

Wir werden dafür sorgen, dass schrittweise – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie sieht es denn aus? Sie sagen immer das Gleiche, aber es wird nicht konkret!)

– Das wird sehr konkret. Warten Sie doch einfach einmal die Haushaltsberatungen ab.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Darauf sind wir gespannt!)

Die Krankheitsreserve wird schrittweise auf den Bundesdurchschnitt von 2,5 % angehoben, in Schritten von 200 Stellen pro Jahr.

Um es jetzt noch einmal auf den Punkt zu bringen, meine Damen und Herren:

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

In der Bildungspolitik kommt es natürlich darauf an, dass man das, was gut funktioniert, arbeiten lässt. Das ist doch überhaupt keine Frage. Niemand will etwas zerstören, was gut funktioniert. Aber wenn man wirklich Entwicklung zulassen möchte – wir müssen im Bildungsbereich Entwicklung zulassen, weil sich die Gesellschaft verändert –, dann müssen wir eben auch solche Entwicklungsräume schaffen. Die Gemeinschaftsschule ist ein solcher Entwicklungsraum.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Ich bin ganz sicher, dass jede Menge Kommunen, jede Menge Schulen, jede Menge Lehrerinnen und Lehrer diese Chance ergreifen werden. In diesem Sinn werden wir Lernkultur und Bildung in diesem Land weiter verbessern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bis hierher.

Ich glaube, es war noch eine Frage offen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja. Es gibt zwei Fragen, eine von Herrn Abg. Hauk und eine weitere von Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Frau Ministerin, nachdem Sie der OECD Dampf machen wollen, wie Sie gesagt haben: Sind Sie dann auch bereit, Ihre Aussage zurückzunehmen, dass in Baden-Württemberg der Anteil der Hochqualifizierten zurückgehe?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ich habe gesagt – um es noch einmal deutlich zu sagen –:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja!)

Die OECD hat festgestellt, dass Deutschland – und damit auch Baden-Württemberg – im internationalen Vergleich bezüglich des Anteils der Hochqualifizierten immer weiter zurückfällt. Das habe ich gesagt. Aber wenn Sie diese Frage schon so suggestiv stellen, dann würde ich natürlich noch einmal überprüfen, ob das auch für Baden-Württemberg zutrifft.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Prima!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:** Frau Ministerin, Sie haben die Grundschulempfehlung abgeschafft – das kann man durchaus tun –, und Sie haben uns, den Schulleitungen, die frohe Botschaft zukommen lassen, dass wir dann die ohnehin heterogenen Gruppen durch individuelle Förderung zusammenführen sollen. Jetzt meine konkrete Frage, auch im Auftrag vieler Kollegen im Land: Mit wie vielen zusätzlichen Lehrerstellen kann ich im kommenden Schuljahr rechnen, damit ich das höhere Maß an Heterogenität kindgerecht aufarbeiten kann? Könnten Sie vielleicht für eine dreizügige Schule sagen, mit wie vielen zusätzlichen Kollegen ich rechnen darf? Das wäre für mich eine große Beruhigung.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Bevor ich Ihre Frage jetzt beantworte, würde mich natürlich interessieren, wie Sie das schon bisher hinbekommen; denn die Heterogenität der Gruppen an den Gymnasien hat ohnehin schon zugenommen. Woran ich denke, ist eine Erhöhung der Zahl der Poolstunden von zehn auf zwölf Stunden. Das ist etwas, was Sie bereits hätten tun können, was wir umsetzen werden. Denn es kommt darauf an, die Gymnasien in der Tat in ihrem Auftrag der individuellen Förderung weiter zu stärken, eben weil die Zusammensetzung der Schülerschaft immer heterogener wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie helfen mir dabei persönlich?)

– Natürlich, klar.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Fragen? – Herr Abg. Zimmermann hat noch eine Frage.

**Abg. Karl Zimmermann CDU:** Frau Ministerin, trifft es zu, dass Sie, wie ich einem Teil der Presse entnehmen konnte, gesagt haben sollen: „Bei einem Wechsel von der Gemeinschaftsschule auf das Gymnasium muss auf dem Gymnasium die zehnte Klasse wiederholt werden“?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Wenn eine Gemeinschaftsschule keine Sekundarstufe II anbietet, wird der Übergang natürlich so sein, dass dann der entsprechende Schüler, die entsprechende Schülerin, wenn sie an ein Gymnasium wechseln, in die dortige Oberstufe kommen. Das ist bei einem G-8-Gymnasium – wenn nicht in ein G-9-Gymnasium gewechselt wird – die Klasse 10. Das bedeutet nicht, dass die Klasse 10 wiederholt werden muss, sondern ist die Folge dessen, dass man da natürlich synchronisieren muss. Denn die Gemeinschaftsschule bietet ja vom Grundsatz her – sie bildet auch entsprechend aus – das Abitur in neun Jahren an.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt doch die elfte Klasse in der Gemeinschaftsschule!)

Das bedeutet, dass dann in der Klasse 10 des G-8-Gymnasiums die Bausteine, die in der bisherigen Schullaufbahn noch nicht enthalten waren, natürlich nachgearbeitet werden müssen. Das ist völlig klar. Denn der Bildungsgang an der Gemeinschaftsschule ist auf ein G-9-Abitur ausgerichtet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also Wiederholung!)

– Keine Wiederholung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zweimal Klasse 10 ist Wiederholung!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ist die Frage beantwortet? Keine weiteren Fragen? – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige wenige Fragen und Klarstellungen möchte ich doch vorbringen.

Zunächst einmal, Frau Ministerin, sagen Sie – das ist schon starker Tobak –, dass Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen pädagogisch eingemauert werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Wir alle hier in diesem Haus wissen und haben auch gemeinsam eingefordert, dass Schulen und Lehrkräfte mehr pädagogischen Freiraum brauchen, um ihre pädagogischen Ideen auch zur Entfaltung bringen zu können. Die Bildungsplanreform des Jahres 2004, sehr geehrte Frau Ministerin – deswegen wäre es auch ratsam, sich darüber zu informieren, was in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde –, hat für die Schulen ein Schulcurriculum vorgesehen, durch das die Schulen die Möglichkeiten und die Chance haben, ihre eigenen

(Georg Wacker)

Profile zu entwickeln. Deswegen ist der Begriff des Einmauerens völlig daneben – um das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Auf ein Zweites möchte ich Sie auch hinweisen, und damit spreche ich die von Ihnen genannte Gesamtschule in Mannheim-Herzogenried an: Es ist kein Wunder, wenn dort 52 % am Ende die allgemeine Hochschulreife erreichen. Warum? Zumindest die Übergangszahlen aus dem Schuljahr 2008/2009, die ich sehr gut im Gedächtnis haben, zeigen: Wenn 50 % der Kinder mit Gymnasialempfehlung diese Schulart besuchen, dann sind 52 % sogar recht wenig – um das auch deutlich zu sagen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Sie wissen doch, dass das nicht stimmt! Das ist unglaublich!)

Es ist keine pädagogische Kunst, die Kinder mit Gymnasialempfehlung am Ende zur allgemeinen Hochschulreife zu führen. Auch dies zur Klarstellung.

Eine vorletzte Bemerkung: Sie haben das Beispiel Saarland angesprochen. Wir alle wissen, dass Koalitionen auch zu Kompromissen führen. Es war auch ein politischer Kompromiss, dass dort die Gemeinschaftsschule eingeführt wird. Nur gibt es zwei wesentliche Unterschiede, Frau Ministerin, die Sie beherzigen müssen: Sie wollen Ihre Gemeinschaftsschule Hals über Kopf einführen, ohne dass Sie eine pädagogische konzeptionelle Vorbereitung präsentieren, während im Saarland in diesen Tagen ein Schulgesetz verabschiedet wird

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

mit detaillierten pädagogischen Regelungen für die Gemeinschaftsschulen, sodass die Schulen ein Jahr Vorlauf haben, um sich auf diese Situation einzustellen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und unsere Schulen warten bis April!)

Davon kann in Baden-Württemberg überhaupt keine Rede sein, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Unsere Schulen sollen bis April warten!)

Erst ab April ist das Antragsverfahren nach Ihren Vorstellungen überhaupt möglich.

Eine letzte Bemerkung kann ich mir auch nicht verkneifen:

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Schade!)

In den Koalitionsverhandlungen im Saarland hat man zumindest eines bewirkt – das ist die spannende Stellschraube, bei der Sie sagen, da ließen Sie nicht mit sich reden –: Es finden Differenzierungen statt, Bildungsdifferenzierungen entlang der traditionellen Bildungsgänge. Auch das sollten Sie sich anschauen.

Unser Plädoyer lautet: Wir sollten eine Weiterentwicklung unseres differenzierten Schulsystems vornehmen und dafür sorgen, dass differenzierte Bildungsgänge auch in Zukunft eine

Chance haben. Denn das sind letztlich die passgenauen Angebote, die unsere Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft brauchen. Solange Sie dies ablehnen, so lange werden wir in dieser Frage unseren entschiedenen Widerstand ankündigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, gestatten Sie noch zwei Nachfragen? Kollege Poreski und Kollege Lehmann haben sich gemeldet.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Ich möchte in diesem Fall nur noch eine Frage zulassen, Herr Präsident.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nur noch eine Frage. Bitte, Herr Kollege Poreski.

**Abg. Thomas Poreski GRÜNE:** Herr Kollege Wacker, habe ich Sie insofern richtig verstanden, als Sie, wenn die Voraussetzungen etwas anders wären, als Sie sie in Baden-Württemberg sehen, gar nichts gegen die Einführung einer Gemeinschaftsschule hätten? Wenn das zutrifft, wären all die Bedenken, die Sie hier drohend als Teufel an die Wand malen, um ihn hinterher genüsslich wieder auszutreiben, obsolet.

(Beifall bei den Grünen)

**Abg. Georg Wacker CDU:** Nein. Um es ganz deutlich zu sagen – ich bin Ihnen, Herr Kollege, für diese Frage sehr dankbar –: Ich habe darauf hingewiesen, dass in der dortigen Koalitionsvereinbarung die Gemeinschaftsschule einen Kompromiss darstellt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei uns doch auch!)

Die dortige CDU hat im Wege eines Kompromisses durchgesetzt, dass differenzierte Bildungsgänge innerhalb dieser Gemeinschaftsschule angeboten werden. Das ist nicht der Weg, den wir favorisieren. Wir favorisieren vielmehr die Weiterentwicklung unseres differenzierten Bildungssystems entlang der bestehenden Angebote.

Vielen Dank für die Frage. Sie gab mir Gelegenheit, dies noch einmal klarzustellen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Redner in der zweiten Runde werden die Redezeiten, die bereits durch Fragen in Anspruch genommen wurden, abgezogen. Frau Kollegin Boser hat dementsprechend noch eine Restredezeit von einer Minute und 35 Sekunden, Herr Kollege Dr. Kern hat zwei Minuten und 20 Sekunden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie rechnen aber schnell, Herr Präsident! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist durch Stuttgart 21 geübt!)

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Gemeinschaftsschule ein Angebot ist, das den Kommunen und den Schulträgern gemacht wird, und kei-

(Sandra Boser)

ne Schulform, die an irgendwelchen Standorten von oben herab verordnet wird.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die wollen endlich einmal ihre Fragen beantwortet bekommen!)

Dass das Interesse an der Gemeinschaftsschule sehr hoch ist, zeigen die von der Ministerin bereits genannten Anmeldezahlen. Die Gesellschaft ist in diesem Bereich schon viel weiter als Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP; auch das belegen diese Zahlen.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn im Vorfeld der Einführung anderer Schulmodelle wie beispielsweise der Werkrealschule oder des G 8 eine ebenso breite Diskussion mit Gemeinden und Schulträgern, mit den Kommunen und den Lehrern geführt worden wäre, anstatt einfach Schulmodelle neu zu verordnen, die keine Akzeptanz vor Ort haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Gespräche sind denn nicht geführt worden? – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie waren noch nicht im Landtag, als wir das beraten haben!)

– Ich glaube, man kann die Diskussion vor Ort auch dann verfolgen, wenn man nicht selbst im Landtag sitzt. Es gibt sehr gut informierte Bürgerinnen und Bürger, die sich auch außerhalb dieses Plenums über die Landespolitik informieren, sehr geehrter Herr Schebesta.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben ein Dreivierteljahr vor Einführung der Werkrealschule mehr gewusst als Sie jetzt kurz vor Einführung der Gemeinschaftsschule!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Kolleginnen und Kollegen, zwei Klarstellungen und zwei Zitate.

Punkt 1: Herr Kollege Wacker, 33 % aller Abiturienten des letzten IGMH-Jahrgangs in Mannheim waren mit einer Hauptschulempfehlung auf diese Schule gekommen. Diese Tatsache belegt noch einmal den Erfolg dieser Schule.

(Abg. Volker Schebesta CDU: 50 % aller Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg werden an beruflichen Schulen erworben und nicht über das Gymnasium! Das ist doch kein besonders hoher Prozentsatz!)

– Ich lade Sie gern ein, sich die Situation in Mannheim einmal anzuschauen. Die IGMH ist ein Erfolgsmodell, und zwar insbesondere, seitdem Sie das G 8 in der bekannten Art und Weise eingeführt haben. Wir haben mittlerweile doppelt so viele Anmeldungen für diese Schule, wie wir annehmen können, und müssen viele Interessenten abweisen.

Punkt 2: Ehrlich gesagt sind Sie der Letzte, von dem ich den Vorhalt akzeptieren würde, wir hätten eine zu kurze Vorlaufzeit. Ich darf Ihnen eines sagen: Ich habe vor einigen Jahren als Berufsschullehrer an einer kaufmännischen Schule erst in

den Sommerferien erfahren, dass eine Umstellung des Lehrplans im Bereich Industriekaufleute auf Lernfelddidaktik erfolgt ist.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist etwas völlig anderes! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Das ist überhaupt nichts anderes. Wir haben erst in den Ferien erfahren, dass wir ein völlig neues System anwenden müssen. Das war Ihre Politik des Umgangs mit der Lehrerschaft bei der Frage, wie viel Vorlaufzeit man braucht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo waren Sie da gerade? Das war seit April bekannt!)

Wir führen eine Diskussion in einem Zeitraum, der lang genug ist, und wir sind sehr optimistisch, dass wir die Betroffenen auch solide vorbereiten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ab April!)

Das ist eine andere handwerkliche Qualität, als ich sie als Lehrer unter Ihrer Regierung erlebt habe.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Ab April bis September 2012!)

Des Weiteren noch zwei Zitate. Zuerst ein Zitat aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 12. September zum Thema Gemeinschaftsschule:

*Die Gemeinschaftsschule findet eine hohe Akzeptanz im Land. Die Kommunen sehen in ihr die Chance, ihren Schulstandort attraktiver zu machen. Zweitens sind die Eltern froh darüber, dass sie sich bei der Wahl einer Schulart für ihr Kind nicht allzu früh festlegen müssen. Und drittens sind auch die Lehrkräfte zufrieden. Das Spektrum der Schülerlandschaft ist breiter geworden, und viele sehen darin eine Herausforderung zur pädagogischen Weiterentwicklung der Schule.*

Diese Aussage stammt von Ekkehard Klug, FDP-Schulminister im schwarz-gelb regierten Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das zweite Zitat stammt aus der „Zeit“ vom August dieses Jahres:

*Es war schon mal leichter, Opposition zu sein. Georg Wacker muss ein wenig ausholen, wenn er erklären will, warum die grün-rote Landesregierung schlecht für Baden-Württembergs Schulen sei. Also zunächst einmal, setzt er an, sei da recht wenig Konkretes, was die Neuen bislang verlauten ließen – ...*

(Abg. Georg Wacker CDU: Ja!)

*Pause. Nun ja, sagt Wacker und zögert kurz. Wahrscheinlich merkt er selbst, dass das ein bisschen dünn klingt.*

(Abg. Georg Wacker CDU: Nein!)

*Doch auch Kritik an der Regierung üben muss man erst lernen, ...*

So weit die „Zeit“ und die „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben die hohen Anmeldezahlen für die Informationsveranstaltung hervorgehoben und das als etwas Positives dargestellt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei euch gab es diese Informationsveranstaltungen gar nicht! Das ist der Unterschied!)

Mir ist klar, warum sich so viele Menschen für diese Informationsveranstaltungen interessieren; denn von der Spitze des Ministeriums haben sie bisher nichts Konkretes dazu erfahren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

In einigen anderen Bundesländern haben verschiedene Parteien in den letzten Monaten sogenannte Schulfrieden geschlossen. Da waren stets auch Vertreter Ihrer Parteien, von SPD und Grünen, dabei. Jedenfalls hatte sich wohl bei allen Beteiligten endlich die Einsicht durchgesetzt, dass ein Schulkampf um die Frage, wer mit seiner Schulideologie gerade Oberwasser hat, herzlich wenig mit der Sicherung und Entwicklung von Qualität in Schule und Unterricht zu tun hat. Im Gegenteil: Nicht selten verstellt eine Ideologiedebatte den Blick auf das Wesentliche.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Da waren immer Gemeinschaftsschulen dabei!)

Deshalb kann ich Sie, meine Damen und Herren von Grün-Rot, nur auffordern, den sinnlosen Schulkampf in Baden-Württemberg erst gar nicht zu beginnen,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Moment! Wer?)

indem Sie das Bildungssystem radikal umkrempeln.

Ein letzter Punkt: Warum gehen wir Liberalen bei Ihrer Bildungspolitik nicht mit? Man könnte ja zu der Meinung gelangen: Soll die neue Landesregierung halt einmal ihre bildungspolitischen Steckenpferde ausprobieren. Nein, wir gehen bei Ihrer Bildungspolitik nicht mit,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie können nicht mit!)

weil diese Bildungspolitik in die völlig falsche Richtung geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie wollen die verbindliche Grundschulempfehlung abschaffen, ohne Alternativen zu prüfen

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

und ohne für die zu erwartenden Schülerströme auf bestimmte Schularten Vorsorge zu treffen. Sie wollen das Wiederholen einer Klasse abschaffen, das aus meiner Sicht auch einmal hilfreich und im Interesse des betroffenen Schülers sein kann. Eine spannende Information für alle Schülerinnen und Schüler: Egal, was für eine Leistung gebracht wird: Es wird nicht

wiederholt. Auch die Notengebung wird hier und da in Zweifel gezogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, auch wenn Sie es sich vielleicht nur schwer vorstellen können: Die meisten Schüler in unserem Land sind leistungsbereit und wollen sowohl gefördert als auch gefordert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl! Bravo!)

Bei Ihren bildungspolitischen Maßnahmen kann man den Eindruck gewinnen, dass Sie sich im Bildungswesen grundsätzlich vom Leistungsgedanken verabschieden wollen.

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Ich möchte es an dieser Stelle einmal ganz deutlich aussprechen: Für uns Liberale sind die Förderung der Leistungsbereitschaft und der Appell an die Leistungsbereitschaft bei Schülern keine Körperverletzung, sondern zentrale Aufgaben schulischer Bildung.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: 1,8 %!)

– Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?

Verlassen Sie deshalb Ihre bildungspolitischen Irrwege, und lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir unser bestehendes vielfältiges Bildungssystem zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler verbessern können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Aktuelle Debatte – Gute Arbeit in Baden-Württemberg durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger – beantragt von der Fraktion der SPD**

Ich weise darauf hin, dass im Präsidium festgelegt wurde, dass die Gesamtredezeit bei dieser Aktuellen Debatte 40 Minuten beträgt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen gilt eine Redezeit von jeweils fünf Minuten. In der zweiten Runde stehen noch einmal fünf Minuten Redezeit je Fraktion zur Verfügung.

Ich möchte noch einmal auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen. Ich appelliere an Sie, im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ganz frei! – Abg. Peter Hauk CDU: Sehr gut, Herr Präsident!)

Allerdings weise ich darauf hin, dass neu gewählte Abgeordnete es natürlich schwerer haben als Abgeordnete, die dem Landtag bereits länger angehören. Dass Abgeordnete noch

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

nach 15 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag ihre Rede ablesen, das gibt es aber auch.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Volker Schebesta CDU: Bin ich froh, dass ich erst seit zehn Jahren dabei bin! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da habe ich noch zehn Jahre Zeit!)

Für die einleitenden Erklärungen der SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Präsident, ich bin Ihnen dankbar, dass ich meinen Redezettel mit ans Rednerpult bringen darf.

Meine Damen und Herren! Die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte lenkt den Blick darauf, dass das Thema „Gute Arbeit“ nicht an den Werkstufen der Unternehmen und Betriebe im Land endet. Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur eine Aufgabe des Bundes und der Agentur für Arbeit. Nein, für gute Arbeit zu sorgen ist auch eine Aufgabe der Landespolitik.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion stellt sich dieser Verpflichtung und macht das Jahr 2012 zum Jahr der „Guten Arbeit“ in Baden-Württemberg. Darauf setzen wir einen Schwerpunkt in unserer Fraktionsarbeit. Die vorherige Landesregierung hat die Arbeitsmarktpolitik sträflich vernachlässigt.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, sich in der Wirtschaftskraft unserer Unternehmen zu sonnen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer macht denn das gerade?)

Diese stellen wir überhaupt nicht in Abrede. Wir wissen um die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und Betriebe sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

Wir wissen aber auch – davor verschließen wir nicht die Augen –, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit trotz der guten Konjunktur verfestigt. Über 70 000 Menschen im Land sind davon betroffen. 60 % der Arbeitslosen erhalten mittlerweile nur eine Grundsicherung. Auch dieser Anteil verfestigt sich.

Wir verschließen auch nicht die Augen davor, dass in Baden-Württemberg über 25 000 junge Menschen unter 25 Jahren Arbeit suchen. Im letzten Schuljahr haben sich etwa 12 000 Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr oder im Berufseinstiegsjahr befunden, weil sie keinen Ausbildungsvertrag in der Tasche hatten. 7 000 junge Menschen wurden in den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung qualifiziert.

Der Werdegang von 40 % der Schüler eines Hauptschuljahrgangs mündet nicht direkt in eine Ausbildung. Fast 20 % – das ist jeder Fünfte – werden überhaupt nie eine Ausbildung machen. Das sind junge Menschen, die eine bessere Perspektive brauchen, junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz und eine berufliche Zukunft verdient haben. Das ist für uns

Sozialdemokraten Grund genug, dem Thema Arbeit deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als es die vorherige Landesregierung in den letzten zehn Jahren getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, meine Damen und Herren, dass die Menschen in diesem Land, die arbeiten gehen, auch eine gute und eine sichere Arbeit haben. Deswegen werden wir Unternehmen und Beschäftigte mit einem Tariftreuegesetz schützen. Damit stärken wir die Wettbewerbschancen der Unternehmen, die anständige Tariflöhne zahlen. Die Zeit für ein Tariftreuegesetz ist überfällig. Die neuen Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament ermöglichen dies endlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollen auch, dass die vielen Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen verhaftet sind, eine menschenwürdige Arbeit erhalten. Deshalb wollen wir die Leiharbeit zurückdrängen und sie auf die Situationen begrenzen, für die sie gedacht war, nämlich das Abfangen von Auftragsspitzen. Es darf nicht sein, dass mit Leiharbeit breit angelegtes Lohndumping betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es darf nicht sein, dass 45 000 Menschen in Baden-Württemberg einer versicherungspflichtigen Arbeit nachkommen und trotzdem ergänzend auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Das belastet die Sozialkassen und ist der fleißig arbeitenden Frauen und Männer in unserem Land unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb setzen wir uns für den gesetzlichen Mindestlohn ein. Auch bei diesem Thema haben wir mittlerweile einen Verbündeten in der CDU, zumindest in Berlin. Wir sind gespannt, wie lange Sie hier im Land brauchen, bis Sie die Notwendigkeit des Mindestlohns begreifen und in Ihrer Partei dieses Thema zumindest denkreif machen. Oder wollen Sie sich auch hier, wie in der Bildungspolitik, in die Selbstisolation manövrieren?

Meine Damen und Herren, beim Thema „Gute Arbeit“ ist für uns wichtig, dass wir den Menschen, die trotz guter Arbeitsmarktlage keine Arbeit haben, deutlich bessere Integrationschancen verschaffen. Wir wollen jedem Schulabgänger eine Ausbildung ermöglichen. Deshalb setzen wir uns im „Bündnis für Ausbildung“ bei der Wirtschaft dafür ein, dass ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, auch um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern.

Für Jugendliche, deren Weg – aus welchen Gründen auch immer – nicht in eine reguläre betriebliche Ausbildung mündet, müssen wir verstärkt eine geförderte Ausbildung anbieten. Da gibt es erprobte und erfolgreiche Modelle, z. B. in der assistierten Ausbildung für Bildungsschwache mit Förderunterricht, für Zugewanderte mit Sprachförderung und Elternarbeit, für junge Mütter in Teilzeit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie herstellen zu können. Um diese Modelle in die Fläche zu bringen, ist jeder Euro, den wir in die Ausbildung junger Menschen stecken, richtig investiert und erspart uns in der Folge hohe Sozialausgaben.

(Rainer Hinderer)

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, gilt es, die Integration von Langzeitarbeitslosen und arbeitsmarktfernen Personengruppen deutlich zu verbessern. Das ist die Zielgruppe, die die Bundesregierung in ihrer Arbeitsmarktpolitik völlig abgeschrieben hat.

Am letzten Freitag hat der Bundestag mit den Stimmen von Schwarz-Gelb gegen heftigen Widerstand der SPD und zahlreicher Arbeitsmarktpartner das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt verabschiedet. Schon der Titel dieses Gesetzes ist ein Hohn. Diese sogenannte Instrumentenreform überwindet nicht die Spaltung am Arbeitsmarkt, sondern gießt lediglich das Spardiktat des Bundesfinanzministers in Gesetzesform. Arbeitsmarktferne Menschen werden weiter ausgegrenzt, und zahlreiche soziale Beschäftigungsbetriebe sind – auch bei uns im Land – in ihrer Existenz gefährdet.

Deshalb machen wir uns dafür stark, dass trotz der massiven Kürzungen im Bund – immerhin 1,3 Milliarden € werden in Baden-Württemberg bis ins Jahr 2015 in der aktiven Arbeitsmarktpolitik fehlen – die restlichen Mittel zielgerichtet für die Arbeitsmarktintegration eingesetzt werden. Wichtig ist uns, die öffentlich geförderte Beschäftigung zu entwickeln und endlich einen sozialen Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg zu realisieren.

Meine Damen und Herren, es wäre doch logisch, dass Finanzmittel, die bisher als passive Leistungen ausbezahlt werden, aktiviert werden und als Zuschuss für sozialversicherungspflichtige Arbeit in einen sozialen Arbeitsmarkt fließen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frenetischer Beifall!)

Dazu brauchen wir die Arbeitsverwaltung als Partner, und deshalb ist insbesondere auch der Bundesgesetzgeber gefragt. Bis in Berlin allerdings etwas Bewegung ins Spiel kommt, könnte Baden-Württemberg als Modellstandort entwickelt werden, an dem die Regionaldirektion gemeinsam mit der Landesregierung diesen Passiv-Aktiv-Transfer erprobt. Es ist allemal besser, Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit mit öffentlichen Mitteln zu fördern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Um die genannten Vorhaben und weitere arbeitsmarktpolitische Notwendigkeiten voranzubringen, haben wir uns mit den Grünen im Koalitionsvertrag auf ein Landesarbeitsmarktprogramm verständigt.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Das Land hatte bisher kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitsmarktpolitik. Der alten Landesregierung war dies offensichtlich auch nicht wichtig. Deshalb wollen wir, wie andere Bundesländer auch, mit eigenen Mitteln landesspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration auf den Weg bringen. Unser Ziel lautet: Gute Arbeit in Baden-Württemberg für alle, für die Qualifizierten und Leistungsfähigen, aber auch für beeinträchtigte und benachteiligte Menschen.

Bei den Zukunftsaufgaben der dringend erforderlichen Fachkräftesicherung und -entwicklung und einer gelingenden Arbeitsmarktintegration treffen sich beim Thema „Gute Arbeit“

die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik – zwei Seiten einer Medaille, der wir zu deutlich mehr Glanz verhelfen wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion der CDU spricht nun Herr Kollege Klein. Bitte schön.

**Abg. Karl Klein** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bringt in der heutigen Aktuellen Debatte ein Thema in das Plenum ein, das für die CDU-Fraktion schon immer von großer Wichtigkeit war, das ich als Selbstverständlichkeit einer aktiven Politik des Landes ansehe und das auch der Politik der von der CDU geführten Landesregierung in den letzten Jahren entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Gute Arbeit für möglichst viele auf der Basis von zwischen den Tarifpartnern vereinbarten Tarifen und Löhnen, ein gerechter und zumindest zum Lebensunterhalt ausreichender Lohn und vor allem eine gute und qualifizierte Ausbildung für die jungen Menschen in unserem Land waren unsere Devise, und das haben wir meiner Ansicht nach auch erreicht.

Allerdings – hier besteht ein Unterschied – haben wir nicht nach dem Motto „Der Staat kann und weiß alles besser“ gehandelt, sondern wir haben die verfassungsrechtlich gewährte Tarifautonomie gestärkt, wir haben sie respektiert, und wir haben sie, wo dies notwendig war, auch entsprechend gefördert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir vertrauen unserem Handwerk, wir vertrauen unserem Mittelstand, und wir vertrauen unseren Dienstleistern. Wir stellen diese Branchen nicht unter den Generalverdacht des Lohndumpings, was Sie eventuell mit dem von Ihnen geplanten Tariftrüegegesetz beabsichtigen. Wir setzen auch weiterhin auf Gespräche und Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern.

Wir haben in den letzten Jahren – das möchte ich unterstreichen – ein weltweit anerkanntes Bildungs- und Berufsausbildungssystem geschaffen und dieses den Bedürfnissen einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt angepasst.

(Beifall bei der CDU)

Dabei haben wir nachhaltige und durch Zahlen belegbare Erfolge erzielt, an denen wir dann auch die grün-rote Landesregierung messen werden. Wir werden ein sehr waches Auge darauf haben, wohin Grün-Rot dieses Land hier führen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Baden-Württemberg findet gute Arbeit auf der Grundlage eines tariflichen Lohnes statt. Mit 4,1 % haben wir die zweitniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer hinter Bayern; die SPD-geführten Bundesländer folgen mit einem respektablen Abstand. Mit einem ausgezeichneten Wert von 2,4 % haben wir die nied-

(Karl Klein)

rigste Jugendarbeitslosenquote in Deutschland und europaweit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Niemand hier in diesem Saal kann behaupten, dass wir in unserem Land nennenswerte Korruptionsprobleme hätten. Wir bekämpfen Dumpinglöhne und unsauberen Wettbewerb auf der Grundlage der bereits vorhandenen Gesetze. Dabei sind wir, meine ich, auch erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auf der Basis des bereits vorhandenen sehr hohen Beschäftigungsniveaus findet ein weiterer Beschäftigungsaufbau in Baden-Württemberg statt.

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner. Deshalb haben die Baden-Württemberger auch das geringste Armutsrisiko. Festzustellen ist, dass die Bruttolöhne derzeit Gott sei Dank wieder kräftig ansteigen. Das heißt, der Aufschwung kommt auch bei den Bürgern in Baden-Württemberg an.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gerade in der Krise haben doch die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer in ganz herausragender Weise zusammengearbeitet und unser aller Vertrauen gerechtfertigt. Das war, wie ich meine, eine Sternstunde der Mitbestimmung, das war auch eine Sternstunde unserer sozialen Marktwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber um dieses hohe Gut, das wir bei uns haben, wissen. Sie stehen deshalb zur Tarifautonomie und zur Tariftreue.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen wir keine weiteren Gesetze, weshalb wir auch den im Januar von der SPD-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf für ein Tariftreuegesetz abgelehnt haben – u. a., weil wir darin einen hohen Bürokratieaufwand und Kostensteigerungen gesehen haben. Vor allem hatte sich auch die Frage gestellt, ob es überhaupt mit europäischem Recht vereinbar ist.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Jeder Mensch, der arbeitet – das möchte ich jetzt unterstreichen –, sollte von diesem Einkommen seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Darüber sind wir uns hier in diesem Raum wohl alle einig. Die Frage ist nur, ob wir dafür einen flächendeckenden und über alle Branchen gehenden einheitlichen Mindestlohn brauchen. Auch hier halten wir es nach wie vor für den besseren Weg, individuelle und flexible Lösungen zu suchen. Wir sollten dabei auf die verfassungsrechtliche Tarifautonomie achten. Wir sollten sie respektieren und auch stärken, weil dies – ganz lapidar ausgedrückt – Ausdruck der sozialen Marktwirtschaft im Land Baden-Württemberg ist.

Deshalb haben wir den branchenspezifischen Mindestlöhnen zugestimmt, auf die sich die Tarifpartner festgelegt haben, wie z. B. letztes bei der Pflege. Wir haben dies mit eingeführt und entsprechend unterstützt. Damit will ich für die CDU-Fraktion hier im Landtag feststellen, dass wir nicht grundsätzlich gegen Mindestlöhne sind.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Allerdings sollten die Tarifvertragsparteien bzw. die Spitzenorganisationen dabei die Federführung haben und nicht übergangen werden. Dies gilt auch für die Branchen, in denen es derzeit keine festen Tarifbindungen gibt. Mindestlöhne sollten dort, wo sie notwendig sind, individuell gestaltet werden. Sie sollten möglichst einvernehmlich festgelegt werden und nicht aus gesetzlich diktierten Regelungen bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Ähnliches gilt auch für den Bereich der Leiharbeit, der angesprochen wurde. Wir wollen dieses Instrument grundsätzlich erhalten. Denn gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich doch gezeigt, dass dieses Instrument sehr wirksam war. Wir wollen nicht – das sage ich hier an dieser Stelle unmissverständlich –, dass dieses Instrument missbraucht wird, dass zunehmend Stammebelegschaften durch Leiharbeiter ersetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind bereit – das muss ich sagen –, mit allen Beteiligten über Konzepte zu sprechen, um Leiharbeit auf das zurückzuführen, was sie eigentlich sein soll. Die Leiharbeit soll für Arbeitnehmer eine Brücke in den allgemeinen Arbeitsmarkt und gleichzeitig für Arbeitgeber ein Flexibilisierungsinstrument sein.

Das von der früheren, CDU-geführten Landesregierung mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Arbeitsagenturen und den Kommunen ins Leben gerufene Ausbildungsbündnis war ein voller Erfolg. Gerade im wirtschaftlich sehr schwierigen Jahr 2009 wurden rund 76 000 Ausbildungsverträge geschlossen. In diesem Jahr gibt es in Baden-Württemberg erstmals mehr Ausbildungsstellen als Bewerber. Wichtig sind deshalb die Weiterentwicklung und Intensivierung des externen Ausbildungsmanagements und vor allem die weitere Verbesserung von Bildung und Ausbildung. Da hilft kein Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern nur die Befähigung zur Ausbildung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir müssen Vorsorge treffen, um zu erreichen, dass die Quote der Schulabbrecher weiter sinkt. Wir müssen Vorsorge treffen, damit die Absolventen vor allem ausbildungsfähig sind. Wir müssen auch dahin gehend Vorsorge treffen, dass der Staat beispielsweise über die Arbeitsagenturen zielgerichtete Hilfen zur Herstellung der Ausbildungsfähigkeit zur Verfügung stellt.

Ein Ziel muss auch sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Anteil von rund 15 % eines Jahrgangs, die derzeit noch keinen Berufsabschluss haben, weiter zu reduzieren.

(Karl Klein)

Aber wenn man diese Ziele erreichen und diese Zahlen verbessern will, darf man nicht ein gutes und bewährtes Bildungs- und Ausbildungssystem verwässern. Man darf es vor allem nicht verallgemeinern und auch nicht zur Beliebigkeit werden lassen. Dazu allerdings ist die grün-rote Landesregierung mit ihrer rein ideologisch geprägten Einheitsschule auf dem besten Weg.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Oje!)

Vielmehr sollte das derzeitige Bildungs- und Ausbildungssystem zielgerichtet und vor allem zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Denn nur dies bietet Baden-Württemberg die Gewähr dafür, dass weiterhin ein guter und gerechter Lohn bezahlt wird sowie weiterhin gute Arbeit geleistet wird und vor allem eine gute und höchst qualifizierte Ausbildung in unserem Land für alle jungen Menschen erfolgt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Herr Kollege Schoch.

**Abg. Alexander Schoch GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben von Herrn Abg. Klein gerade gehört, dass eigentlich mehr oder weniger alles in Ordnung sei. Ich denke, das ist leider Gottes nicht so. Wir haben zwar eine leistungsfähige und florierende Wirtschaft, wir haben bei uns aber auch sehr viele Defizite. Zum einen – darüber haben wir heute schon diskutiert – haben wir Defizite im Bildungssystem, zum anderen bei der Ausbildung und den Arbeitsbedingungen. Aus diesem Grund führen wir heute diese Aktuelle Debatte mit dem Titel „Gute Arbeit in Baden-Württemberg durch Tarifreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger“.

Ich möchte Sie mit einem vielleicht etwas provozierenden Vergleich konfrontieren. Wir Abgeordneten erhalten ja Abgeordnetenbezüge. Deren Höhe beruht auf entsprechenden Regelungen, die sich der Landtag gibt. Diese Bezüge bekommen wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter ausbezahlt. Sie ermöglichen es uns, ohne existenzielle Nöte hierherzukommen und unserer Arbeit nachzugehen. Wir verwalten die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger und versuchen, diese Mittel zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Hoffentlich!)

Wir regeln bisher jedoch nicht, dass den Menschen, die mit ihren Steuern auch zu unseren Bezügen beitragen, in unserem Land Löhne bezahlt werden, von denen sie leben können. Daher ist es meiner Meinung nach nicht nachvollziehbar, dass es in unserem Land auch Unternehmen gibt, die Dumpinglöhne bezahlen und durch unsere Politik auch noch dafür belohnt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, unfaire Löhne sind eine der größten Bedrohungen des sozialen Friedens und des sozialen Zusammenlebens.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Arbeit muss existenzsichernd vergütet werden. Die Bundesregierung unterstützt jedoch mit ihrer derzeitigen Politik die Ausweitung des Niedriglohnsektors. 1,3 Millionen Erwerbstätige verdienen so wenig, dass sie ihr Einkommen durch Leistungen der Grundsicherung aufstocken müssen. Dies betrifft auch Erwerbstätige in Baden-Württemberg.

Derzeit ist ein Fünftel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig. Der Anstieg der Zahl der Minijobber in Deutschland auf 7,3 Millionen zeigt zudem, dass viele Menschen mehreren Jobs nachgehen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Das ist fast jeder vierte Beschäftigte, und das sind 45 % mehr als noch vor zehn Jahren. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde diese Entwicklung endlich stoppen. Denn für immer mehr Menschen reicht ihr Lohn nicht zum Leben aus.

Über 30 % der sogenannten Aufstocker verdienen einen Stundenlohn von weniger als 4,50 €. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Baden-Württemberg liegt bei 20 %. Jeder Zweite, der aus dem Hartz-IV-System in Beschäftigung wechselt, verdient weniger als 7,50 € in der Stunde.

Statt Arbeit für alle bei fairem Lohn nahm prekäre bzw. ungesicherte Beschäftigung zu. Nach wie vor ist die Leiharbeitsbranche eine Niedriglohnbranche, die Zukunftsperspektiven aufzeigt – aber nicht für die Arbeitnehmer, sondern immer nur für die Leiharbeitnehmerbranche.

Jeder Achte ist trotz Vollbeschäftigung zusätzlich auf Hartz IV angewiesen. Tarifstandards wurden ausgehöhlt und Stammbeschaften durch Hire-and-fire-Beschäftigte ersetzt. Alle Risiken der Flexibilisierung tragen ausschließlich die Beschäftigten, während die Arbeitgeber sich ihrer Verantwortung entziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Entwicklung trägt dazu bei, dass der Sozialstaat immer mehr zu einem Bedürftigkeitsstaat wird. Um dem Ausfransen des Arbeitsmarkts nach unten einen Riegel vorzuschieben, brauchen wir gutes Geld für gute Arbeit, mindestens aber existenzsichernde Mindestlöhne.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, unverzichtbarer Bestandteil im öffentlichen Beschaffungswesen muss die Gewährleistung einer ordentlichen Bezahlung sein, um Lohn- und Sozialdumping bei öffentlichen Aufträgen zu unterbinden. Es muss verhindert werden, dass Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge untertariflich entlohnte Beschäftigte einsetzen und sich damit ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Eine derartige Praxis hat nicht nur unsoziale Folgen für die Beschäftigten. Sie gefährdet auch in erheblichem Maß die Wettbewerbsposition derjenigen Unternehmen, die tarifgebundene Arbeitsplätze anbieten. Das ist nicht nachvollziehbar. Einem solchen Verdrängungswettbewerb aufgrund der massiven Wettbewerbsverzerrungen können sich leider insbesondere mittelständische Unternehmen oftmals nur schwer entziehen. Sie müssen entsprechend reagieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, nur durch einen Mindestlohn und ein Tarifreuegesetz kann verhindert werden, dass Arbeitskräfte von Arbeitgebern ausgebeutet werden und wett-

(Alexander Schoch)

bewerbsverzerrende Löhne auch noch mit öffentlichen Geldern ausgeglichen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur ein Slogan. Es ist ein Grundsatz international vereinbarter Arbeitsbedingungen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen wieder unter den Schutz von Tarifverträgen und Sozialversicherungen gestellt werden.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Dieser richtigen Aussage, die leider immer wieder missbräuchlich von bestimmten Parteien und Politikern benutzt worden ist, müssen die richtigen Attribute zugeordnet werden: gute Arbeit, fairer Lohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir meinen es ernst mit dem Schutz vor Lohnarmut. Wir wollen, dass Armut trotz Arbeit ein Ende hat, und werden deshalb zusammen mit der SPD ein Tarifreugesetz auf den Weg bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein solches Gesetz wird darauf abzielen, durch den Einsatz von Arbeitskräften zu sozialverträglichen Arbeitsbedingungen einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und durch die Berücksichtigung qualitativer Anforderungen hochwertige, nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Leistungen für die öffentliche Hand zu generieren.

Die Vergabeentscheidungen öffentlicher Auftraggeber werden unter Berücksichtigung verschiedenster gesellschaftlicher und politischer Aspekte getroffen. Durch die Einbeziehung sozialer Kriterien ebenso wie von Aspekten des Umweltschutzes und der Gleichstellung im Vergabeverfahren soll ein solches Gesetz deshalb auch dazu beitragen, den Vorbildcharakter der öffentlichen Hand im Interesse wichtiger Gemeinwohlbelange wie Sozialverträglichkeit, Ausbildung, Integration, Umweltschutz, aber z. B. auch Energieeffizienz und Innovation zu stärken. Ein solches Gesetz kann sich auch positiv auf den Ausbildungsmarkt auswirken, da die Attraktivität von Ausbildungsplätzen auch von der Frage der Zukunftsfähigkeit eines solchen Berufs abhängt.

Gerade junge Menschen stellen sich die Fragen: Kann ich mit dem, was ich in diesem Beruf verdiene – außer dass er mir Spaß macht –, meinen Unterhalt sichern? Kann ich auch meine Familie davon ernähren? Oder ein Jugendlicher – eventuell, weil er leistungsgemindert ist – stellt sich die Fragen: Bekomme ich überhaupt eine entsprechende Förderung, wenn ich leistungsgemindert bin? Habe ich überhaupt eine Chance, am Arbeitsmarkt eine berufliche Perspektive zu bekommen?

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hoffe, wir haben Ihnen unsere Argumente für die Notwendigkeit von Mindestarbeitsbedingungen verständlich machen können, damit Sie in naher Zukunft dem baden-württembergischen Tarifreugesetz zustimmen können. Nicht „Geiz ist geil“ ist unser Motto, sondern Lohngerechtigkeit, Qualität und gute Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Für die FDP/DVP spricht jetzt Herr Kollege Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Was Kollege Klein von der CDU hier ausgeführt hat, das kann ich uneingeschränkt für richtig erklären, und ich kann ihm zustimmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe schon immer gewusst, dass die FDP der Wurmfortsatz der CDU ist!)

– Stichwort Wurmfortsatz: Ihre medizinischen Kenntnisse hinsichtlich des Wurmfortsatzes sollten Sie, glaube ich, einmal irgendwo überprüfen lassen.

Meine Damen und Herren, ich werde deshalb hier noch einige andere Gedanken hinzufügen. Das, was ich gerade von Ihnen, dem werten Kollegen der Grünen, gehört habe, könnte den Eindruck erwecken: Jeden Augenblick bricht das Elend aus; im Bundesland Baden-Württemberg ist es ganz schlimm. Warum werden wir von anderen Bundesländern so beneidet, und warum ziehen so viele Menschen zu uns? Doch nicht deshalb, weil es hier so elend wäre, sondern deshalb, weil wir hier hervorragende, attraktive Arbeitsplätze haben und auch eine ganz ordentliche Bezahlung für die Leistungen, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger am Arbeitsmarkt erbringen.

Meine Damen und Herren, wieder einmal befassen wir uns heute mit dem SPD-Dauerbrennerthema Tarifreugesetz & Co. Wir haben bereits im Jahr 2007 unter der Drucksachennummer 14/849 über einen Entwurf für ein Tarifreugesetz diskutiert; im Vorfeld der Landtagswahl gab es erneut einen Gesetzentwurf hierzu. Damals haben Sie, meine Damen und Herren, den Gesetzentwurf eingebracht. Die letzte Debatte hierzu fand am 2. März 2011 statt. Sie sind heute in der Regierung. Deshalb hätte ich eigentlich erwartet, dass ein Gesetzentwurf vorliegt, aus dem sich auch konkret ergibt, was Sie wollen, statt dass wir hier eine Aktuelle Debatte mit irgendwelchen Hinweisen führen.

Mich würde vor allem interessieren, wie Sie zum europäischen Recht stehen und wie der Gesetzentwurf, den Sie planen, dann ausschaut, dass er mit europäischem Recht konform ist. Ich weise dazu auf das Ruffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofs hin. Mich interessiert auch, ob ein solcher Gesetzentwurf, wenn er europarechtskonform wäre, mehr als eine bloße deklaratorische Wirkung entfalten würde.

Übrigens ist der 1. Mai 2011 mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit verstrichen, ohne dass ganze Horden aus dem Osten unser Land überflutet hätten, wie dies manche Gewerkschafter oder auch SPD-Politiker befürchtet haben und wie Sie es an die Wand gemalt haben.

Beim gesetzlichen Mindestlohn gilt für uns unverändert, dass die Politik nicht für die Lohnfindung geeignet ist, sondern dass dies in erster Linie Sache der Tarifpartner ist und auch bleiben soll.

Sie bringen heute einen alten roten Ladenhüter namens „Flächendeckender und branchenübergreifender Mindestlohn von

(Dr. Friedrich Bullinger)

8,50 €“. Im Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20. April 2009 gibt es schon sehr viele gute und, wie ich glaube, auch ausreichende Beispiele. Dort steht schon heute – ich zitiere –:

*Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Andere oder weiter gehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen ist.*

Hier wollen Sie ansetzen.

Doch statt nur im Gesetz zu lesen, hätten Sie auch einmal einen Blick in die Handreichung „Die Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht“ werfen sollen. Ich zitiere auch hieraus:

*Auf der Grundlage der Vergaberechtsreform kann nun ... sowohl die Beachtung grundlegender Sozialstandards bei Lieferleistungen aus Entwicklungs- und Schwellenländern als auch die Einhaltung von allgemein verbindlichen Mindestlöhnen bei in Deutschland auszuführenden Dienstleistungen gefordert werden.*

Allgemein verbindliche Mindestlöhne bestehen aufgrund des Arbeitnehmerentendengesetzes und des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes.

Eines möchte ich doch noch erwähnen. Das Land hat bereits durch Ministerratsbeschluss vom 21. Juli 1997 – ich wiederhole: 1997 – eine Stammpersonalklausel eingeführt. Danach dürfen bei Hochbau- und Straßenbauaufträgen des Landes nur solche Unternehmen berücksichtigt werden, die mindestens 70 % der Bauleistung mit eigenem Stammpersonal erbringen. Diese Unternehmen müssen sich auch verpflichten, gegebenenfalls nur solche Nachunternehmer zu berücksichtigen, die diese Anforderungen ebenfalls erfüllen. Das Stammpersonal muss dem öffentlichen Auftraggeber dies auch vorab nachweisen. Diese Liste muss bei Razzien den Mitarbeitern des Hauptzollamts, also der Finanzkontrolle im Hinblick auf die Schwarzarbeit, ausgehändigt werden.

Mit dieser eigentlich primär mit Zuverlässigkeitsaspekten begründeten vertraglichen Verpflichtung wird einer zunehmenden Beschäftigung von Arbeitskräften aus Billiglohnländern auf den Baustellen des Landes entgegengewirkt und das heimische Handwerk bzw. Baugewerbe geschützt. – So weit das Beispiel aus dem Baubereich.

Was nun Ihre Forderungen bezüglich der Ausbildung für jeden Schulabgänger anbelangt, darf ich auf die soeben geführte Aktuelle Debatte zur Bildung hinweisen.

Das wichtigere Thema, meine Damen und Herren, wird vor allem bei uns der Facharbeitermangel sein. Ich glaube, nicht fehlende Lehrstellen, sondern fehlende Lehrlinge, nicht fehlende Studienplätze, sondern weniger Hochschulabsolventen, insbesondere im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich, sind das Thema. Der demografische Wandel wird hier

sehr vieles verändern und das, was Sie vorhaben, auch erledigen.

Mit einem Tariftrueugesetz stellen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, eines unter Beweis: Sie sind und bleiben die Partei der Staatsdemokratie.

(Lachen der Abg. Helen Heberer SPD)

Sie wollen die Einrichtung einer Servicestelle beim Regierungspräsidium Stuttgart sowie die Bildung einer Kommission zur Überprüfung der Höhe des Mindestlohns. Damit sind Sie auch Treiber von massivem Bürokratieaufbau statt Bürokratieabbau. Sie engen damit auch die freien Berufe, das Handwerk und den Mittelstand erheblich ein.

Diese Arbeitgeber, meine Damen und Herren, brauchen gute Mitarbeiter. Sie brauchen qualifizierte Mitarbeiter und nicht noch mehr Vorschriften – so, wie Sie es vorhaben. Mit Ihren Absichten unter dem Stichwort „Gute Arbeit“ sorgen Sie eher für weniger Arbeit und werden vor allem den Schwächeren hinsichtlich ihrer Wiedereinstiegs- und Aufstiegschancen keinen Gefallen tun.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Regierung spricht nun die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gute Arbeit sorgt für Teilhabe, und gute Arbeit sorgt damit auch für ein gutes Leben. Deshalb hat sich die neue Landesregierung zum Ziel gesetzt, Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit zu machen. Ich möchte an dieser Stelle bemerken: Als ich das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren übernommen habe, habe ich alles Mögliche vorgefunden, aber keine aktive Arbeitsmarktpolitik. Dies, meine Damen und Herren, werden wir ändern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die war im Wirtschaftsministerium angesiedelt!)

Ich möchte ein paar Zahlen nennen. Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg hat sich erfreulicherweise positiv entwickelt. Aber der Aufschwung geht leider an immer mehr Menschen vorbei. So waren im letzten Jahr in unserem Land rund 230 000 Menschen arbeitslos. 70 000 davon waren Langzeitarbeitslose, und 27 000 von diesen waren seit über zwei Jahren arbeitslos. 7 000 dieser schon längere Zeit arbeitslos gemeldeten Menschen hatten gesundheitliche Einschränkungen, und fast 12 000 – Herr Klein, hören Sie zu; dies sage ich in Erwiderung auf Ihre Ausführungen von vorhin – verfügten nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Ich denke, an dieser Stelle wird deutlich, wo die Herausforderungen liegen, denen wir uns in der Zukunft stellen müssen. Deswegen sage ich noch einmal: Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, und wir wollen gute Arbeit für mehr Teilhabe der Menschen.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Das bedeutet zunächst einmal, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, und zwar dahin gehend, dass Unternehmen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen, im Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Deshalb brauchen wir ein Tariftreuegesetz, das sicherstellt, dass öffentliche Aufgaben des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten auch Tariflöhne zahlen.

(Zuruf von der CDU: Das machen wir schon!)

– Wenn Sie sagen, das alles geschehe schon heute, dann können Sie doch eigentlich nichts gegen ein Tariftreuegesetz haben. Denn dann brauchen Sie sich zumindest an dieser Stelle überhaupt keine Sorgen zu machen, und alles bekommt noch seinen gesetzlichen Rahmen,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Mehr Bürokratie bringt nicht mehr Arbeit!)

und dann ist es gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein weiterer Punkt – er richtet sich allerdings an den Bund – ist die flächendeckende Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, um für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Denn es kann nicht sein, dass es teilweise Löhne gibt, die so niedrig sind, dass die Arbeitnehmer davon nicht leben können. Es gibt eine hohe Zahl von Menschen im Land, die aufstockende Leistungen beziehen müssen, obwohl sie einer ordentlichen Tätigkeit nachgehen. Dazu kann ich Beispiele nennen. Das ist durchaus nicht nur in Branchen der Fall, die irgendwo ganz unten angesiedelt sind, sondern das gilt auch für soziale Berufe. Alleinerziehende Arbeitnehmer im sozialen Bereich mit zwei Kindern können in der Region Stuttgart auch dann nicht von ihrem Gehalt leben, wenn sie einer Teilzeittätigkeit im Umfang von 80 % nachgehen. Sie sind gezwungen, aufstockende Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Ein ganz wichtiger weiterer Punkt im Hinblick auf die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist: Die Leiharbeit muss wieder zu dem gemacht werden, was sie ursprünglich einmal sein sollte, nämlich ein zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung großer Auftragsschwankungen. Leiharbeit darf nicht dazu führen, dass ganze Stammbeschaftungen ausgewechselt und durch Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ersetzt werden. Vor allem darf Leiharbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zu Lohndumping führen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb werden wir im Hinblick auf die Bundespolitik gemeinsam mit anderen Ländern entsprechende Initiativen ergreifen. Das Tariftreuegesetz wird federführend vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft auf den Weg gebracht.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Und was machen Sie selbst?)

– Dazu komme ich noch. Nur langsam. Haben Sie ein bisschen Geduld.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen, von dem vorhin auch schon die Rede war. Es wurde gesagt, für die Arbeitsmarktpolitik seien hauptsächlich der Bund und die Bundesagentur zuständig. Wenn das so ist, dass der Bund in diesem Maß für die Arbeitsmarktpolitik zuständig ist, möchte ich

ihn doch auffordern, seiner Verantwortung gerecht zu werden und nicht das zu tun, was geschehen ist: Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sind Kürzungen vorgenommen worden.

Ich fordere Sie auf, dazu aufzurufen, dass ein absoluter Wandel am aktiven Arbeitsmarkt geschieht und dass letztlich, insbesondere für Langzeitarbeitslose, die Abkehr vom Prinzip „Fördern und Fordern“ eingeleitet wird. Gefördert wird nämlich nach der Instrumentenreform des Bundes überhaupt nicht mehr, sondern es wird in eine Ecke geschoben, und Teilhabe wird verweigert. Gerade Menschen, an denen der Aufschwung am Arbeitsmarkt bisher vorbeigegangen ist, wird dadurch die Chance genommen, wieder Zugang zur Erwerbsarbeit zu finden.

Wir sind der Auffassung, dass eine sozial verantwortliche Politik den Menschen auch Perspektiven bieten muss. Deshalb werden wir ein Arbeitsmarktprogramm auf den Weg bringen und durch einen sozialen Markt den Menschen, die schon lange arbeitslos sind, wieder Chancen für die Teilhabe am Erwerbsleben eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dabei wird es um das Schließen von Lücken bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten gehen. Dazu sage ich deutlich: Es kann nicht sein, dass wir die Aufgaben übernehmen, die im Bund nicht oder nicht mehr gemacht werden. Trotzdem ist es uns auch angesichts des Fachkräftemangels nicht nur in der Zukunft, sondern auch schon in der Gegenwart wichtig, dass wir fördern, dass wir die Menschen, wo es geht, am Arbeitsmarkt teilhaben lassen. Deswegen werden wir die Instrumente an den Stellen weiterentwickeln, an denen es sinnvoll und zweckmäßig ist.

Wir wollen mehrere Elemente einbauen. Wir wollen durch nachhaltige Unterstützung und Betreuung in Aus- und Weiterbildung mehr Chancen für die Benachteiligten schaffen. Wir wollen Jugendliche, die Probleme haben und deshalb oft eine Ausbildung nicht zum Abschluss bringen können, intensiv in allen Belangen ihres Lebens begleiten, sodass es ihnen ermöglicht wird, eine Ausbildung zu beenden und in ihrem Beruf tätig zu werden.

Wir wollen deshalb die assistierte Ausbildung, die es im Land bereits modellhaft gibt, ausweiten und als ein wichtiges Element weiterführen.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Wenigstens das!)

– Was heißt das? – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren:

*Auch in Zukunft wird die Gesellschaft dadurch geprägt sein, dass die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei Weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit. Wenn gleich dieses ethisch begründete Anrecht auf Erwerbsarbeit nicht zu einem individuell einklagbaren Anspruch werden kann, verpflichtet es die Träger der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik, größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu gewährleisten.*

(Ministerin Katrin Altpeter)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Zitat stammt aus dem noch immer hochaktuellen Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997.

Die Landesregierung greift dieses Wort beim Thema „Gute Arbeit“ auf. Wir wollen Brücken bauen, um die Spaltung zu überwinden, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Wir sehen dies als eine wichtige Zukunftsaufgabe, für die wir auch bereit sein müssen, einiges zu stemmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hinderer. Er hat noch eine Minute Redezeit.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich ganz herzlich bei Frau Ministerin Altpeter bedanken, dass sie das Thema „Gute Arbeit“ so engagiert aufgreift und ein Landesarbeitsmarktprogramm in Aussicht stellt.

Sie haben gesagt, Sie hätten in Ihrem Haus keine aktive Arbeitsmarktpolitik vorgefunden. Sie müssen diesbezüglich weit in den Keller hinuntersteigen, weil die arbeitsmarktpolitischen Programme im Jahr 2000 beerdigt wurden. Es gab das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und ein Programm für Langzeitarbeitslose. Damit wurden viele Menschen in Arbeit gebracht. Die Regierung von CDU und FDP/DVP hat diese Programme bereits im Jahr 2000 in den Keller gebracht.

Ansonsten höre ich, Herr Kollege Klein, viel Übereinstimmung bei der Analyse der Probleme am Arbeitsmarkt. Sie wollen, dass das Einkommen den Lebensunterhalt sichert. Sie wollen den Missbrauch bei der Leiharbeit bekämpfen. Sie wollen die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen verbessern. Allerdings vermisse ich die politischen Konsequenzen, wenn es darum geht, diese Einsichten in Gesetze umzuwandeln. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie dem existenzsichernden Mindestlohn zu, stimmen Sie unserem Tariftreuegesetz zu, und machen Sie sich dort für die geförderte Ausbildung stark, wo die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Es liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Abg. Klein vor. Er hat noch 20 Sekunden Redezeit.

**Abg. Karl Klein CDU:** Herr Kollege Hinderer, eigentlich habe ich nichts mehr sagen wollen, aber ich will Ihnen noch eines mitgeben: Eine gute Wirtschaftspolitik ist eigentlich die beste Sozial- und vor allem auch Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger  
FDP/DVP: So ist es!)

Es gab einmal einen Bundeskanzler von der SPD, der gesagt hat, er trete zurück, wenn unter seiner Regierung eine gewisse Quote bei der Arbeitslosigkeit nicht unterschritten werde.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 6 %!)

Im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosenquote insgesamt legen wir diesen Level in Baden-Württemberg an. Wir nehmen an, dass das auch von Ihnen so gesehen wird.

Liebe Frau Ministerin Altpeter, eines möchte ich Ihnen mitgeben; dazu können Sie auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister mit Zugehörigkeit zur SPD fragen: In 20 Jahren habe ich bei Ausschreibungen bisher einen Fall erlebt, bei dem wir ein Angebot zurückgewiesen haben, weil der Tariflohn nicht eingehalten wurde. Ansonsten stellt das bei uns kein Problem dar.

(Zuruf von der SPD: Aber es kommt vor!)

Wir können dies mit bestehenden gesetzlichen Regelungen lösen. Aufgrund dessen brauchen wir dafür kein zusätzliches Gesetz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S-21-Kündigungsgesetz) – Drucksache 15/496**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/528**

**Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler**

**b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Staatsministeriums – Volksabstimmung Stuttgart 21 – Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren – Drucksache 15/508**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Abg. Hauk, das Wort. Bitte schön.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir sehr intensiv über die Kosten des Bahnprojekts S 21 diskutiert. Letztlich wurden auch jede Menge Irrmeldungen gestreut. Aber wir wissen, der Kostenrahmen wird eingehalten: 4,1 Milliarden €. Der Puffer ist nach wie vor vorhanden. Es gibt keine Kostensteigerungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe  
von den Grünen)

Ich zitiere:

*Bei Stuttgart 21 sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine Kostensteigerungen zu erwarten.*

(Peter Hauk)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Achtung, Achtung! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu den Grünen: Zuhören! – Zuruf von den Grünen: Wenn man die Augen zumacht, sieht man nichts!)

Bei diesem Zitat handelt es sich um eine Aussage der Landesregierung, die unterzeichnet ist von Winfried Hermann, dem Minister für Verkehr und Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Diese Aussage wurde auf Anfrage eines Grünen-Kollegen zu einem Zeitpunkt getroffen, als der Gesetzentwurf bereits vorhanden war. Zunächst einmal zitieren Sie Aussagen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom November 2010.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: November 2010?)

– November 2010. Aber dann, Kollege Schwarz, sagt die Landesregierung im letzten Absatz der Stellungnahme zu Ziffer 2 des Antrags Drucksache 15/272:

*Der Landesregierung liegen darüber keine aktuellen Kostenberechnungen der DB Netz AG vor:*

Sie hat sich ausdrücklich auf die Wirtschaftsgutachten – übrigens, einer der Gutachter war auch von den Grünen oder von den Stuttgart-21-Gegnern benannt – bezogen.

Meine Damen und Herren, damit fällt Ihre Begründung der Kostensteigerung, die Sie immer als möglichen Kündigungsgrund gesehen haben, in sich zusammen. Sie haben vorhin gegen Aussagen von mir interveniert. Wenden Sie sich in dieser Frage an Ihren Verkehrsminister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man fragt sich dann zu Recht, wie dieselbe Landesregierung in der Begründung zum vorliegenden Gesetz Ende Juli oder Anfang August, also zur gleichen Zeit, als zu diesem Antrag Stellung genommen wurde – das war am 8. August –, zu der Aussage kommt:

*In Kenntnis der inzwischen bekannten Kostensteigerungen ...*

Irgendjemand lügt hier.

(Zurufe von den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer?)

Sie sagen einerseits: „In Kenntnis der inzwischen bekannten Kostensteigerungen ...“ Andererseits sagen Sie: „Der Landesregierung liegen keine Kostenberechnungen vor“ und verweisen auf die Wirtschaftsgutachten, die keine Anhaltspunkte geben. Sie sollten den Widerspruch einfach aufklären, auch den Widerspruch bezüglich des zeitlichen Zusammenhangs. Das ist eine ganz entscheidende Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir fragen natürlich, welchen Sinn das Kündigungsgesetz der neuen Landesregierung noch hat.

Die Stellungnahme des Verkehrsministeriums zur Einhaltung des Kostenrahmens ist zwischenzeitlich aber auch durch Fakten abgesichert worden, denn die Bahn AG hat inzwischen über ein Viertel der Vergaben – bis Ende 2011 werden es so-

gar über die Hälfte der Vergaben sein – durchgeführt. Darunter fallen dann auch die großen Tunnelbauwerke. Besonders sie wären im Hinblick auf Kostensteigerungen eher risikoreich gewesen.

Wo ist jetzt die Kostensteigerung? Es gibt sie nicht.

(Lachen bei den Grünen)

Es gibt sie nicht. Das wird nur behauptet. Die aktuelle Pressemitteilung des Verkehrsministers behauptet erneut, dass es sie gibt. Es gibt hierfür derzeit keine Anhaltspunkte. Diese Aussage stimmt. Die Aussage stimmte am 8. August, und sie stimmt auch heute, am 28. September. Ich kann natürlich gut verstehen, dass das dem grünen Teil der Landesregierung überhaupt nicht passt, denn das Argumentationsgebäude bricht zusammen. Zurück bleiben die Trümmer, die der Minister nachher wahrscheinlich wieder wortreich kaschieren wird. Ich bin gespannt, welches Märchen Sie uns heute wieder erzählen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Fantasie zu S 21 und zur Verdrehung der Fakten scheint grenzenlos zu sein. Aktuelles Beispiel: Sie erzählen der Presse, die Bahn plane ihren Ausstieg und berechne im Hintergrund schon mögliche Ausstiegskosten ein. Dass es sich in Wirklichkeit aber um die Schadensersatzsumme handelt, die unsere Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssten, wenn das Land vertragsbrüchig wird, das passt natürlich nicht in Ihr Weltbild. Deshalb wird flugs eine neue Geschichte erfunden.

Es passt deshalb nicht in Ihr Weltbild, Herr Minister Hermann, weil Sie dadurch Ihr einzig verbleibendes Schreckgespenst begraben müssten. Ausgangspunkt Ihrer Gesetzesbegründung sind nämlich immer die sogenannten vermeintlichen Kostensteigerungen bei S 21. Sie dienen aus Ihrer Sicht als Vorwand, überhaupt ein Kündigungsgesetz, das rechtlich bar jeder Möglichkeit ist, zu rechtfertigen. Angesichts der nun bekannten Fakten müssten Sie eigentlich Ihren Begründungstext in wesentlichen Teilen ändern.

Um es den Menschen in Baden-Württemberg noch einmal deutlich zu sagen: Es geht bei der geplanten Volksabstimmung nicht um eine Grundsatzentscheidung für oder gegen Stuttgart 21. Es geht am 27. November darum, ob das Land vertragsbrüchig wird und eine Kündigung anstrebt, wo es überhaupt kein Kündigungsrecht gibt. Es geht darum, ob es in diesem Land noch Verlässlichkeit und eine Basis für Vertrauen in bestehende Verträge im Baurecht und in Gerichtsurteile gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Es geht am Ende darum, ob wir 1,7 Milliarden € – manche sprechen sogar schon von 2,5 Milliarden € – für nichts bezahlen wollen. 824 Millionen € kostet der Bau von Stuttgart 21 das Land Baden-Württemberg. Bis zu 2,5 Milliarden € an Steuergeldern würden wir für den Ausstieg des Landes aus Stuttgart 21 bezahlen müssen, und wir hätten nichts.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Woher wissen Sie denn das?)

(Peter Hauk)

Wir hätten einen alten Bahnhof, wir hätten alte Gleise, wir wären international abgehängt. Die Regionalverkehre wären auch abgehängt. Wir hätten nichts. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

In Ihrer Gesetzesbegründung sprechen Sie davon, dass sich die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis neu stelle. Vielleicht sollten Sie sich weniger die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis von Stuttgart 21 stellen als vielmehr nach dem von Ihnen, Herr Hermann, als Verkehrsminister.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Nur betretenes Schweigen dazu, mit welchen Mitteln mögliche Alternativtrassen an welchen Stellen überhaupt gebaut werden sollen. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen über mögliche Alternativen, zu denen keine Pläne, schon gar keine Machbarkeitsstudien und keine Planfeststellungsverfahren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon gar keine Kosten!)

geschweige denn eine Finanzierung vorliegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich sage nur: Flughafenanbindung!)

Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben aber, wenn sie in dieser Frage entscheiden sollen, ein Anrecht darauf, zu wissen, worum es eigentlich geht und welche Folgen das Ganze für sie hat. Sie müssen wissen, welche Kosten zusätzlich zu den Schadensersatzsummen von bisher wohl 2,5 Milliarden € aus dem Projekt noch hinzukommen, etwa Kosten für die Gleissanierung, Kosten für die Sanierung des Bahnhofsgebäudes, Kosten für mögliche oberirdische Alternativstrecken, Kosten für neue Tunnel, Kosten für den dann völlig ungeklärten Anschluss der Neubaustrecke.

Die Menschen müssen wissen, mit welchen Verzögerungen sie rechnen müssen, wenn das Projekt nicht kommt. Sie müssen wissen, dass es mindestens fünf, sieben, acht Jahre bis zur Planung dauert, dass die Finanzierung einer Alternative längst nicht gesichert ist und wahrscheinlich nie gesichert wird, weil die Alternativstrecke schon steht. Das war ja der Grund, weshalb wir uns überhaupt an der Neubaustrecke beteiligen: weil die Alternativstrecke Frankfurt–Würzburg–Nürnberg–München bereits steht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das ist doch der ganz entscheidende Punkt.

Die Bahnreisenden, auch die Pendler, müssen wissen, was es für sie bedeutet, wenn in mehrjähriger Arbeit das Gleisvorfeld des Stuttgarter Hauptbahnhofs im laufenden Betrieb saniert würde. Die Menschen im Neckartal müssen wissen, dass nach dem Willen der Grünen eine dort geplante Eisenbahnbrücke über ihre Köpfe hinweggeht

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch!)

und die Züge darüberdonnern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die neue Kultur! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Kultur des Überfahrens! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, irgendwo werden Sie bauen müssen. Ob überirdisch oder unterirdisch – irgendwo werden die Bauarbeiten stattfinden müssen, wenn Sie sich zur Neubaustrecke bekennen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

All diese Fragen und viele andere lassen Sie aber ganz bewusst offen. Sie versäumen es, den Menschen alle wirklich notwendigen Fakten zu liefern. Sie reden immer nur von Zuhören und von Transparenz.

Wir haben ein klares Ja zur Volksabstimmung gegeben, weil wir der Meinung sind, dass kein Gericht über die Kündigung von Stuttgart 21 entscheiden kann, dass kein Gericht über die Heimlichkeiten entscheiden kann,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

die der grüne Verkehrsminister und der grüne Teil der Landesregierung rund um dieses Gesetz machen, dass kein Gericht über Ihr Rechtsverständnis – auch über Ihr Verfassungsverständnis – und kein Gericht über Ihren Umgang mit den Menschen im Land, Herr Minister, entscheiden kann. Diese Entscheidung können nur die Menschen in diesem Land treffen. Wir werden alles dafür tun, dass die Menschen tatsächlich erfahren, worum es bei dieser Volksabstimmung geht.

Jetzt sind auch Sie, Herr Ministerpräsident, am Zug. Sagen wenigstens Sie den Menschen, worum es bei der Volksabstimmung geht. Machen wenigstens Sie die Folgen deutlich. Sagen Sie, dass ihnen bei einem Ausstieg des Landes tief in die Taschen gegriffen wird. Sagen Sie den Menschen, dass Baden-Württemberg verkehrstechnisch abgehängt wird, wenn S 21 nicht kommt,

(Oh-Rufe von den Grünen)

und dass hier vermutlich die nächsten 25 Jahre gar nichts passieren wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie auf der Zuhörertribüne)

Sagen Sie den Menschen, dass wir bei einem Ausstieg bis zu 2,5 Milliarden € bezahlen und die Projektpartner vielleicht auch ohne uns weiterbauen; rechtlich besteht diese Möglichkeit ja.

Sagen Sie den Menschen, dass sich die Regionalverkehre von Tübingen, von Reutlingen, von Singen, von Heilbronn, von Ulm, von Aalen etc. eben nicht beschleunigen, dass das Land nicht enger zusammenrückt, sondern weiter abgehängt bleibt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Sagen Sie den Menschen, dass sie nach Ihren Vorstellungen nur deshalb zu Wort kommen, weil die Regierung am Ende

(Peter Hauk)

nicht in der Lage ist, eine Entscheidung zu treffen. Das ist doch der wahre Grund für diese Volksabstimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Sagen Sie den Menschen, dass es eine Erfindung der Sozialdemokraten war, die wegen ihrer Entscheidungsunfähigkeit einen Weg zur Volksabstimmung gesucht haben. Sagen Sie den Menschen, wie selbst in Ihren eigenen Anträgen und den Stellungnahmen der Landesregierung zu lesen ist, dass es einen offenen Dissens in dieser Koalition gibt und dass Sie, wenn man so will, als Ausweg das Volk ein Stück weit missbrauchen wollen, um diesen Dissens am Ende zu lösen. Genau das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Aber bisher sagen Sie nichts.

**Präsident Willi Stächele:** Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Peter Hauk** CDU: Ich würde gern fortfahren; vielleicht am Ende meiner Rede.

**Präsident Willi Stächele:** Dann wird die Zwischenfrage am Ende der Rede gestellt.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Derzeit, Herr Ministerpräsident, sagen Sie gar nichts. Sie sprechen nicht mit dem Parlament. Sie sprechen darüber auch nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern – jedenfalls ist davon nichts in der Zeitung zu lesen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Woher wissen Sie das denn? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na!)

Sie hoffen immerhin auf ein Wunder.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nach so viel Papst wird es schon klappen!)

Das ist ganz ordentlich.

Wir wollen aber heute von Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch eine klare Position hören. Wir wollen wissen, ob Sie das Ergebnis der Volksabstimmung uneingeschränkt akzeptieren. Wir wollen, dass Sie den Menschen endlich reinen Wein einschenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen wissen, ob Sie sich auf der Basis des Demokratieprinzips – auf dieser Basis sind Sie auch gewählt worden – auch zu Recht und Verfassung bekennen und auch ein Ergebnis akzeptieren würden, das Ihren Vorstellungen nicht entspricht. Was tun Sie, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Ihr Gesetzeswerk stimmt? Was tun Sie, wenn das nötige Zustimmungsquorum nicht erreicht wird? Derzeit untersagen Sie es Ihrem Koalitionspartner, seine Position zu S 21 vor der Volksabstimmung kundzutun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? – Abg. Andreas Stoch SPD: Das sehen wir nicht so! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr peinlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Einen Maulkorb habt ihr bekommen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Politik des Zumauerns! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das war ein Machtwort des Ministerpräsidenten; so war es überall zu lesen. Ich kann nur das zitieren, was in der Zeitung steht. Der SPD-Landesvorstand hat sich dem auch gebeugt. Ihre Partei, Herr Ministerpräsident, bekennt sich dagegen öffentlich zu einem Bündnis, u. a. mit den extremistischen Linken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dann sagen Sie noch entschuldigend, das sei nicht so problematisch; denn es sei eine Partei, die nicht im Landtag vertreten ist.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Worüber wir alle miteinander froh sind!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Wenn Sie, die Sie auf der Basis des Demokratieprinzips gewählt worden sind und in dieses Amt gekommen sind, ein Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen und unter Parteien, die mit einer hohen Zustimmungquote von der Bevölkerung in diesen Landtag gewählt worden sind, nicht akzeptieren, wohl aber ein Bündnis mit extremistischen Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind, dann frage ich Sie: Wo ist Ihr Demokratieverständnis?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vorgestern erklärten die Partner im Bündnis gegen S 21 – sogar Ihr Landesvorsitzender – bei einer Pressekonferenz, dass man die Situation neu bewerten müsse, wenn das Quorum nicht erreicht werde. Manche sprechen auch davon, dass der Protest weitergehen werde, egal, wie die Abstimmung ausgeht.

Wenn das Gesetz heute abgelehnt wird und wir dann auf Antrag einer Minderheit im Parlament – vielleicht auch einer Mehrheit; das weiß ich nicht – in eine Volksabstimmung eintreten,

(Zurufe der Abg. Andrea Lindlohr und Edith Sitzmann GRÜNE)

dann tun wir dies nach unseren geltenden Gesetzen und entlang unserer Verfassung. Jetzt haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Chance, Ihre Position zu den eben gestellten Fragen darzulegen.

Sie sprechen in der Summe von Kündigungen, wo es kein Kündigungsrecht gibt. Wohl deshalb ist in der Gesetzesbegründung zu lesen:

*Der Regelungsgehalt des Gesetzentwurfs verzichtet bewusst darauf, einen konkreten Kündigungsgrund festzulegen.*

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, das ist die Klarheit, Wahrheit und Transparenz, die zumindest die Grünen beim Regierungsantritt immer verkündet haben: Die Bürgerinnen und Bürger werden gar nicht auf einen bestehenden Kündigungsgrund verwiesen, in der Hoffnung, dass sie am Ende gar nicht genau wissen, worüber sie eigentlich abstimmen, weil Sie stets suggerieren, dass es um die Frage „Stuttgart 21, ja oder nein?“ geht. Letztendlich läuft es doch darauf hinaus, dass die Menschen die Hand zum Vertragsbruch heben sollen.

(Abg. Ulrich Müller CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir werden die Zeit bis zur Volksabstimmung nutzen. Wir werden sie nutzen, um Transparenz zu schaffen und auch ein Stück weit für mehr Demokratie zu sorgen.

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir helfen gern!)

Sie werden die Zeit nutzen, um zu provozieren. Sie werden die Zeit nutzen, um die Menschen zu provozieren.

(Zuruf von den Grünen: Das macht doch die CDU! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir werden mit Argumenten überzeugen, Herr Kollege!)

Sie werden die Zeit nutzen, um neue Gerüchte, falsche Tatsachen und Schauermärchen in die Welt zu setzen, um den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Sie sind nicht darauf aus, die Situation zu befrieden, sondern darauf, neue Wut und Kravalle zu produzieren. Der Kern, weshalb wir uns für die Volksabstimmung ausgesprochen haben, weshalb wir den Weg mitgehen, liegt darin, dass diese Koalition nicht fähig sein wird, dieses Land und dieses Projekt S 21 am Ende zu befrieden. Vielmehr wird in der Tat – so sehen wir das auch – nur das Volk das Thema befrieden können. Aber Sie sollten in der Frage der grundsätzlichen und unbeschränkten Anerkennung auch des verfassungsrechtlichen Ergebnisses einer solchen Volksabstimmung bereits heute einen klaren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden klar sagen: Zu diesem Gesetz kann es nach dem Weg, wie es zustande kam – der Inhalt ist bedenklich –, letztlich nur ein klares Nein geben. Es kann nur ein Nein geben zu diesem Weg, zum Vertragsbruch,

(Zuruf von den Grünen – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

zu den grünen Tarnmanövern, zum Ausstieg aus Stuttgart 21 und zu Ihrem Kündigungsgesetz.

Deshalb bitten wir alle wahlberechtigten Menschen in Baden-Württemberg: Nutzen Sie Ihr Stimmrecht. Gehen Sie am 27. November zur Abstimmung, und sorgen Sie an diesem Tag mit Ihrer Stimme für eine klare Entscheidung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit ihrem Nein! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE steht an einem Saalmikrofon.)

**Präsident Willi Stächele:** Meine Damen und Herren, eine Frage ist jetzt nicht mehr zugelassen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das hat er doch vorhin zugesagt! „Am Ende“!)

– Aber es ist die freie Entscheidung des Redners, inwieweit er eine Frage noch zulässt. Kollege Lehmann, ich bitte das zu beachten.

Wir fahren in der Debatte fort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU zu den Grünen: Euer Minister lässt es doch auch nicht zu! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU – Unruhe)

– Bitte keine Debatte darüber. Es ist jetzt entschieden.

Für die Fraktion GRÜNE hat nun Kollege Renkonen das Wort.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Er kann jetzt alles fragen! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kam mir gerade vor wie in einem Landestheater und nicht wie im Landtag, Herr Hauk.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wegen euch!)

Das war eine bühnenreife Vorstellung von Ignoranz

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bleiben Sie seriös, bitte!)

und Haarspalterei.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haarspalterei! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Wahrheit tut weh, Herr Kollege!)

– Sie verdrehen die Wahrheit die ganze Zeit, und Sie können die Wahrheit nicht akzeptieren.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Klein CDU: So ein Schrott! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die CDU-Fraktion kuscht vor der Deutschen Bahn AG, und das schon die ganze Zeit.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! Sie machen sich selbst lächerlich! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben Respekt vor Beschlüssen und Verträgen!)

Sie haben dieser grün-roten Landesregierung mit Stuttgart 21 ein gewaltiges Ei ins Nest gelegt. Das muss man einmal ganz klar sagen. Jetzt lenken Sie von Ihrem eigenen Problem ab.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie haben doch ein Problem! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Zum Thema Bürgerbeteiligung will ich nur so viel sagen: Die CDU hat die Bürgerbeteiligung jahrelang nicht zugelassen und

(Daniel Renkonen)

das Quorum für die Volksabstimmung, für das sich SPD und Grüne eingesetzt haben, nicht entsprechend gesenkt. Meine Damen und Herren, das muss doch einmal gesagt sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Grünen haben doch dagegen gestimmt! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Denn die Katze ist jetzt aus dem Sack.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Der Kostendeckel von 4,526 Milliarden € wird entgegen allen vollmundigen Beteuerungen der Deutschen Bahn nicht mehr zu halten sein. Das ist die Botschaft, die heute hier vom Landtag ausgeht.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Wir Grünen haben hiervor immer gewarnt und sind auf eine Mauer des Schweigens gestoßen, die Sie von der CDU unterstützt haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

Mit Rechenricks hat der Vorstand der Deutschen Bahn immer wieder versucht, die Kosten nach unten zu drücken. Projektrisiken wurden nicht beziffert, teilweise ausgegliedert oder erst gar nicht erwähnt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Was sagt Herr Drexler dazu?)

So stellen wir uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem Projektpartner nicht vor.

(Lachen bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Brigitte Lösch: Am Ende!)

– Am Ende meiner Rede.

**Präsident Willi Stächele:** Am Ende Ihrer Rede. Sie treffen die abschließende Entscheidung über die Zulassung der Frage am Ende Ihrer Rede.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Meine Damen und Herren, es ist daher an der Zeit, dass wir heute die Notbremse ziehen und sofort aus dem Projekt Stuttgart 21 aussteigen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 2 Milliarden € Kosten!  
– Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

um einen größeren wirtschaftlichen Schaden zu vermeiden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Herr Schebesta, ich werde Ihnen noch erklären, warum wir heute aussteigen müssen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das steht aber nicht im Gesetz, was Sie da erzählen! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Wir wollen keine 930,6 Millionen € in einem gigantischen Immobilienprojekt vergraben, während wir gleichzeitig nicht wissen, in welchen Bereichen unseres Landesetats wir sparen sollen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sag einmal! Wen habt ihr da wieder hinausgeschickt? – Weitere Zurufe von der CDU)

Besonders schwer wiegt für unsere Fraktion, dass die DB AG den baden-württembergischen Landtag vor dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarung im April 2009 über die wahren Kosten im Unklaren gelassen hat. Das ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Und was machen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf?)

Mehrkosten in Höhe von rund 1 Milliarde € wurden offenbar einfach verschwiegen. Bis heute hat sich der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Herr Dr. Rüdiger Grube, nicht zu diesem Vorwurf geäußert, geschweige denn diesen entkräftet. Allein dieses Vorgehen rechtfertigt die fristlose Kündigung der Finanzierungsvereinbarung.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Auf welcher Rechtsgrundlage? Wo steht das im Vertrag? – Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Deshalb müssen wir gar nicht mehr über Ausstiegskosten diskutieren, Herr Hauk; denn diese fallen beim Wegfall der Geschäftsgrundlage gar nicht mehr an. Sie wissen doch selbst, dass beim Wegfall der Geschäftsgrundlage das Verwaltungsverfahrensgesetz gilt. Damit ist eine vertragliche Regelung nicht möglich.

(Beifall bei den Grünen)

Dieses Verhalten von Herrn Dr. Grube hat weder etwas mit ehrbaren kaufmännischen Grundsätzen noch mit einer offenen Informationspolitik gegenüber dem Parlament dieses Landes zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Dies ist ein schwerer Schlag gegen die Demokratie. Das konkretisiert den Grundsatz der Kostenwahrheit und Kostenklarheit. Zudem wird die Kontrollfunktion des Parlaments ausgehebelt. Darum geht es doch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Bedauerlicherweise hat Herr Grube bislang keine Einsicht gezeigt, die Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem Landtag zu verbessern. Er agiert vielmehr nach dem Prinzip „Augen zu und durch“.

(Daniel Renkonen)

Ein Auskunftsersuchen des Verkehrsministeriums, eine Liste der 121 Kostenrisiken vorzulegen, die mittlerweile im Internet kursiert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von wem wohl?)

wurde bislang abgelehnt. Bis heute haben weder der Verkehrsminister noch der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Auskunft über die wahren Kostenrisiken bekommen. Das ist doch der eigentliche Skandal. Das können Sie doch nicht ignorieren.

(Beifall bei den Grünen)

Stattdessen kommt die Wahrheit immer scheinbarweise ans Licht, so wie jüngst in der Sitzung des Lenkungskreises, als die Bahn erstmals Kostensteigerungen von 370 Millionen € eingeräumt hat, ohne sie allerdings konkret zu beziffern.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Da müssen Sie nicht mich, sondern den Koalitionspartner fragen.

(Zurufe von der CDU)

Ein Großteil der 121 Risikopositionen – wie nicht realisierte Einsparpotenziale oder das Grundwasserrisiko im Tunnel Denkendorf – sind von der Bahn bis heute nicht beziffert, geschweige denn diskutiert worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie Sie geht man doch mit einem Koalitionspartner nicht um! –  
Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Dafür wurden Mehrausgaben in Höhe von 80 Millionen € aus dem Schlichtungsverfahren für das zweite Gleis zum Flughafen, die Signalisierung, die Baumverpflanzungen und für den Steg einfach ausgeklammert. Das hat nichts mehr mit Kostentransparenz und Kostenwahrheit zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Außerdem kann die Bahn nicht einmal mehr rechnen;

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

denn bei den aktualisierten Gesamtkosten von 4,088 Milliarden €, die die Bahn seit Jahren vor sich herschiebt, hat man einfach den Inflationsausgleich weggelassen. Das macht für die Jahre 2009 bis 2011 nach unseren Berechnungen Zusatzkosten von 123 Millionen € aus.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wer ist jetzt „uns“? –  
Abg. Peter Hauk CDU: Jede Verzögerung 15 Millionen €! –  
Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Wir reden hier doch gar nicht über K 21. Sie sind in einem ganz anderen Film, Herr Bullinger.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mir scheint, Sie sind sogar im falschen Kino! –  
Abg. Volker Schebesta CDU: Großes Kino ist das jedenfalls nicht! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

Des Weiteren wurden die Ausgaben für den Ausbau einzelner Bahnhöfe entlang der Murrbahn noch gar nicht beziffert. Das war aber eine Voraussetzung für den angeblich bestandenen SMA-Test. Diese Nachrüstungen werden notwendig, um die im Fahrplan festgelegte Zahl von 49 Zügen in der Stunde zu erreichen.

Kein Wort auch zu den gemäß DB-Risikopapier bestehenden Risiken von 130 Millionen € wegen erhöhter Transport- und Deponiekosten. Davon haben wir bekanntlich nicht von der DB selbst, sondern aus dem Internet erfahren.

Allein durch den Bau der Großen Wendlinger Kurve fällt mehr Abbruch- und Aushubmaterial an. Wir wollten wissen, wie viel, und vor allem, was es kostet. Denn eines ist auch klar: Die Landkreise in der Region Stuttgart haben bereits fixe Entsorgungsverträge mit einer Mengendeckelung abgeschlossen. Ich weiß nicht: Wo soll das Material hin?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Machen wir einen neuen Berg!)

Statt neuer Antworten tauchen also immer mehr Fragen auf, und wir stoßen leider oftmals weiterhin auf eisernes Schweigen. Auch auf ein nachvollziehbares Brandschutzkonzept für Notfälle im Bahntunnel warten wir noch heute. Aussage der DB: Wenn der Zug brennt, fährt er halt brennend wieder aus dem Tunnel heraus.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also, jetzt aber!)

Für uns Grüne ist klar, dass es für diese Mehrkosten keine gesonderte Finanzierungsvereinbarung geben wird. Das sagen wir ganz klar. Sie müssen allein von der Deutschen Bahn getragen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Im Koalitionsvertrag haben wir mit den Sozialdemokraten einen Kostendeckel von 4,526 Milliarden € vereinbart, und der gilt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das war die alte Landesregierung!)

Bleibt festzuhalten: S 21 bringt weniger Bahnverkehr für mehr Geld. Das Projekt ist auch ein Sinnbild dafür, wie an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie an den Parlamenten vorbeigearbeitet worden ist.

(Unruhe bei der CDU)

Stuttgart 21 ist ein gesellschaftlicher Spaltpilz geworden. Hierzu hat die Deutsche Bahn durch ihre Verschleierungspolitik entscheidend mit beigetragen.

(Beifall bei den Grünen)

Die wahren Fakten kamen immer erst durch Medienberichte ans Tageslicht. Deshalb ist es pervers – das muss ich schon sagen –, dem Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg vorzuwerfen, er treffe keine klaren Aussagen zu Kosten. Er bekommt sie von der Bahn doch gar nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Doch, trifft er! Er trifft eine ganz klare Aussage! Er hat eine klare Aussage gemacht!)

(Daniel Renkonen)

Wenn der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg die Sprechklausel zieht und als Antwort bekommt: „Das ist Sache der Projektpartner; die müssen sich einigen“, dann ist das eine Unverschämtheit. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Jetzt zum Stresstest. Auch da wurde geschummelt. Aus einer „guten“ Betriebsqualität wurde plötzlich eine „wirtschaftlich optimale“ Betriebsqualität, damit man in der Spitzenstunde 49 Züge in den Tiefbahnhof pressen kann. Statt Verspätungen abzubauen werden sie mitgeschleppt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich habe gedacht, das Ergebnis der Schlichtung werde akzeptiert!)

Besonders drastisch sind die Auswirkungen auf das S-Bahn-System in der Region Stuttgart, das durch den Wegfall eines Zufahrtsgleises künftig an seiner Leistungsgrenze betrieben wird. Verspätungen im System sind laut SMA-Audit vorprogrammiert, was Hunderttausende von Pendlern zu spüren bekommen. Da können wir dieses Projekt doch nicht allen Ernstes weiterbetreiben. Wo ist dann der Fahrzeitgewinn, und wo ist der Verspätungsabbau? Genau das ist die Mogelpackung, auf die Sie, die CDU-Fraktion, hereingefallen sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie gut, dass Sie kritisch sind! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Wir Grünen bleiben dabei: S 21 ist ein Milliardengrab, zumal 95 % der Kostenrisiken erst ab dem Jahr 2013 auftreten. Wir brauchen keine Geisterbahn, sondern eine Zukunftsbahn, die eine umweltfreundliche Mobilität garantiert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir brauchen vor allem keine Geisterfahrer!)

Mit etwa der Hälfte des Geldes für S 21 könnten wir zahlreiche Bahnprojekte wie die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar!)

den Ausbau der Rheintalbahn

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fahrradwege! Alles möglich!)

oder wichtige Stadtbahnprojekte in Ludwigsburg oder im Zabergäu vorantreiben.

(Unruhe bei der CDU)

Dieses Monsterprojekt verhindert den Ausbau des ÖPNV in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU)

Deshalb sagen wir Grünen Ja zum Kündigungsgesetz und zum Erhalt des Kopfbahnhofs und Nein zu S 21.

In diesem Sinn: Oben bleiben!

(Lebhafter Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Warum sind Sie so verbittert? – Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Ich würde nicht sagen, ich wäre verbittert, sondern ich sage: Mir wird schwarz vor Augen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir – meine Fraktion – möchten noch einem Abgeordneten bzw. einem Minister ganz besonders danken, und das ist Herr Stichelberger, der Justizminister des Landes Baden-Württemberg.

(Unruhe)

Herr Stichelberger, Sie wissen, dass es in Ihrer Fraktion, vielleicht auch in Ihrer Partei durchaus unterschiedliche Meinungen zu diesem Projekt gibt.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das wird immer besser! Schön! Weitermachen!)

Aber das Kündigungsgesetz, das Sie und Ihre Mitarbeiter im Justizministerium ausgearbeitet haben, verdient unseren Respekt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Stichelberger hat auch unseren Respekt!)

Jetzt noch an die ehemaligen Koalitionäre von Schwarz-Gelb – aus „Die Grenzen der Aufklärung“ von Erich Kästner –:

*Ob Sonnenschein, ob Sterngefunkel:  
Im Tunnel bleibt es immer dunkel.*

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht nur im Tunnel! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Kollege Renkonen, gestatten Sie noch eine Nachfrage von Frau Kollegin Razavi? – Bitte schön.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Renkonen, vorweg eine Bemerkung: Das war eine weitere der Suggestivreden, die wir hier von Ihnen und Ihrer Fraktion schon mehrfach gehört haben.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Danke für das Kompliment.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Aber ich möchte Ihnen drei Fragen stellen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, in drei Punkten zumindest etwas konkreter zu werden.

Erstens: Sie haben, wie schon mehrfach zuvor, auch heute behauptet, der Kostenrahmen von 4,5 Milliarden € wäre überschritten. Vielleicht können Sie uns dafür ein paar Belege nennen, und zwar ganz konkrete Belege, statt zu schwadronieren und Suggestivbehauptungen aufzustellen.

Zweitens: Welche Belege haben Sie für den von Ihnen mehrfach zitierten Wegfall der Geschäftsgrundlage? Auch bitte konkret!

(Nicole Razavi)

Drittens: Sie betonen hier im Haus, wie wichtig Ihnen die Transparenz und die Offenheit gegenüber dem Parlament seien. Warum haben Sie dann verhindert, dass auch die Menschen in den Genuss dieser Offenheit und Transparenz kommen und in der Begründung der Gesetzesvorlage auch eine klare Aussage zu den Ausstiegskosten enthalten ist?

(Beifall bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU:  
Gute Frage!)

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Frau Kollegin, die Fragen habe ich in meiner Rede eigentlich alle beantwortet.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Sie können es ja vielleicht wiederholen! Wie wär's? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Ich bitte, dem Redner die Gelegenheit zur Beantwortung der Fragen zu geben. – Bitte schön.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE zur CDU: Sie müssen auch zuhören!)

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Der Wegfall der Geschäftsgrundlage zieht in der Regel keine Ausstiegskosten nach sich, weil eine fristlose Kündigung ergeht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Alle Juristen wundern sich!)

Das ist eine spannende Frage, Frau Kollegin. Wenn ein Landesparlament nicht über die wahren Kosten informiert ist, dann muss man, glaube ich, kein Jurist sein, um zu wissen, was das heißt.

(Beifall bei den Grünen)

Hier geht es nicht um ein paar Cent, hier geht es um 1 Milliarde €.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Schlimmer geht's nimmer! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zu der Risikoposition müssen Sie Herrn Dr. Grube fragen, denn er legt sie ja nicht offen.

(Zuruf von der CDU: Das behaupten Sie!)

Ich habe Ihnen erstens gesagt, 130 Millionen € sind in dem internen DB-Papier von Hany Azer allein für zusätzliche Transport- und Entsorgungskosten vorgesehen. Diese zusätzlichen Transport- und Entsorgungskosten werden durch die Forderungen aus dem SMA-Audit fällig.

Zweitens sind viele Nachforderungen noch gar nicht beziffert,

(Zuruf von der CDU: Ja, wie auch?)

nämlich die Signalisierung und der Erhalt der Gäubahn.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Gäubahn haben wir ausgeschlossen!)

Das sind Zusatzkosten, die auf die Bahn zukommen und den Gesamtkosten hinzugerechnet werden.

Das Thema Inflationsausgleich habe ich genannt. Auch da gibt es Zusatzkosten.

Sie können es also drehen und wenden, wie Sie wollen:

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Man muss einfach Herrn Drexler fragen!)

Sie werden den Kostendeckel nicht einhalten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion der SPD spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Kollege Schmiedel. Bitte schön.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt kann er seine zurückhaltende Rede wieder weglegen!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute hat sich wieder einmal gezeigt, dass die unterschiedliche Betrachtung der Kosten ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt bei der Frage ist: Steht man zu dem Projekt, oder ist man gegen das Projekt?

Jetzt habe ich gedacht, wir machen, damit man da Wahrheit und Klarheit hineinbringt, nun einen öffentlichen Zahlencheck.

(Der Redner präsentiert einen großen Taschenrechner. – Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Können Sie nicht kopfrechnen, Herr Schmiedel?)

Das ist ein extraordinäres Design, aber darin verbirgt sich ein gewöhnlicher Rechner.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist der überhaupt erlaubt?)

Er ist nicht manipuliert. Rechnen wir also einmal. Herr Hauk hat gesagt, es gebe keine Kostensteigerung. Wir lesen dagegen jetzt in einer Pressemitteilung aus dem Verkehrsministerium über das Ergebnis der heutigen Sitzung,

(Abg. Tanja Gönner CDU: Oh! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schon jetzt?)

die Kostenobergrenze von 4,5 Milliarden € sei schon fast erreicht. Machen wir also den Zahlencheck mit diesem Rechner.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist für Senioren! Der hat so große Zahlen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Können Sie den überhaupt bedienen?)

Wir haben den Betrag von 3,766 Milliarden € an Baukosten und Planungskosten. Wir addieren nun das, was die Bahn in der letzten Sitzung des Lenkungskreises ganz offen und transparent vorgelegt hat: erwartete Projektmehrkosten und Vergaberisiken von 370 Millionen €. Wir müssen also auf „plus“ drücken:

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

plus 370. Wir sind jetzt bei 4,136 Milliarden €.

(Abg. Peter Hauk CDU: Klar! 4,1 Milliarden €!)

(Claus Schmiedel)

Das sind die Kosten, die Risiken, die Vergaberisiken. Einschließlich der Mehrkosten sind es 4,136 Milliarden €. Jetzt kommt das Minus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man merkt, dass Sie Wirtschaft studiert haben! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können an einer Gemeinschaftsschule unterrichten! – Lebhaftes Heiterkeit – Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

– Herr Kollege, für Sie wäre es gut gewesen, Sie hätten eine Gemeinschaftsschule besucht.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Denn dort wird soziale Kompetenz gelehrt. Man schreit nicht immer dazwischen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das regeln wir später unter vier Augen!)

Jetzt kommen wir einmal vom Thema Schule ab. Das stört gerade.

Die Rechnung ergibt einen Restrisikopuffer von 390 Millionen €. Das ist eine einfache Rechnung. Der Zahlencheck ergibt 390 Millionen €. Wir sind also nicht an der Grenze. Wir haben 390 Millionen €, und dazu kommt noch der Betrag für Vergaberisiken in Höhe von 130 Millionen €. Wir sind also mitnichten an der Kostenobergrenze, und das bei einem Status, bei dem 50 % reale Vergabepreise sind

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

und 90 % der Tunnel erfasst sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sie sollten das aber wegen der Gruppenheterogenität noch einmal erklären!)

Jetzt kommt das Argument gegen diesen Zahlencheck: Ja, ja. Aber wir wissen ja aus Erfahrung, dass die Kostensteigerung immer erst hinterher sichtbar wird, dann, wenn das Projekt abgeschlossen ist. Dazu sagen wir: Wir haben ein System der Festpreisvergabe, bei dem das Baupreisrisiko auf den Auftragnehmer übergeht. Die Unternehmen haben dies anfänglich heftig kritisiert, und einige von ihnen haben auch gesagt: Wir machen da nicht mit. Das wurde so interpretiert, dass sie Angst vor dem Bauen hätten. Sie haben aber keine Angst vor dem Bauen, sondern sie sagen: Für ein Unternehmen, das bewusst ein Risiko eingeht, ist das nicht ganz ohne.

Das Baupreisrisiko geht also auf das Unternehmen über. Deshalb können wir auch sicher sein, dass das, was vergeben ist, gilt. Das ist der Stand heute.

Jetzt gibt es ein Missverständnis – man darf nicht immer gleich von Lüge sprechen;

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Halt verrechnet! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt halt unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten!)

es gibt manchmal einfach Missverständnisse –: Das hauptsächliche Missverständnis ist, dass der Inflationspuffer von 322 Millionen € vergessen wurde.

Insgesamt haben wir einen Kostensteigerungspuffer von 760 Millionen €. Davon sind jetzt 370 Millionen € aufgebraucht. Wir haben die Hälfte vergeben, die Hälfte des Risikopuffers ist aufgebraucht, aber 90 % der Tunnel sind schon abgedeckt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was folgern Sie daraus?)

Deshalb haben wir, meine ich, gute Gründe, anzunehmen, dass der Kostenrahmen eingehalten wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das schon einmal Herrn Herrmann vorgerechnet?)

Jetzt haben wir gehört: Die Weiche dort, Grundwasser, Denkendorf und andere Dinge, all das berge noch ein großes Risiko. Die Bahn habe hierzu nichts gesagt, die Bahn habe hier und dort gemogelt. Dazu möchte ich eine Frage stellen: Mit wem würden Sie denn bauen, wenn wir K 21 bauen würden?

(Heiterkeit – Anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Man kann – das habe ich immer gesagt – andere Bewertungsmaßstäbe zugrunde legen. Man kann sagen: Das Projekt ist angesichts dessen, was es bringt, insgesamt zu teuer.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Augen zu und durch!)

Wir sind anderer Meinung. Für uns bringt es schon längst das, was es kostet. Das sind aber unterschiedliche Bewertungen.

Ich würde das Projekt nicht so runtermachen. Es kann nämlich ganz gut sein, dass wir es zusammen bauen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wie wahr!)

Da wir unsere Koalition fortsetzen wollen und fortsetzen werden, kann das sein. Das Volk entscheidet.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Auf einmal! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Bahn baut doch, nicht wir!)

– Gut, politisch mitbauen. Wir nehmen nicht die Schaufel in die Hand; das ist schon klar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hoffentlich nicht!)

Damit sind wir bei der Volksabstimmung und der Frage: Worum handelt es sich dabei? Es handelt sich um eine Volksabstimmung auf der Grundlage unserer Verfassung. Dazu muss ich sagen, Herr Kollege Hauk: Sie müssen sich entscheiden. Wenn Sie wollen, dass sich viele an dieser Volksabstimmung beteiligen, dann dürfen Sie nicht so tun, als sei dies eine ganz schräge Nummer und eine ganz üble Angelegenheit,

(Zuruf von der CDU: Ist es aber!)

(Claus Schmiedel)

sondern dann müssen Sie sagen: „Jawohl, das Volk hat das Wort. Wir sind dafür; und jetzt geht bitte abstimmen.“ Das ist die richtige Einstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sagen wir!)

Im Übrigen: Wenn es so wäre, dass alles rechtlich einwandfrei wäre – Wir sagen ja gar nicht, dass es rechtlich einwandfrei ist. Der Justizminister hat dargelegt, dass das Neuland ist. Wenn man Neuland betritt, kann man nicht hundertprozentig sicher sein. Aber Sie können auch nicht hundertprozentig sicher sein, dass es rechtlich „verkrampft“ ist, das zu tun. Sonst hätten Sie doch geklagt. Sie klagen doch deshalb nicht, weil Sie befürchten, eine Niederlage zu erleiden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wir klagen deshalb nicht, weil Sie es nicht auf die Reihe kriegen!)

Zu dieser Abstimmung des Volkes gehören Regeln. Diese Regeln gibt die Verfassung vor. Das ist nicht irgendeine Umfrage – sonst brauchten wir nämlich nicht 8 Millionen € in die Hand zu nehmen und viele Tausend Menschen an einem Sonntag zu beschäftigen, sondern könnten uns auf bestehende Umfragen stützen. Es ist vielmehr ein Gesetzgebungsvorgang. So, wie wir unsere Regeln für Gesetze haben, so gilt auch für das Volk als Gesetzgeber die Regel der Verfassung. Diese schreibt nun einmal ein Quorum vor.

Nun gibt es Leute, die das Wahlsystem ungerecht finden. Aber wenn gewählt ist, müssen sie die Wahl trotzdem anerkennen und akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auch wir finden das Quorum hoch. Wir haben versucht, es zu senken. Aber es ist nun einmal da, und es ist die Grundlage der Abstimmung über das Gesetz. Das ist ein Gesetzgebungsvorgang, nicht eine irgendwie geartete Meinungsbildung.

Deshalb bin ich ausgesprochen dankbar, dass der Ministerpräsident mehrfach diese Regel betont hat und gesagt hat: Wir stimmen ab auf der Grundlage des Gesetzes.

(Zuruf von der CDU: Das hat er nicht gesagt!)

Auch bei Beckmann im Fernsehen hat er gesagt: „Ich denke, wir müssen irgendwann auch einmal aufhören können, wenn das letzte Wort gesprochen ist.“ Und das letzte Wort spricht das Volk.

So steht es auch in unserer Koalitionsvereinbarung. „Ziel der Volksabstimmung“ – so heißt es darin – „ist es, zu einem abschließenden und befriedenden Urteil über Stuttgart 21 zu gelangen.“ „Abschließend“ heißt, dass sie das letzte Urteil ist, nicht das vorletzte. Das letzte Urteil wird bei der Volksabstimmung gesprochen, und das muss man auch so sagen. Denn nur dann sind die Bürgerinnen und Bürger motiviert hinzugehen, wenn sie sagen: Ich gebe meine Stimme ab, und die zählt. Die wird hinterher nicht interpretiert, sondern die Stimme, die da abgegeben wird, zählt im Rahmen der Regelungen der Verfassung.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb ist es auch kontraproduktiv – das möchte ich hier wirklich sagen; die Bündnisse formieren sich –, wenn von einem Sprecher des Bündnisses, das für den Ausstieg wirbt, bereits bei der Vorstellung des Bündnisses gesagt wird: „Wer will, dass Ruhe im Karton ist, muss hingehen und sein Kreuz beim Ja machen.“

Ich finde, es ist wirklich kein angemessener Umgang mit einer Volksabstimmung, wenn man signalisiert: „Wenn ihr so abstimmt, wie wir wollen, dann gibt es Ruhe; wenn ihr nicht so abstimmt, dann geht es weiter mit dem Rabatz.“ Das ist kein angemessener Umgang.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Bravo!)

Wir müssen jetzt an einer Stelle, an der wir – darauf können wir wirklich stolz sein – als grün-rote Koalition –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach was!)

– Wir sind darauf stolz; Entschuldigung. Es gibt Koalitionen, in denen heftigste Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind und die versuchen, diese zu vertuschen: durch Formelkompromisse, durch Aufschieben, durch Aussitzen oder Ähnliches.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Durch Volksabstimmungen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr nicht?)

Es gibt viele solcher Koalitionen. Wir haben unseren Dissens benannt und klar beschrieben. Wir respektieren die jeweilige Auffassung, und wir lösen den Dissens durch eine Abstimmung durch das Volk. Diese ist bei diesem Vorgang angemessen. Denn es gibt kaum ein anderes Thema in Baden-Württemberg, das bis in die Familien hinein so kontrovers diskutiert wird. Dabei ist die Abstimmung durch das Volk die richtige Lösung, das richtige Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir diese Volksabstimmung nun einleiten, dann wollen wir auch weitergehen; wir hoffen, dass wir nach dieser Abstimmung zu einem realistischeren Quorum kommen und es mehr Volksabstimmungen in Baden-Württemberg geben wird. Dies sollte jetzt nicht dadurch belastet werden, dass man eine Volksabstimmung von vornherein als ein Verhinderungsinstrument ansieht, als ein Instrument, das nur zur Verhinderung taugt.

Es geht nicht an, dass man, wenn bei einer Volksabstimmung nicht das Ergebnis herauskommt, das man will, einfach weitermacht. Vielmehr gebietet es der Respekt vor der Entscheidung des Volkes, dass sich alle hinterher daran halten und jetzt dafür werben: gute Argumente,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sagen Sie das Frau Dahlbender!)

Respekt vor einer anderen Auffassung. Wir warten die Entscheidung ab, und danach wird die Entscheidung umgesetzt.

Das Quorum ist hoch. Das wissen wir. Aber man muss sehen, dass etwa in Italien ein Quorum von 50 % gilt. Die Menschen

(Claus Schmiedel)

dort regen sich über Berlusconi auf, und dort wurde dieses Quorum erreicht. Das heißt, bei einem Thema, bei dem die Menschen mitgehen, ist so etwas möglich. Deshalb sage ich: Bei diesem Thema ist noch überhaupt nichts gegessen. Einige haben gesagt, wir Sozialdemokraten seien ruhig. Nein, wir sind überhaupt nicht ruhig!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wenn es für die Volksabstimmung eine ausreichende Unterstützung gibt, wenn die Regierung dieser zustimmt, dann werden wir natürlich für die Beteiligung bei dieser Volksabstimmung werben. Denn daran wird sich auch zeigen, ob das Bedürfnis nach mehr Mitbestimmung, wie wir behaupten, vorhanden ist oder ob es bloß erfunden ist. Wir werben dafür. Jeder wird dann für seine Seite werben. Ich glaube, ich habe deutlich gemacht, dass ich die besseren Argumente bei mir sehe. Ich respektiere, dass andere dies für sich auch so sehen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Aber wenn man es respektvoll miteinander angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann können wir alle nur gewinnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Kolleginnen und Kollegen, ich erteile für die Fraktion der FDP/DVP dem Kollegen Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schmiedel, Respekt vor Ihrer Rede und Respekt vor Ihren Rechenkünsten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Rechner kommt ins Haus der Geschichte! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Neben den Bauzaun! – Heiterkeit)

Man kann auch schnell rechnen, ohne schlecht zu rechnen. Wenn Sie jetzt noch die 3 % Skonto berücksichtigen – –

(Heiterkeit)

Wenn Sie einmal Ihrer Arbeit überdrüssig sind, kann ich Ihnen gern eine Projektleiterstelle vermitteln; kommen Sie dann einfach auf mich zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hoi! Dann steigt er auch noch auf!)

*Die Landesregierung soll ... verpflichtet werden, Kündigungsrechte bei den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg für das Bahnprojekt Stuttgart 21 auszuüben.*

Über dieses Gesetz – man muss es mehrmals lesen, damit man es überhaupt versteht – stimmen wir also heute ab. Die Landesregierung hat bereits im Koalitionsvertrag definiert, dass wir heute das Gesetz ablehnen sollen, damit eine Volksabstim-

mung darüber stattfinden kann. Dann dürfen sich die Wählerinnen und Wähler mit diesem „verbraucherfreundlichen“ Gesetzestext auseinandersetzen.

Sowohl der Gesetzestext als auch die Begründung sorgen für große Irritationen. Juristische Winkelzüge dominieren über verständliche Rhetorik.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch das Ziel!)

Eigentlich wird gar nicht über das Projekt abgestimmt, aber im Prinzip eben doch. Dabei ist es so, dass diejenigen, die für Stuttgart 21 sind, mit Nein stimmen, und umgekehrt – eine bemerkenswerte Methodik, die auf nicht viel Verständnis bei der Bevölkerung stoßen wird. „Honi soit qui mal y pense“ – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Insbesondere vier Gründe möchte ich aufführen, warum die FDP/DVP-Landtagsfraktion diesem Gesetz heute nicht zustimmen wird.

Erstens sehen wir keine vertragliche Legitimation, Kündigungsrechte geltend zu machen. Schon die Terminologie ist fragwürdig und irreführend, weil außer den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen keine anderen Vereinbarungen da sind, auf die das Land unmittelbar Einfluss nehmen kann. Planungsrechtliche und sonstige genehmigungsrechtliche Grundlagen sind nicht Gegenstand des Vertrags mit dem Land Baden-Württemberg. Eine ordentliche Kündigung ist vertraglich ausgeschlossen. Auch mit der vorliegenden wilden Konstruktion bleibt die Hoffnung auf einen künftigen Kündigungsgrund bloße Spekulation.

Der Wegfall der Geschäftsgrundlage setzt eine erhebliche Abweichung von den Vertragsgrundlagen voraus. Die Rechtsfolge ist dann aber nicht die Kündigung, sondern die Nachverhandlung. Bereits in der ersten Lesung haben wir keine eindeutige Antwort hierzu erhalten.

Zweitens ergeben sich seit Vertragsabschluss keine erkennbaren gravierenden verkehrlichen Gründe, die eine Kündigung rechtfertigen. Die Begründung basiert auf einer vollkommen einseitigen Betrachtung. Es wäre doch interessant gewesen, auch etwas über die betrieblichen Probleme beim Stuttgarter Kopfbahnhof oder das betriebstechnische Potenzial des geplanten Durchgangsbahnhofs zu hören. Immerhin hat der Stresstest Erwähnung gefunden, der die Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21 nachgewiesen hat. Auf Seite 8 der Begründung zum Gesetzentwurf akzeptiert die Landesregierung diesen Stresstest.

Auch die ökologischen Aspekte waren bereits Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens, und nicht zuletzt sind die Chancen für die Stadtentwicklung herausragend. S 21, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein durch und durch grünes Projekt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es, ja-wohl!)

Drittens wird mit heute nicht bekannten, aber zu erwartenden Kostensteigerungen sowie allgemeinen Bau- und Kostenrisiken argumentiert. Der dafür erforderliche Beweis – die Be-

(Jochen Haußmann)

weislast liegt bei der Landesregierung – fehlt. Die Begründung basiert auf reinen Mutmaßungen. Sie betreiben eine Dramatisierung der Risiken von Stuttgart 21 und verharmlosen die Risiken einer Kündigung der Finanzierungsvereinbarung durch das Land. Selbst für den Fall einer tatsächlichen Kostensteigerung sind die Vertragspartner aufgefordert, darüber zu verhandeln und nicht einfach zu kündigen.

Die Mutmaßung allein, dass Großprojekte im Allgemeinen immer teurer werden, kann nicht zur Grundlage einer Vertragskündigung herangezogen werden. Vielmehr ergäbe sich aus dieser Argumentation eine völlig neue Dimension der Bewertung von Großprojekten, die das Land Baden-Württemberg vor juristisch brisante und vertraglich kaum lösbare Herausforderungen stellte – was übrigens auch für die längst verworfenen Alternativen K 21 und Kombilösung gelten würde.

Da kann ich unseren Verkehrsminister Hermann schon heute bedauern, wenn er diese Messlatte bei weiteren Infrastrukturprojekten anlegt. Das ergäbe gewaltige „toxische“ Risikopuffer, die viele Projekte wie etwa die Rheintalbahn im Keim ersticken lassen würden.

Viertens ist es nicht legitim, das Ergebnis der Landtagswahl als demokratische Entscheidung für eine vertragliche Kündigung zu beurteilen. Was für ein Demokratieprinzip ist das? Wo kämen wir hin, wenn nach jeder Landtagswahl Verträge mit Projektpartnern neu zu bewerten wären? Es könnte sich kein Vertragspartner des Staates in einer Demokratie mehr auf Verträge berufen. Wir hätten nur noch Vertragslaufzeiten für die Dauer einer Legislaturperiode. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein politischer Kurswechsel allein reicht für eine vertragliche Kündigung bei Stuttgart 21 nicht aus.

Fazit: Wenn man nicht weiß, was richtig ist, soll man nicht tun, was falsch ist. Die tatsächliche Bewertung wird klar und deutlich beschrieben: Innerhalb der Landesregierung bestehen unterschiedliche Auffassungen zu Stuttgart 21. Die politische Gesamteinschätzung ist vielmehr Ausdruck des Bemühens um Wahrung des Koalitionsfriedens. Dieses Motiv steckt nämlich hinter der Gesetzesinitiative, die missbräuchlich ist, weil das Gesetz ganz bewusst darauf angelegt ist, im Landtag zu scheitern.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie können gern zustimmen!)

Ganz bewusst riskieren wir damit erhebliche Schadensersatzansprüche aller Vertragspartner, die schnell die vertraglichen Kostenbeteiligungen des Landes von 823 Millionen bzw. 931 Millionen € deutlich übersteigen können.

Nach Aussage von Ministerpräsident Winfried Kretschmann in der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ vom 3. September 2011 sind Sie bereit, zwischen 500 Millionen und 2 Milliarden € für die Aufgabe des Projekts in Kauf zu nehmen – und das Ganze für nichts plus jahrelangen Stillstand. Das ist eine faszinierende Rendite, die man erst einmal herleiten muss. Gern hätten wir dazu die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler gehört. Er wurde aber leider nicht befragt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der meldet sich doch sonst auch, ohne dass man ihn befragt! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Der Bundesrechnungshof aber! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bundesrechnungshof!)

Die Stellungnahmen der meisten angehörten Stellen sind allerdings deutlich genug und hängen wie ein Damoklesschwert über diesem Kündigungsgesetz.

Es entbrennt nun ein unnötiger Volksabstimmungswahlkampf, bei dem schon zu Beginn die Nerven von Grün-Rot blank liegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das würde ich nicht sagen! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist zu befürchten, dass die sachliche Auseinandersetzung um das für Stuttgart und Baden-Württemberg zukunftsweisende Projekt verloren geht. Am Ende wird es nur Verlierer geben und immenser Schaden für den Investitionsstandort Baden-Württemberg entstehen, auch für die künftige Zusammenarbeit bei weiteren Bahnprojekten.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Es wird keine mehr geben!)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat sich dennoch dafür ausgesprochen, die Entscheidung nicht auf juristischem Weg anzufechten, weil wir nicht den Eindruck erwecken wollen, die Bürgerinnen und Bürger sollten daran gehindert werden, selbst zu entscheiden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wir fordern aber nachdrücklich, dass auch die Projektbefürworter im Landtag, die Befürworter von der Regierungsseite und vor allem auch die von der CDU und der FDP/DVP an der Gestaltung der Informationsbroschüre aktiv beteiligt werden. Die Broschüre muss fair und transparent gestaltet werden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Trauen Sie das dem Staatsministerium nicht zu?)

Die Landesregierung ist es den Wählerinnen und Wählern in Baden-Württemberg schuldig, objektiv und verantwortungsvoll zu handeln.

Wir wünschen uns, dass wir nach einer hoffentlich positiven Entscheidung zugunsten dieses landesweit wichtigen Infrastrukturprojekts, also einem klaren Nein zum Gesetzentwurf, wieder zu den sachlichen Themenbereichen im Rahmen unserer Projektförderungspflicht zurückfinden. Denn es ist nicht so, dass es nicht noch Verbesserungspotenziale gäbe. Manfred Rommel hat einmal gesagt:

*Wo Verwirrung herrscht und gestritten wird, gibt meistens der Klügere nach. Wo aber immer der Klügere nachgibt, kann nichts Gescheites herauskommen, sodass man sich nicht wundern darf, wenn der Zuwachs der Verwirrung von einer Abnahme der Vernunft begleitet wird.*

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Willi Stächele:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Regierung spricht nun Herr Minister Hermann. Bitte schön.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir fest vorgenommen, der Versuchung zu widerstehen, mit derselben Polemik zu antworten, wie ich sie heute gehört habe.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU:  
Von den Grünen!)

Wenn ich mir vorstelle, was die Menschen wahrnehmen, wenn sie von außen auf den Landtag und auf diese Debatte blicken, denke ich, sie müssen eigentlich den Eindruck haben, das hier sei eine ziemlich lustige Nummer.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist richtig! Vor allem im Moment!)

Dabei geht es um richtig viel Geld und ein hoch riskantes, schwieriges Projekt. Daran kann man, glaube ich, überhaupt nicht zweifeln. Es ist hoch riskant und schwierig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum ist das hoch riskant?)

Als der hier in Baden-Württemberg seit wenigen Wochen für den Verkehr zuständige Minister und als langjähriger Verkehrspolitiker kann ich Ihnen sagen: Ein Grundproblem der Verkehrspolitik ist, dass bei Infrastrukturprojekten – in allen Bereichen, auf allen politischen Ebenen – die Kosten am Anfang grundsätzlich ignoriert werden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Wir sind aber mittendrin!)

dass sie klein- und schöngerechnet werden, unabhängig davon, um welche Projekte es sich handelt. Deswegen stehe ich heute im Ministerium vor einer extrem schwierigen Situation, nämlich der, dass Sie alle etwas von mir fordern. Sie alle haben mir geschrieben, Kleine Anfragen gestellt. Dabei geht es immer wieder darum, welche Infrastrukturmaßnahme unbedingt gleich kommen muss, sei es eine Straße, sei es eine Schiene, sei es irgendein ÖPNV-Projekt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollen doch gar nichts mehr machen!)

Alles versprochen, jetzt soll der Hermann es richten. Kaum ist er im Amt, soll er alles machen. Warum geht das nicht? Weil Sie grundsätzlich am Beginn von Infrastrukturprojekten keine Kostenwahrheit auf den Tisch legen und deswegen völlig falsche Gesamtbilanzen erhalten.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Dieter Hilbrand und Dr. Dietrich Birk CDU)

Sie kommen zu falschen Vorstellungen darüber, was das alles kostet und was man sich leisten kann. Das ist die entscheidende Überlegung, die man in der Politik anstellen muss.

Jetzt komme ich zu Stuttgart 21. Einer der Hauptdiskussionspunkte der heutigen Redner und auch in den Ausschüssen war, wie es mit den Kosten aussieht. Eines unserer Hauptargumente ist, dass wir sagen: Der Kostendeckel ist schon heute entweder angegriffen oder schon durchschlagen. Wir können das belegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Die Zahlen des Kollegen Schmiedel waren eindeutig! – Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Schmiedel, holen Sie einmal den Taschenrechner hervor! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Nun habe ich gesehen, wie fasziniert Sie alle Herrn Kollegen Schmiedel mit seinem netten Taschenrechner zugeschaut haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zahlen lügen nicht!)

– Zahlen lügen nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man kann den schönsten Taschenrechner haben, wenn man aber die falschen Zahlen eingibt, kommt nichts Richtiges heraus.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Falsche Zahlen!)

Wir halten fest: Herr Kollege Schmiedel hat die Zahlen genommen, hat gerechnet und hat dabei eines gemacht: Er ist zum Teil der Bahn auf den Leim gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Oi!)

Genosse Schmiedel – –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Oi! – Unruhe)

Die Bahn hat aber auch selbst eine neue Rechnung aufgemacht. Seit der Finanzierungsvereinbarung hat sie ganz klar die Rechnung aufgemacht, dass man bei diesem Projekt Kosten in Höhe von ca. 4,1 Milliarden € anzusetzen hat. Das hat sie gesagt. Sie hat bei diesem Projekt auch immer die sogenannten Nominalisierungskosten eingerechnet. Das sind ungefähr 323 Millionen €.

Nun weiß der gemeine Abgeordnete nicht und wissen auch sonst die Menschen nicht, was Nominalisierungskosten sind. Da musste auch ich mich kundig machen. Das gebe ich gern zu. Das ist sozusagen die Inflationsrate, der Inflationsausgleich, der in Projekte eingerechnet wird – das ist übrigens neu bei diesem Projekt; das ist eigentlich ein Fortschritt –, weil man sagt: Egal, welche Kostenrisiken durch andere Teile des Projekts eine Rolle spielen, man weiß aber auf jeden Fall, dass es über die Jahre hinweg inflationsbedingt eine Preissteigerung gibt, und das wollen wir berücksichtigen.

Das war aber immer in den 4,1 Milliarden € enthalten. In der vergangenen Woche musste die Bahn im Lenkungskreis – da war Herr Schmiedel nicht dabei – deutlich machen,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

wie sich die Kosten entwickelt haben. Ich kann Ihnen gern sagen: Chart Nummer 6 und Chart Nummer 8 der DB AG weisen klipp und klar aus, dass die Bahn inzwischen von 370 Millionen € an Mehrkosten ausgeht.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das konnten Sie übrigens in verschiedenen seriösen Zeitungen nachlesen. Das hätten auch Sie von der Opposition nachlesen können.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

(Minister Winfried Hermann)

Außerdem hat die Bahn angekündigt, dass bereits 120 Millionen € anstehen, die wahrscheinlich auch noch kommen – ein weiteres Kostenrisiko; das hat sie auch gesagt.

Kollege Kefer von der Bahn hat gesagt: Die Sache ist angespannt.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Ist das auch ein Kollege?)

– Wir sind ja Partner. – Die Finanzsituation sei extrem angespannt, hat er gesagt. Er hat ganz klar verdeutlicht: Wir stoßen an den Kostendeckel von 4,5 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In dieser Situation entdeckt die Bahn dann den Nominalisierungswert als Puffer neu und sagt, das finde gar nicht statt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Rust, sagen Sie doch einmal etwas!)

Das hat der Kollege Schmiedel auch noch einmal gemacht, indem er gesagt hat: „Jetzt sind ja 90 % der Tunnel vergeben.“ 90 % der Tunnel sind erstens nicht 100 %,

(Lachen bei der CDU)

und die Tunnel machen zweitens weniger als die Hälfte der Gesamtkosten aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Jetzt muss man wissen: Eine Nominalisierung wird so veranschlagt, dass am Anfang relativ wenig anfällt, weil da noch nicht viel an Inflation stattgefunden hat. Bei späteren Vergaben hingegen fällt relativ viel an. Insofern – das muss man ganz klar sagen – kann man eben nicht 323 Millionen € einmal kurz zum Puffer erklären. Vielmehr ist das weiterhin der Inflationseffekt, den man hat und von dem man ein klein wenig eingespart hat.

In der Summe bleibt übrig: Wir sind hart an den 4,5 Milliarden €, und wir kommen schnell über diesen Deckel hinaus, wenn wir auch nur eine oder zwei der Maßnahmen, die im Schlichtungsverfahren und beim Stresstest vereinbart wurden –

(Zurufe der Abg. Werner Raab und Rudolf Köberle CDU)

ihnen haben alle zugestimmt –, mit aufnehmen und weitere Kostenrisiken entstehen. Dann ist der Deckel durchschlagen. Das ist die Grundlage, das ist unser Ansatz.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

Es gab am vergangenen Freitag in der Kostenfrage zum ersten Mal eine Allianz zwischen Land, Stadt und Region. Denn als die Bahn zum ersten Mal gesagt hat: „Alles, was an zusätzlichen Kosten kommt, was im Rahmen des Schlichtungsverfahrens vereinbart wurde,

(Glocke des Präsidenten)

geht nicht auf die Finanzierungsvereinbarung, sondern kommt on top, obendrauf“, dass also auf die 4,5 Milliarden € noch einmal etwas draufkommen soll, haben alle – Herr Oberbürgermeister Schuster, Frau Wopperer für die Region und ich für das Land – gesagt: Nicht mit uns! Wir sagen klipp und klar: Alles ist im Rahmen der 4,5 Milliarden €. Das unterstützt auch die SPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Claus Schmiedel SPD und Volker Schebesta CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Der Kollege Hermann gestattet keine Zwischenfrage.

Jedenfalls: Wenn es eines Beweises bedurft hätte, ob die Geschäftsgrundlage noch besteht, ob dieses Projekt wirklich durchfinanziert ist, dann war er damit geliefert, dass die Bahn in der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses schon einmal angekündigt hat, was da ist und was da alles kommt.

Wir vermissen nach wie vor – Kollege Hauk, da können Sie die Anfrage an mich noch oft zitieren –, dass die Bahn klare Belege vorlegt, dass sie z. B. wirklich nachweist, wie sie mit der Kosten-Risiko-Liste von Azer umgeht, wie sie die Zahlen, die sie jetzt offengelegt hat, gerechnet hat. Das hat sie nicht offengelegt. All diese Punkte müssen wir endlich sehen. Ich bestehe darauf, dass sie das auch offenlegt und wir das nachrechnen können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jedenfalls ist für uns eines klar: Illusionär ist der, der noch immer glaubt, es bleibe bei den alten Kosten. Denn es gibt so viele Anzeichen dafür, dass wir längst weit darüber hinaus sind.

(Zuruf von der CDU: Anzeichen?)

Insofern muss man schon ziemlich naiv sein. Oder man könnte auch sagen: Man will einfach die unangenehme Wahrheit nicht wahrhaben. Das ist das Übel der Verkehrspolitik.

(Beifall bei den Grünen)

Vielleicht gibt es Ihnen zu denken, dass die Bahn selbst jetzt die Ausstiegskosten errechnen lässt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum macht sie es denn?)

– Warum sie das macht? Sie macht es, weil man auch bei der Bahn nachdenklich geworden ist, ob dieses Projekt wirklich Sinn macht und Erfolg beschert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Weil Sie aussteigen wollen! – Unruhe)

Kollege Hauk hat erneut sehr drastisch und mit scharfen Worten gesagt, dieses Gesetz entbehre jeder rechtlichen Grundlage, sei sozusagen rechtlich völlig daneben. Das finde ich ziem-

(Minister Winfried Herrmann)

lich erstaunlich. Wer das wirklich glaubt, der muss vor den Staatsgerichtshof. Der muss das aus purer Pflicht tun. Das tun Sie aber nicht,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Aus anderen Gründen!)

weil Sie wissen, dass dieses Gesetz klug konstruiert ist und nicht so einfach zu Fall gebracht werden kann. Deswegen verzichten Sie darauf. Letztendlich haben Sie sich doch für unseren Weg entschieden, indem Sie jetzt sagen: Okay, wir gehen den politischen Weg. Wir lassen die Bevölkerung abstimmen.

Ich halte es allerdings für merkwürdig, dass man einerseits alles unternimmt, dass es zu keiner Volksabstimmung kommt, jedoch andererseits der Erste ist, der schreit, bei der Gestaltung der Broschüre mitreden zu wollen. Das ist ziemlich paradox.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe bei der CDU)

Auf Ihre Anfrage hin, wie wir mit Ihrem Ansinnen umgehen wollen und wie wir die Bevölkerung informieren wollen, hat meine Kollegin Ministerin Krebs mitgeteilt, dass wir beabsichtigen, eine informative Regierungsbroschüre zu erstellen, die klar Pro und Kontra benennt. Wir werden diese Broschüre als Regierungsbroschüre herausgeben, weil wir, wie Sie gemerkt haben, auch die Opposition zu dieser Politik in der Regierung sitzen haben. Deswegen an die SPD – –

(Lachen und Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zur SPD: Das lasst ihr euch gefallen?)

Das heißt, es gibt eine Proseite, und es gibt eine Kontraseite.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen! – Unruhe)

Selbstverständlich werden wir sowohl die Argumente von Ihnen als auch die von der anderen Seite berücksichtigen und aufnehmen. Die Federführung liegt aber bei der Regierung. Sie verpflichtet sich, eine faire, transparente und informative Broschüre herauszugeben.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Hauk hat mehrfach darauf hingewiesen, dass ihm die Informationen zu den Ausstiegskosten fehlen würden, dass ihm die Informationen zu den Alternativen fehlen, dass ihm das Alternativkonzept überhaupt nicht klar geworden ist, wie man Stuttgart 21 auch anders machen könnte. Dazu kann ich nur sagen, dass es eine jahrelange Debatte darüber und auch Bücher darüber gibt. Ich selbst habe an einigen Büchern mitgewirkt. Sie können das in Artikeln nachlesen. Sie können in wirklich umfangreichen Broschüren nachlesen, welche Wege, welche Trassen und welche Alternativen abgewogen worden sind. All das kann man nachlesen.

Es wird eine wesentliche Aufgabe von Ihnen und auch von uns sein, in den nächsten acht Wochen eine öffentliche Debatte darüber zu führen und in einem öffentlichen Diskurs zu zeigen, dass wir nicht polemisch agieren, sondern informativ vorgehen, damit die Bevölkerung auf der Grundlage einer guten

Debatte entscheiden kann, ob sie aus dem Projekt aussteigen oder weiterhin dabeibleiben will.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann nennen Sie doch die Ausstiegskosten und belassen es nicht bei einer juristischen Begründung!)

Das ist die Aufgabe, an der Sie sich gern beteiligen können. – Wir werden im Rahmen dieser Debatte auch über die Ausstiegskosten sprechen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Warum nicht hier? – Abg. Volker Schebesta CDU: Hic salta!)

Meine Damen und Herren, es ist gerade ein Jahr her, als wir eine Situation hatten, in der es nicht so lustig war. Das war der schwarze Donnerstag. Damals hatten wir in Stuttgart Zustände, die wir schon lange nicht erlebt hatten. Die Gefahr war wirklich groß, dass dieser Streit gewaltsam eskaliert und die Unruhe groß sein wird.

Das ist aber nicht so gekommen, sondern die Protestbewegung hat sich vielmehr klar zur zivilen Protestform bekannt. Sie hat sich in den Landtagswahlkampf eingemischt und wesentlich dazu beigetragen, dass dieser Protest zivilisiert und auch ein Stück weit parlamentarisiert worden ist. Außerdem hat sie zum Regierungswechsel, zu einem Neuanfang beigetragen.

Heute können wir wieder offen im Parlament darüber streiten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das konnten wir schon immer!)

Heute reden wir darüber, wie man zu einer Volksabstimmung kommt, wenn das Kündigungsgesetz hier keine Mehrheit findet. Ich finde, das ist eine große Leistung derer, die viel Kritik an diesem Projekt geübt haben, die viel ehrenamtliche Arbeit hineingesteckt haben, um Alternativen zu entwickeln, die in viel ehrenamtlicher Arbeit gezeigt haben, dass die Profis der Bahn schlecht geplant, Fehler gemacht und Aspekte nicht berücksichtigt haben. All das hat diese Bewegung geschafft. Das findet die große Anerkennung meiner Fraktion und, wie ich annehme, auch von dem einen oder anderen Mitglied anderer Fraktionen hier im Haus.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir in den nächsten zwei Monaten eine heftige, aber faire Diskussion haben. Ich hoffe, dass wir am Ende weiter miteinander Politik machen können, auch wenn wir in der Sache scharf miteinander diskutieren. Ich hoffe auch sehr, dass alle dazu beitragen, dass dieses bisher in der Geschichte Baden-Württembergs einmalige Projekt einer Volksabstimmung gelingt und nicht daran scheitert, dass sich am Ende zu wenig Menschen beteiligen. Denn dann hätte niemand wirklich gewonnen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dann habt ihr verloren! – Unruhe bei der CDU)

– Ja, natürlich! Es ist doch völlig klar, dass, wenn das Quorum verfehlt wird, die Legitimation der Entscheidung von vielen infrage gestellt wird.

(Minister Winfried Hermann)

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt es heraus! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt fällt die Maske!)

– Nein, da fällt gar keine Maske. Winfried Kretschmann und ich sowie jeder von uns hat auf jeder Veranstaltung öffentlich klipp und klar gesagt: Das gilt für uns, auch wenn das Quorum nicht eingehalten wird. Das ist doch völlig klar. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was soll das denn? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich traue Ihnen nicht!)

Aber Sie müssen bedenken: Man muss einfach sehen, dass es eine Entscheidung geben kann, die so ausgeht, dass die Debatte hinterher weitergeht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es ist gut, dass das im Protokoll steht!)

Das muss man einfach sehen. Deswegen sage ich: Jeder hier im Parlament und aus dem Parlament ist gefragt und muss dafür sorgen, dass so viele Leute mitmachen, dass es am Schluss nicht am Quorum liegt, sondern dass das Quorum erreicht wird und dass eine klare Entscheidung getroffen wird. Das ist das, was ich deutlich sagen wollte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Das Wort erteile ich dem Herrn Justizminister, Herrn Kollegen Stickelberger.

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir stehen jetzt am Ende der zweiten Lesung, nach einer ausführlichen Debatte gerade auch zu rechtlichen und verfassungsrechtlichen Fragen, in die auch die Öffentlichkeit stark einbezogen war. Ich kann mich an wenig Projekte oder Themen erinnern, bei denen über rechtliche Fragen so stark auch in den Medien und in der Bürgerschaft diskutiert wurde wie bei diesem Thema. Das ist, glaube ich, ein erfreulicher Effekt unserer Debatte. Es steht auch diesem Landtag gut an, wenn er zu verfassungsrechtlichen Fragen Stellung nimmt – auch kontrovers Stellung nimmt –, über verfassungsrechtliche Fragen diskutiert und sich auch in Baden-Württemberg daran erinnert, was das Fundament unserer Arbeit ist, nämlich unsere Landesverfassung.

Die Öffentlichkeit hat aber, glaube ich, wenn ich das recht deute, den Eindruck gewonnen, dass jetzt Schluss sein sollte mit der Debatte und wir die Sache regeln sollten. Diese grün-rote Koalition wird diesen Konflikt lösen. Der Weg, den wir eingeschlagen haben, ist aus meiner Sicht der einzig richtige und verfassungsrechtlich konforme Weg, um diesen Konflikt zu lösen. Ich bin beiden Fraktionen dankbar für ihr Bemühen, diesen Konflikt im Ergebnis zu lösen, bei unterschiedlichen Positionen in der Sache.

Ich war etwas enttäuscht von Ihnen, Herr Hauk, aber auch von der SPD

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuzuf: Unverständlich! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur CDU: Schon über solche Kleinigkeiten lachen Sie!)

– nein, von der FDP/DVP. Sie haben im Verhältnis zur ersten Lesung eigentlich keine neuen rechtlichen Argumente gebracht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es geht nicht um das Recht! Es geht um die Frage der Volksabstimmung!)

Sie haben vor vielen Wochen, als Sie das Gesetz noch gar nicht kannten – Sie etwas verhalten, aber Kollege Rülke sehr vollmundig –, den Gang zum Staatsgerichtshof angekündigt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich habe gar nichts gesagt!)

Das war zu einem Zeitpunkt, als Sie das Gesetz noch gar nicht kannten. Jetzt, da Sie das Gesetz in seinen Einzelheiten kennen, ziehen Sie zurück. Jetzt ziehen Sie zurück.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben nie etwas angekündigt!)

Daraus ziehe ich den Schluss, dass Sie keine Erfolgchancen vor dem Staatsgerichtshof gesehen haben und deshalb auf eine Klage verzichtet haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist der absolut falsche Schluss!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann man über verfassungsrechtliche Fragen kontrovers diskutieren. Gerade wenn man, wie es schon gesagt wurde, Neuland betritt, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aber das heißt noch lange nicht, dass die eine Auffassung verfassungskonform und die andere verfassungswidrig wäre.

Wir sind nach langer Prüfung in Zusammenarbeit mit dem Kollegen Hermann und seinem Ministerium zu der Überzeugung gelangt, dass wir hier einen verfassungskonformen Weg gehen. In der öffentlichen Diskussion ist man doch mittlerweile so weit fortgeschritten, dass man diesen Punkt gar nicht mehr thematisiert, auch zu Recht nicht mehr schwerpunktmäßig thematisiert. Ich darf da vielleicht auf das verweisen und das zusammenfassen, worüber wir schon in der ersten Lesung diskutiert haben.

Dass es in der Sache einen Dissens gibt, steht schon im Koalitionsvertrag zur Beschreibung des Problems. Im Koalitionsvertrag ist auch der Weg aufgezeigt, wie wir diesen Dissens in der Koalition lösen. Das Kabinett hat seinen Dissens offengelegt und dann mehrheitlich einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Sie können heute abstimmen, wie es Ihrer politischen Überzeugung entspricht. Niemand muss sich verbiegen. Jeder kann hier ehrlich seine Meinung kundtun und dann entsprechend in die Abstimmung eintreten.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wie immer als Abgeordneter!)

Respekt vor dem freien Mandat des Abgeordneten. Jeder stimmt, wie er es für richtig hält.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich lasse keine Fragen zu.

Von Trickserei oder Täuschung kann nicht die Rede sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Rainer Stichelberger)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wie diese wohl ausgehen wird, kann man nach den Debattenbeiträgen abschätzen. Wir stellen die Entscheidung dem Volk zur Abstimmung. Wir sollten das mit großem Respekt tun, diese Entscheidung durch das Volk nicht schlechtreden, nicht am Inhalt herumäkeln

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das macht doch keiner!)

und nicht diese Meinung des Volkes, die wir einholen, diesen Entscheid schon vorweg entwerfen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das hat hier niemand gemacht! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sagen Sie das Ihrem Koalitionspartner!)

Vielmehr sollten wir jetzt diesen Volksentscheid nutzen, um auch zu signalisieren – diese Regierung tut das –: Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung. Dies ist der erste Volksentscheid in Baden-Württemberg, und wir wären gut beraten, wenn wir das jetzt als Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung verstehen, daran aktiv mitwirken, auch die Bereitschaft zur Abstimmung fördern und vielleicht daraus lernen, künftig Entscheidungen zu treffen, bei denen wir die Bürger früher und mehr einbeziehen: im Rahmen der repräsentativen Demokratie

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

mit mehr Bürgerbeteiligung. Wenn Sie da jetzt mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP, sind Sie herzlich eingeladen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor, die im Rahmen der Redezeit abgegolten werden können. Wir hatten die Redezeiten festgelegt. Auch die Redezeiten der Regierung sind insoweit ausgeschöpft. Deswegen möchte ich jetzt sagen: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, für die entsprechende Redezeiten zur Verfügung stünden.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/496. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/528. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist § 1 mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 2 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest: Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir haben nun noch über drei Entschließungsanträge abzustimmen.

Zunächst stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/601-1, zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag Drucksache 15/601-1 wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/601-2, zur Abstimmung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir wünschen getrennte Abstimmung, Herr Präsident!)

– Es wird getrennte Abstimmung gewünscht.

Ich stelle zunächst Ziffer 1 dieses Antrags zur Abstimmung. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Oh, SPD!)

Damit ist Ziffer 1 dieses Antrags abgelehnt.

Ich stelle nun Ziffer 2 dieses Antrags zur Abstimmung. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – Wer ist dagegen? –

(Abg. Winfried Mack CDU: Gegen die eigene Überzeugung!)

Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ohne Rückgrat!)

Nun stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/601-3, zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Oh-Rufe von den Grünen)

Dem Entschließungsantrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Eine Erklärung zur Abstimmung von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege Schebesta.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das haben wir auch ohne Erklärung verstanden!)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind erschrocken darüber, was die Regierungsfaktionen dem Landtag hier zumuten. Zum einen – das ist die Grundlage der Beratung unter diesem Tagesordnungspunkt – haben wir in einem Verfahren abgestimmt, mit dem der Landtag einen Streit zwischen den Koalitionspartnern zu einer Einigung führen sollte. Dies ist eine Situation, durch die die Koalition, die Ihnen die Regierungsbildung ermöglicht hat, überhaupt erst zustande gekommen ist. Es geht

(Volker Schebesta)

Ihnen gar nicht so sehr um die Abstimmung selbst, sondern um einen Ausweg aus diesem Streit zwischen Ihren jeweiligen Parteien.

Nicht genug, dass Sie dies jetzt in den Landtag hineintragen. Sie zwingen uns auch noch zu einer Abstimmung über einen Entschließungsantrag, dem sehr bedeutende Feststellungen zugrunde gelegt werden: „... dass die Prüfung ... durch die Landesregierung bevorsteht“ – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Erklärung zur Abstimmung! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das ist eine persönliche Erklärung!)

– Nein, das ist keine persönliche Erklärung. Es ist eine Erklärung zur Abstimmung.

(Zuruf: Geschäftsordnung lesen!)

**Präsident Willi Stächele:** Das ist eine Erklärung der Fraktion zur Abstimmung.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Sie wollen, dass wir feststellen, „... dass die Prüfung ... durch die Landesregierung bevorsteht ...“ Ob wir das nun im Landtag beschließen oder nicht, die Prüfung steht bevor. Das ist eine Binsenweisheit.

Außerdem schreiben Sie, dass das Verfahren, das Sie mit dem Kündigungsgesetz gewählt haben und das zu einer Volksabstimmung führen sollte, möglich sei.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Ein einfacher Blick in die Verfassung zeigt aber schon, dass es eine Regelung gibt, auf deren Grundlage eine Volksabstimmung herbeigeführt werden kann.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau diese Regelung wenden wir an!)

Diese bloße Feststellung ist dasselbe, als wenn man sagte: „Ein Fahrrad ist ein Fahrrad, weil ein Fahrrad ein Fahrrad ist.“ Solche substanzlosen Dinge brauchen wir im Landtag nicht zur Grundlage zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Sie müssen aber akzeptieren – Herr Kollege Schmiedel, das ist keine „schräge Nummer“, die wir da thematisieren, sondern das sind Fragen, die sich stellen – und müssen damit leben, dass der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Damit leben wir gern!)

heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ mit der Äußerung zitiert wird, das Volk werde zu einer Abstimmung gebeten, für die es gar keine Berechtigung besitze.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn Ihr persönliches Problem? Herr Präsident, das ist die Fortsetzung der Debatte!)

Sie müssen damit leben, dass wir sagen: Das von Ihnen behauptete Kündigungsrecht gibt es nicht. Sie müssen zugestehen, dass es Argumente gibt – wie etwa die Kosten –, die Sie nicht näher benennen, und Sie müssen damit zugestehen, dass

Sie nicht bereit sind, selbst die Ergebnisse der Schlichtung in die Begründung aufzunehmen.

Wir werden nicht über das Stöckchen springen, das Sie uns hinhalten, indem Sie sagen: „Die Volksabstimmung ist möglich.“ Eine Volksabstimmung ist möglich; es gibt aber nach wie vor Diskussionen über die rechtliche Grundlage dafür.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, das ist doch keine Erklärung zur Abstimmung!)

Deshalb haben wir Nein zum Kündigungsgesetz gesagt und Ihrem Entschließungsantrag nicht zugestimmt, sondern uns der Stimme enthalten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Es ist immer interessant, in die Geschäftsordnung zu schauen. Ich darf darauf hinweisen: Erklärungen der Fraktionen zur Abstimmung sind zulässig. Zugleich dürfen sie die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen. Das ist ein gesetzter Rahmen, der in diesem Fall nicht ausgeschöpft wurde. Das ist eine Sache der Geschäftsordnung und damit auch von jedermann so hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und wo war die Erklärung zur Abstimmung?)

Ich komme jetzt zu einer weiteren Erklärung zur Abstimmung, jetzt von der Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber eine Erklärung zur Abstimmung und nicht eine Debatte!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das erkennbare Ziel Ihres Entschließungsantrags war, dass Sie sich von uns sozusagen einen Freifahrtschein für dieses Verfahren absegnen lassen wollten, damit Sie hinterher in der Öffentlichkeit sagen können: „Zunächst einmal haben sie erklärt, dieses ganze Verfahren sei rechtswidrig, sei zumindest rechtlich umstritten, und hinterher im Landtag haben sie unserem Entschließungsantrag zugestimmt und zugegeben, dass alles in Ordnung ist und keinerlei rechtliche Streitpunkte mehr bestehen.“ Aus diesem Grund haben wir diesen Entschließungsantrag abgelehnt.

Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass das, was Sie vorlegen, rechtswidrig ist. Es ist rechtswidrig, ein Gesetz vorzulegen, mit dem man aus einem Vertrag aussteigen will, der überhaupt keine Ausstiegsklausel hat. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Sie mit dem Verfahren, das Sie angestrengt haben, das Parlament missbrauchen, um einen Formelkompromiss herbeizuführen, mit dessen Hilfe Sie Ihre angebliche Liebesehe am Leben erhalten.

Herr Kollege Justizminister Stichelberger, sowohl die CDU-Fraktion als auch wir haben Ihnen schon bei der ersten Lesung erklärt, warum wir nicht vor den Staatsgerichtshof ziehen. Das geschieht keineswegs deshalb nicht, weil wir dieses Gesetz so toll fänden, keineswegs deshalb, weil wir keine rechtlichen Bedenken mehr hätten, sondern einzig und allein deshalb, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, wir würden eine Volksabstimmung mit juristischen Tricks behindern.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Zum Zweiten – das haben wir bei dieser Sitzung auch schon gesagt, aber ich wiederhole es gern, Herr Stichelberger – wissen wir, dass diese Volksabstimmung auch im Erfolgsfall eine rechtliche Überprüfung nicht umgeht. Selbst wenn Sie den Erfolg haben sollten, den sich manche von Ihnen bei dieser Volksabstimmung wünschen, bleibt noch immer die Tatsache bestehen, dass die Bahn letztlich gezwungen wird, vor Gericht feststellen zu lassen, ob das Gesetz, das dann die Bevölkerung beschlossen hat, tatsächlich trägt. Insofern ist es an dieser Stelle gar nicht notwendig zu klagen. Entweder die Bevölkerung beerdigt das, was Sie uns jetzt vorgelegt haben, oder am Ende ein Gericht.

Aber eines bleibt festzuhalten: Wir sind nicht bereit, auf dem Weg eines Entschließungsantrags das Verfahren, das Sie dem Parlament und der Bevölkerung zumuten, abzusegnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gut, ist schon okay!)

**Präsident Willi Stächele:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegt mir eine Wortmeldung des Kollegen Bayer für eine Erklärung zur Abstimmung vor. Laut § 100 unserer Geschäftsordnung kann eine solche Erklärung abgegeben werden, wenn eine Aussprache stattgefunden hat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Persönliche Erklärung vor der Abstimmung!)

Ich gehe davon aus, dass diese Aussprache im Rahmen der Tagesordnung stattgefunden hat und deshalb eine Erklärung zur Abstimmung abgegeben werden kann.

**Abg. Christoph Bayer SPD:** Danke schön. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen mit dieser kurzen Erklärung mitteilen, dass es mir äußerst schmerzlich ist, mich zu diesem Gesetzentwurf zu positionieren, und mit mir auch meinen Kollegen Peter Storz und Gerhard Kleinböck, möglicherweise auch anderen. Das jetzt zu Sagende gilt also für sie sinngemäß auch.

Ich habe mich persönlich in den vergangenen Jahren gegenüber dem Projekt Stuttgart 21 nicht nur äußert skeptisch gezeigt, sondern bei allen bisherigen Abstimmungen im Landtag – und zwar zu der Zeit, als das politisch noch zur Debatte stand – gegen dieses Projekt gestimmt. So gesehen wäre es jetzt logisch, für ein Ausstiegsgesetz zu votieren. Aber die Situation stellt sich für mich heute anders dar. Ein Ja kommt für mich nicht infrage, weil ich die fatalen Folgen in Bezug auf die enormen Schadensersatzansprüche auch vor dem Hintergrund sehe, dass neben vielen Einschnitten auch eine Landesmitfinanzierung der zusätzlichen Kosten beim Ausbau der Rheintalbahn deutlich unwahrscheinlicher würde.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Winfried Mack CDU)

Ein Nein zu diesem Ausstiegsgesetz widerspricht aber dem Grundsatz meines bisherigen Abstimmungsverhaltens. Eine Enthaltung kommt für mich nicht infrage. Sie ist auch den Wählerinnen und Wählern nicht zu vermitteln.

Wenn ich vor diesem Hintergrund nun dennoch gegen das Ausstiegsgesetz gestimmt habe, dann geschah dies auch deswegen, weil ein Nein zum Ausstieg den Weg für eine Volks-

abstimmung frei macht. Sie ist die einzige Möglichkeit, den aus dem Ruder gelaufenen, hochemotionalisierten gesellschaftlichen Konflikt zu befrieden. Dies ist nicht einfach, aber es geschieht nach Regeln, die die Verfassung vorgibt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass der Konflikt nur auf diesem Weg entschärft werden kann. Dieser Konflikt war geprägt von gegenseitigen Vorwürfen, Trickereien und Täuschungsmanövern und kulminierte in den „Lügenpack“-Vorwürfen. Ich sehe weit und breit keinen anderen Weg als diesen ernsthaften Versuch, repräsentative und direkte Demokratie zu verbinden und damit die Spannung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik nicht so zu forcieren, dass der momentan angespannte Bogen zerbricht.

Ich bin nicht über Nacht zum Befürworter dieses Projekts mutiert, sondern ich sehe Stuttgart 21 nach wie vor auch kritisch. Mein Nein zum Ausstiegsgesetz ist deswegen ein Ja zur Befriedung auf dem mir einzig möglich erscheinenden Weg, dem Weg einer Volksabstimmung. Ich verbinde damit auch die große Hoffnung, dass der stetig ansteigende Wutpegel gesenkt werden kann und, meine Damen und Herren, in einem späteren Rückblick die Auseinandersetzung über Stuttgart 21 und diese Volksabstimmung der Einstieg in eine deutlich bessere Balance zwischen direkter und repräsentativer Demokratie in Baden-Württemberg gewesen sein könnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/508, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich.)

Zu diesem Abstimmungsverhalten eine Erklärung der Fraktion der SPD.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur deutlich machen, dass wir diesen Antrag nicht in der Sache ablehnen. Vielmehr ist bereits eine Einladung des Staatssekretärs Ingo Rust an die Fraktionen auf dem Weg oder liegt sogar bereits vor, sich entweder durch schriftliche Vorschläge oder in einer Arbeitsgruppe zu beteiligen. Somit hätte sich der Antrag eigentlich erledigt. Wir freuen uns, wenn Sie mithelfen, eine gescheiterte Broschüre zu entwickeln.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dann hätten Sie auch zustimmen können! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sagt ausgerechnet jemand, der das seit 20 Jahren ablehnt!)

– Das ist nicht gegangen, weil die rechtliche Position bereits geklärt ist. Die Entscheidung trifft die Regierung. Mitwirken können die Fraktionen. Aber weder wir noch Sie können mitentscheiden. Aber wo kein Konflikt ist, müssen wir auch keinen Konflikt schaffen. Machen Sie einfach mit, dann ist es gut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Meine Damen und Herren, jetzt liegt noch eine Erklärung einer Fraktion vor.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktion GRÜNE kann ich sagen: Wir bedauern sehr, dass das S-21-Kündigungsgesetz hier keine Mehrheit gefunden hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Eine Heuchelei ohne Ende!)

Im Namen der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD möchte ich Sie alle herzlich einladen, den Weg frei zu machen, dass jetzt die Bürgerinnen und Bürger abstimmen können, ob dieses Kündigungsgesetz in Kraft treten soll oder nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Verballhornung des Parlaments! Unglaublich!)

Herr Kollege Hauk hat in seiner Rede gesagt, er sage ein „klares Ja zur Volksabstimmung“. Ich lade all diejenigen, die diesem „klaren Ja“ folgen möchten, ein, nach dieser Sitzung im Foyer den entsprechenden Antrag zu unterschreiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist das jetzt für eine Abstimmungserklärung?)

**Präsident Willi Stächele:** Fraktionserklärungen gibt es jetzt keine mehr. Gibt es eine persönliche Erklärung? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

– Ich bitte jetzt um Konzentration für die weiteren Tagesordnungspunkte.

Wir kommen zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

#### **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Mit Schreiben vom 19. Mai 2011 hat der Präsident der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg mitgeteilt, dass die fünfte Amtsperiode des Medienrats am 28. Januar 2012 endet. Er hat darum gebeten, die Benennung der Vertreter der Fraktionen und der durch den Landtag zu wählenden Mitglieder des Medienrats für die neue Amtszeit von fünf Jahren in die Wege zu leiten.

Nach § 41 Abs. 2 des Landesmediengesetzes entsendet jede Fraktion im Landtag einen Vertreter in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation. Vier weitere Vertreter werden aufgrund von Vorschlägen der Fraktionen vom Landtag im Wege der Verhältniswahl gewählt.

Von den Fraktionen werden folgende Personen in den Medienrat entsandt: von der CDU-Fraktion Herr Andreas Hoffmann, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Thomas Poreski, von der SPD-Fraktion Frau Abg. Rosa Grünstein, von der Fraktion der FDP/DVP Herr Abg. Dr. Ulrich Goll.

Die vier weiteren Vertreter des Landtags sind heute zu wählen. Nach d'Hondt entfallen zwei Vertreter auf die CDU-Fraktion und jeweils ein Vertreter auf die Fraktion GRÜNE und die SPD-Fraktion. Es werden vorgeschlagen: von der CDU-Fraktion Herr Abg. Joachim Kößler und Frau Abg. Sabine Kurtz, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Manfred Kern, von der SPD-Fraktion Herr Abg. Florian Wahl (*Anlage 2*).

Sind Sie damit einverstanden, dass offen abgestimmt wird? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretern im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)**

Gemäß § 7 Abs. 1 der Stiftungssatzung gehören dem Stiftungsrat u. a. bis zu vier Vertreter des Landes Baden-Württemberg an. Bisher hat sich die Praxis bewährt, dass diese Positionen auf Vorschlag des Landtags unter Berücksichtigung der jeweiligen Fraktionsstärke besetzt werden.

Mit Schreiben vom 18. August 2011 hat Frau Ministerin Theresia Bauer gebeten, vier Abgeordnete als beratende Mitglieder und für diese bis zu vier Verhinderungsstellvertreter zu benennen. Nach d'Hondt entfallen auf die CDU-Fraktion zwei Sitze und jeweils ein Sitz auf die Fraktion GRÜNE und die SPD-Fraktion.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 3*). Es werden vorgeschlagen: von der CDU-Fraktion Herr Abg. Werner Raab und Frau Abg. Katrin Schütz, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Alexander Salomon, von der SPD-Fraktion Herr Abg. Johannes Stober. Als Verhinderungsstellvertreter werden vorgeschlagen: von der CDU-Fraktion Herr Abg. Manfred Groh, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Manfred Kern, von der SPD-Fraktion Frau Abg. Helen Heberer.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir offen abstimmen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH**

Die Fraktion GRÜNE hat mitgeteilt, dass Frau Abg. Bärbl Mielich, die am 26. Mai 2011 in den Aufsichtsrat der Stiftung gewählt wurde, nun ihr Amt niederlegt. Das Vorschlagsrecht für die Nachbesetzung steht der Fraktion GRÜNE zu, die mitgeteilt hat, dass Frau Abg. Edith Sitzmann als neues Mitglied des Aufsichtsrats vorgeschlagen wird (*Anlage 4*).

(Präsident Willi Stächele)

Sind Sie damit einverstanden, dass über diesen Wahlvorschlag offen abgestimmt wird? – Dies ist der Fall. Wer der Wahl von Frau Abg. Edith Sitzmann zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? –

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war präjudizierend für künftige Abstimmungen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das Erste war die Mehrheit! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ganz sicher! – Unruhe)

Gibt es einen Dissens? Nein. Dann ist mehrheitlich zugestimmt. Das sah ich auch so. Das heißt, wir brauchen keine weitere Abstimmung. Es ist mehrheitlich klargestellt: Frau Sitzmann – der wir hiermit gratulieren – ist gewählt.

(Vereinzelt Beifall)

Seitens der CDU-Fraktion wird nach § 100 der Geschäftsordnung das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung gewünscht. Kollege Mack, bitte.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Alles künstliche Inszenierungen! Meine Güte!)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die Landesstiftung Baden-Württemberg – heute: Baden-Württemberg Stiftung – gegründet wurde, haben wir hier im Haus besprochen – die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion haben das auch entsprechend durchgesetzt –, dass der Landtag neun Vertreterinnen und Vertreter und die Regierung neun Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat haben. Selbstverständlich haben wir auch gesagt, dass der Landtag von Baden-Württemberg den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden stellt und die größte Fraktion im Landtag entsprechend dem Wählerwillen diesen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden stellt.

Nachdem die Grünen diesen Antrag gestellt haben, liebe Frau Sitzmann, vermuten wir, dass Sie bei der nächsten Aufsichtsratssitzung, die am nächsten Dienstag stattfinden soll – übrigens sechs Monate nach der Landtagswahl und fünf Monate nach der Übernahme der Regierung durch Grün-Rot;

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die lassen sich Zeit! – Unruhe bei den Grünen)

Herr Mappus ist noch immer Vorsitzender des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung –, durchsetzen wollen, dass

die Grünen, die bei der Landtagswahl gerade einmal 23 oder 24 % der Wählerstimmen erhalten haben und nicht die größte Fraktion im Landtag sind, den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden stellen sollen und nicht mehr die größte Fraktion des Landtags von Baden-Württemberg, die CDU.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach dieser Nummer auf jeden Fall! Das ist klar!)

An diesem Beispiel sieht man einmal mehr, um was es den Grünen geht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Um Qualität!)

Sie nehmen, was sie kriegen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Kollege Wölfe hat es neulich schon mit seiner SMS deutlich gemacht. Auf die anderen Punkte möchte ich gar nicht eingehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es gibt keine anderen Punkte! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wie meinen Sie das, Herr Mack? Können Sie das noch einmal ausführen?)

Ich kann Sie nur vor diesem Verhalten warnen und Sie darum bitten, den Wählerwillen zu respektieren. Der Wählerwille sagt: Die größte Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg soll in einem solchen Gremium den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden stellen.

(Abg. Andreas Schwarz und Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wo steht das? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Anstand! – Lebhaftige Unruhe)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

**Präsident Willi Stächele:** Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 12. Oktober 2011, 10:00 Uhr, statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 19:33 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der CDU

### Umbesetzung im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur	stellvertretendes Mitglied	Beck	Wolf

28. 09. 2011

Peter Hauk und Fraktion

## Vorschlag

der Fraktion der SPD

### Umbesetzungen im Europaausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Europaausschuss	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied		Binder Gruber

28. 09. 2011

Claus Schmiedel und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der SPD

### Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

---

Abg. Joachim Kößler  
Abg. Sabine Kurtz

Abg. Manfred Kern

Abg. Florian Wahl

28. 09. 2011

Peter Hauk und Fraktion  
Edith Sitzmann und Fraktion  
Claus Schmiedel und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der SPD

### Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretern im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

#### beratende Mitglieder

Abg. Werner Raab CDU  
Abg. Katrin Schütz CDU  
Abg. Alexander Salomon GRÜNE  
Abg. Johannes Stober SPD

#### Verhinderungsstellvertreter

Abg. Manfred Groh CDU  
Abg. Manfred Kern GRÜNE  
Abg. Helen Heberer SPD

28. 09. 2011

Peter Hauk und Fraktion  
Edith Sitzmann und Fraktion  
Claus Schmiedel und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE

### **Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Edith Sitzmann

28. 09. 2011

Edith Sitzmann und Fraktion